

CLASSIFICATION * **SECRET**
* **SECURITY INFORMATION**
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

REPORT NO.

CD NO.

DATE DISTR. 22 December 1952

NO. OF PAGES 1

NO. OF ENCLS. 3 pamphlets
(LISTED BELOW)

SUPPLEMENT TO
REPORT NO.

25X1

CLASSIFICATION SECRET

STATE	NAVY	NSRP	DISTRIBUTION							
ARMY	AIR		X							

Approved For Release 2006/10/18 : CIA-RDP83-00415R013700120005-0

BERICHTE

THIS IS AN ENCLOSURE TO
DO NOT DETACH

JAHRGANG 3 NR. 15/16

DES DEUTSCHEN WIRTSCHAFTSINSTITUTS

25X1

BERLIN NW 7 · CLARA-ZETKIN-STRASSE 112 · TELEFON 22 63 60

AUGUST 1952

Die westdeutsche Landwirtschaft unter dem Druck des Finanzkapitals

I. Einleitung

Die Landwirtschaft im kapitalistischen Wirtschaftssystem

Die charakteristischen Merkmale der kapitalistischen Wirtschaft in ihrer heutigen Epoche treten am ausgeprägtesten in der Industrie in Erscheinung. Doch auch in der Lage der Landwirtschaft sind alle Widersprüche dieses kapitalistischen Wirtschaftssystems wirksam. Allerdings treten sie entsprechend den Besonderheiten der landwirtschaftlichen Produktion, für die der Boden eine Grundvoraussetzung und Klima und Witterung von größerer Bedeutung sind als für die Industrie, sowie auf Grund der Stellung der Landwirtschaft in der gesamten kapitalistischen Wirtschaft abgewandelt in Erscheinung.

Diese Arbeit befaßt sich mit der Lage der Landwirtschaft innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft, die auch unter den besonderen Bedingungen in Westdeutschland wesentlich durch die Gegensätze zur Industrie und die Machtstellung des Finanzkapitals bestimmt wird. Es geht also nicht nur darum, eine Beschreibung eines einzelnen Wirtschaftsgebietes oder eine Darstellung der Produktion zu geben¹⁾, sondern darüber hinaus die Zusammenhänge und die Gesetzmäßigkeiten, denen die westdeutsche Landwirtschaft innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems unterworfen ist und die wesentlich für ihre Lage sind, zu erkennen.

¹⁾ Diese Fragen werden im Teil II A und B daher nur so weit behandelt, wie es für das Verständnis der Gesamtlage der westdeutschen Landwirtschaft im Rahmen dieser Arbeit erforderlich ist.

INHALT

	Seite
I. Einleitung	
Die Landwirtschaft im kapitalistischen Wirtschaftssystem	1
II. Die Lage der Landwirtschaft in Westdeutschland	4
A. Struktur	
1. Größenstruktur nach Betriebsflächen	4
2. Was wurde aus der Bodenreform?	5
3. Die Entwicklung der Anbauflächen in Westdeutschland	6
B. Inventarbesatz	
1. Der Viehbestand in der westdeutschen Landwirtschaft	6
2. Der Maschinenbesatz in der westdeutschen Landwirtschaft	7
3. Die Konzentration der landwirtschaftlichen Produktionsmittel in den Großbetrieben	8
4. Die Maschinen dienen nicht allen gleich	9
C. — — — und die Landwirtschaft muß zahlen	
1. Die Preisschere beschneidet die Einnahmen der westdeutschen Landwirtschaft	9
2. Die westdeutsche Landwirtschaft als Steuerkuh	10
3. Verschuldung der westdeutschen Landwirtschaft	12
4. Zunehmende Verelendung der westdeutschen Landwirtschaft	13
D. Der Einfluß des Finanzkapitals	
1. Die Monopol-Organisationen	14
2. Die Banken	14
3. Die staatlichen Stellen und ihre Wirtschaftspolitik	15
III. Schlußbemerkungen	16

Das Ziel dieser Arbeit ist es also nicht nur, die Verschärfung der Widersprüche innerhalb der Landwirtschaft durch die zunehmenden Kapitalanlagen aufzuzeigen, die allerdings nicht außer acht gelassen werden können, da sie in engster Wechselwirkung mit den Widersprüchen stehen, unter denen die Landwirtschaft insgesamt im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft leidet. Sie reißen die Kluft zwischen der Minderheit der kapitalistischen Großbetriebe und der großen Masse der kleinen und mittleren Betriebe sowie den Landarbeitern ständig weiter auf und überliefern einen großen Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Verelendung und der Proletarisierung²⁾. Diese Parallele zu der Entwicklung in der Industrie wirkt sich auch in der Landwirtschaft zu einem weiteren gleichlaufenden Widerspruch aus, und zwar zu einer Hemmung der Tendenzen zur Steigerung der Produktivität.

Es geht bei dieser Arbeit vielmehr darum, aufzuzeigen, daß die Last dieser Widersprüche innerhalb der Landwirtschaft entscheidend für die Landwirtschaft insgesamt und für jeden einzelnen Bauern durch den ständig zunehmenden Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft verschärft wird³⁾.

Alle diese Widersprüche finden ihren Ausdruck in der technischen Zurückgebliebenheit der landwirtschaftlichen Produktion und dem relativ niedrigen kulturellen Niveau, also in einer der Landwirtschaft aufgezwungenen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Rückständigkeit in den kapitalistischen Ländern. „Die Landwirtschaft bleibt in ihrer Entwicklung hinter der Industrie zurück, eine Erscheinung, die allen kapitalistischen Ländern eigen ist und die eine der tiefsten Ursachen der Störung der Proportionalität zwischen den verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft, eine Ursache der Krisen . . . darstellt“⁴⁾.

Wesentliche Ursachen für diese Gegensätze zwischen Landwirtschaft und Industrie und ihre unterschiedliche Entwicklung sind:

1. Die erhöhte Krisenempfindlichkeit der Landwirtschaft

Der Übergang zur kapitalintensiveren Produktion erhöht durch die damit verbundene Produktivitätssteigerung den Absatzzwang. Zu der bisherigen Abhängigkeit von Witterung und Ernteausschlag kommt die weit gefährlichere von den Schwankungen des kapitalistischen Marktes. Jede Krise, die diesen Markt trifft, trifft auch die Landwirtschaft, heute um so stärker, da sie außerdem über das Kapital, den Einsatz von Produktionsmitteln und Arbeitskräften mit der Industrie und ihrer Krise verflochten ist.

²⁾ „Die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen fallen ins Proletariat hinab, teils dadurch, daß ihr kleines Kapital für den Betrieb der großen Industrie nicht ausreicht und der Konkurrenz mit den größeren Kapitalisten erliegt, teils dadurch, daß ihre Geschicklichkeit von neuen Produktionsweisen entwertet wird.“ So rekrutiert sich das Proletariat aus allen Klassen der Bevölkerung.“ Karl Marx / Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Berlin 1949, S. 16.

³⁾ Eine Ausnahmestellung nimmt nur die zahlenmäßig geringe Schicht der junkerlichen bzw. der mit dem Finanzkapital materiell und personell verflochtenen landwirtschaftlichen Großbetriebe ein. Sie besitzt eine wirtschaftliche und politische Machtposition, die sie in die Lage versetzt, für sich private oder staatliche Sonderregelungen zu erzwingen und auf diese Weise die Nachteile, die sich aus dem Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft ergeben, von sich abzuwenden.

⁴⁾ Lenin, sämtliche Werke, Moskau 1935, Bd. XVII, S. 828.

ten ist. Ein Ausweichen oder Zurückgehen auf Formen der Naturalwirtschaft war in der vormonopolistischen Epoche in Krisenzeiten, wenn auch unter Verlusten, noch erträglich. Mit wachsenden Kapitalanlagen wirkt es sich als eine unmögliche Deformation immer gefährlicher für die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe aus, da es zu untragbaren Kapitalverlusten führt.

Die Erhöhung der Kapitalanlagen in der westdeutschen Landwirtschaft wird in der Hauptsache im Abschnitt II B, Seite 6 bis 8, behandelt.

2. Die Preisschere zwischen den landwirtschaftlichen und den industriellen Erzeugnissen

Die Industriemonopole erzwingen von ihren Abnehmern und damit auch von der Landwirtschaft erhöhte Preise. Die Spanne zwischen den Preisen für landwirtschaftliche und für industrielle Erzeugnisse nimmt, wenn auch unter Schwankungen, ständig zu. Sie wird verstärkt durch den Einfluß des Finanzkapitals auf die Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Länder. Die Landwirtschaft findet nur selten Möglichkeiten, die Kosten für die hohen Preise der Industriewaren auf die Abnehmer ihrer Erzeugnisse durch Preiserhöhungen abzuwälzen⁵⁾, da die Entwicklung der Preise für ihre Produkte auf dem Markt nicht durch sie selbst bestimmend beeinflusst werden kann.

Die Erscheinung der Preisschere in Westdeutschland behandelt Abschnitt II C 1, Seite 9 bis 10.

Zu diesen beiden vorgenannten Ursachen für die Widersprüche zwischen Landwirtschaft und Industrie kommen noch die sich aus dem besonderen Verhalten des Faktors Kapital in der Landwirtschaft und aus der Auseinandersetzung mit dem Finanzkapital ergebenden Gegensätze. Dazu gehören:

3. Der Verlust an produktivem Kapital durch den Bodenpreis

Ein Teil des in der Landwirtschaft angelegten Kapitals wird der produktiven Verwertung, der wirtschaftlichen Entwicklung der Landwirtschaft, entzogen, da es für den Bodenkauf verwendet wird. Dieser Kapitalsentzug tritt auch bei Altbesitz ein, der seit Generationen in den Händen der gleichen Familie ist. Er wird dann bei jeder Erbauseinandersetzung, d. h. bei Auszahlung des Erbanteils, wirksam, denn diese Auszahlung ist als der Kauf des Bodens von den anderen Erbberechtigten zu betrachten. „Die Ausgabe von Geldkapital für Ankauf des Bodens ist also keine Anlage von agrikolem Kapital. Sie ist pro tanto (um soviel) eine Verminderung des Kapitals, über das die Kleinbauern in ihrer Produktionssphäre selbst verfügen können. Sie vermindert pro tanto den Umfang ihrer Produktionsmittel und verengt daher die ökonomische Basis der Reproduktion. Sie unterwirft den Kleinbauer dem Wucher . . . Sie ist ein Hemmnis der Agrikultur, auch wo dieser Kauf bei großen Gutswirtschaften stattfindet.“⁶⁾

⁵⁾ Allerdings gibt es für die Junker und großkapitalistischen landwirtschaftlichen Betriebe andere Wege, mit Hilfe ihres Einflusses auf den Staatsapparat ihre Verluste auf die gesamte Bevölkerung abzuwälzen. In der deutschen Geschichte bilden die gewaltigen Summen, die unter dem Namen „Osthilfe“ den Junkern zugeleitet wurden, ein Beispiel. Diese Möglichkeiten sind den kleinen und mittleren Landwirten verschlossen.

⁶⁾ Karl Marx, „Das Kapital“, Kritik der politischen Ökonomie, III. Bd., S. 862.

SECRET
SECURITY INFORMATION

25X1A

Dieses unproduktiv angelegte Geldkapital muß von dem Benutzer des Bodens zusätzlich über die sonstigen Betriebskosten und den Durchschnittsprofit aus dem Betrieb erwirtschaftet werden. Gleichgültig, in welcher Form dieses Geldkapital aufgebracht wird, sei es durch die Auszahlung in einer Summe oder in Raten aus vorhandenem oder im Laufe der Zeit erworbenem oder durch die Aufnahme von Hypotheken oder Krediten beschafftem Kapital, in jedem Falle ist diese Zahlung gleichbedeutend mit einer laufend zu zahlenden Rente, der Grundrente. In der Pacht ist sie am offensichtlichsten. Jede Art dieser Geldleistungen schränkt die für die Verbesserung der Bodenbearbeitung vorhandenen Mittel ein und damit für die Folgezeit die dem Bodenbesitzer aus seiner Arbeit zufließenden Erträge. Wie erwähnt, muß diese Grundrente von dem Agrarproduzenten über den jeweiligen Durchschnittsprofit hinaus, den er für sich in Anspruch nehmen will, aufgebracht werden. Hieraus ergeben sich Auseinandersetzungen zwischen dem Empfänger der Grundrente und dem Agrarproduzenten um die Erhöhung der Rente auf Kosten des Durchschnittsprofits bzw. um die Erhöhung des Profits auf Kosten der Rente. Im Stadium der allgemeinen Krise aber sind die kleinen und mittleren Landwirte gezwungen, auf einen Teil des Durchschnittsprofits zu verzichten. Das führt zu einer Verminderung des für die Anlage in der Landwirtschaft verfügbaren Kapitals.

Auch in Westdeutschland tragen diese Kapitalverluste wesentlich zur Verschuldung der Landwirtschaft bei, denn die im Abschnitt II C 3, Seite 12 und 13, behandelten Renten und Altenteile sowie auch zu einem Teil die Hypotheken haben ihren Ursprung in dem Kapitalbedarf für den Bodenkauf.

4. Der Nachteil der Landwirtschaft bei dem Kampf um Anlagekapital

Kapital wird angelegt, um Profit zu bringen. Die Landwirtschaft ist auf Grund der Bodenbesitzverhältnisse (s. Punkt 3), ihrer längeren Umschlagsperioden, der Zersplitterung der vielen kleinen und mittleren Betriebe, im Kampf um Anlagekapital gegenüber der monopolistischen Industrie hoffnungslos benachteiligt. Das trifft am stärksten die schwächeren landwirtschaftlichen Betriebe, die die überwiegende Zahl in der westdeutschen Landwirtschaft ausmachen. Soweit sie überhaupt Kapital erhalten können, sind sie gezwungen, dies unter äußerst schwierigen nachteiligen Bedingungen aufzunehmen, die ihre Abhängigkeit nur noch verschärfen. Trotz der ständigen Forderungen nach Erweiterung der Anbauflächen und der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität sieht das Monopolkapital interesselos der Versteppung und Erosion weiter fruchtbarer Gebiete zu. Allein in dem kapitalstärksten Lande, den USA, waren 1939 rund 114 Millionen Hektar Boden durch die Boden-Erosion ganz oder teilweise für den Anbau unbrauchbar (die landwirtschaftliche Nutzfläche Deutschlands betrug 1939 rund 26,7 Millionen ha). Die Möglichkeiten zur Erzielung höherer Gewinne aus einer Kapitalanlage zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion sind eben geringer und zu langfristig im Vergleich mit den schnelleren und höheren Profiten der Industrie, besonders aus

Rüstung und Krieg. Die Industriekapitalisten sind an der Verstärkung der Kapitalanlagen in der Landwirtschaft nur mittelbar interessiert, soweit sie den Absatz von landwirtschaftlichen Maschinen, Geräten und Chemikalien betreffen. Die Landwirtschaft selbst als Produktionszweig und ihre Entwicklung interessiert die finanzkapitalistischen Machthaber vom strategischen Gesichtspunkt, soweit sie als Lieferant von Nahrungsmitteln und Rohstoffen ihren imperialistischen Plänen dienen kann.

Auch in Westdeutschland zeigt sich der Nachteil der Landwirtschaft im Kampf um Anlagekapital, wie u. a. auf der Seite 15 durch das Beispiel der Investitionshilfe für die Schwerindustrie und der Lösung des Unlandproblems gezeigt wird.

5. Die Abhängigkeit der Landwirtschaft von nicht-landwirtschaftlichen Kapitalgebern

Kapitalgeber der Landwirtschaft sind im wesentlichen Banken und Kreditinstitute, die sich durch Hypotheken und Kredite die Rente und damit einen Teil des von der Landwirtschaft geschaffenen Wertes aneignen und so der Landwirtschaft Teile des von ihr erzeugten Kapitals entziehen. Diese Konzentration der Kapitalhergabe an die Landwirtschaft bei den Banken ist letztlich nichts anderes als eine Konzentration des bestimmenden Einflusses auf die landwirtschaftliche Entwicklung und Produktion, eine Konzentration der Ausbeutung der Landwirtschaft durch das Finanzkapital. Sie trifft am stärksten die kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe, die nach den Besitztiteln und ihrem Auftreten bei der Verteidigung ihrer Interessen am stärksten zersplittert sind. Selbst die Genossenschaften, die unter kapitalistischen Verhältnissen vom Finanzkapital und den mit ihm verbundenen wirtschaftlich stärksten landwirtschaftlichen Betrieben der Junker und der Großbauern beherrscht werden, sind ein weiteres Glied dieser Zusammenfassung der Einflüsse auf die kleineren und mittleren Betriebe und dienen ebenfalls ihrer Ausbeutung im Interesse des monopolistischen Finanzkapitals.

Der kleinere und mittlere Landwirt dünkt sich auch jetzt noch selbständig, obwohl er in seinen Entscheidungen über Anbau und Verkauf seiner Erzeugnisse, über seine Produktion und ihre Verwendung, also über seine Lebensbedingungen, nicht unabhängig ist. Diese Bauern sind Eigentümer ihres Bodens. „Das Grundeigentum setzt das Monopol gewisser Personen voraus, über bestimmte Portionen des Erdkörpers als ausschließliche Sphären ihres Privatwillens mit Ausschluß aller anderen zu verfügen.“⁷⁾ Jedoch „mit der juristischen Macht dieser Personen, Portionen des Erdballs zu brauchen und zu mißbrauchen, ist nichts abgemacht. Der Gebrauch derselben hängt ganz und gar von ökonomischen Bedingungen ab, die von ihrem Willen unabhängig sind“⁸⁾. Durch die Unterordnung der Agrikultur unter das Kapital wird der Landwirtschaft die Form, die sie im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft durch die Bindung an den Markt erhalten soll, aufgezungen.

⁷⁾ Karl Marx, „Das Kapital“, Kritik der politischen Ökonomie, III. Bd., S. 663, 664.

⁸⁾ Karl Marx, „Das Kapital“, Kritik der politischen Ökonomie, III. Bd., S. 664.

6. Der Einfluß des Finanzkapitals auf die wirtschaftlichen Maßnahmen des Staatsapparates

Der Kampf zwischen den an Macht wachsenden Industriemonopolen und den Großagrariern um die Durchsetzung ihrer Interessen hatte je nach den konkreten Bedingungen eines Landes zeitweilig zu Kompromissen unter Gegnern geführt, wie z. B. in Deutschland in den Zollkämpfen um 1900. Inzwischen ist aber eine Verschlebung des Einflusses auf den Staatsapparat in Westdeutschland zugunsten der Monopole und Banken eingetreten, die sich eine klare Vormachtstellung errungen haben. Immer offener tritt ihre direkte oder indirekte durch Mittelsmänner hergestellte personelle Verflechtung mit dem Staatsapparat in Erscheinung. „Der imperialistische Krieg hat den Prozeß der Umwandlung des monopolistischen Kapitalismus in staatsmonopolistischen Kapitalismus außerordentlich beschleunigt und verschärft.“⁹⁾ Der Staat, der im Auftrage der Monopole für Rüstung und Krieg Geld braucht, um es den Monopolen zu geben, nimmt es auf dem Wege von Steuern, mit Hilfe der Inflation, durch Einfuhr-, Vorrats- und Preispolitik und andere Maßnahmen, auf die die Landwirtschaft jetzt keinen entscheidenden Einfluß mehr hat; sie wird zur

⁹⁾ Lenin, Ausgewählte Werke, Moskau, 1947, Bd. II, Seite 158.

Zahlung und Hergabe von Kapital herangezogen, ohne selbst wirksam in diese Wirtschaftspolitik eingreifen zu können.

Der in den letzten drei Punkten behandelte beherrschende Einfluß des Finanzkapitals auf die Hergabe von Kapital an die Landwirtschaft und auf die Wirtschaftspolitik ist für Westdeutschland in Abschnitt II D, Seite 14 bis 16, nachgewiesen worden.

Der ununterbrochene Krisenzustand, in dem sich die kleinen und mittleren Landwirte im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems in der allgemeinen Krise befinden, hat also seine Ursache in der beherrschenden Rolle des Finanzkapitals und der Unterordnung der Wirtschaftspolitik unter die Rüstungsproduktion.

Die monopolistischen Machthaber versuchen, einer krassen Verschärfung der allgemeinen Krise, wie sie durch den Ausbruch der seit 1949 immer drohender sich abzeichnenden zyklischen Krise eintreten muß, mit Hilfe einer ständig forcierten „Rüstungskonjunktur“ zu entgehen. Damit verstärken sie jedoch nur den Gegensatz zwischen Landwirtschaft und Industrie, verstärken sie die Krisenursachen, deren Wirksamkeit unter den besonderen Bedingungen in Westdeutschland mit allen ihren Folgeerscheinungen nur noch schärfer hervortritt.

II. Die Lage der Landwirtschaft in Westdeutschland

Die Landwirtschaft spielt auch in der Wirtschaft solch hochindustrialisierter Gebiete wie Westdeutschland eine bedeutende Rolle. Im Jahre 1950 lebten rund 29 Prozent der Wohnbevölkerung in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, also auf dem Lande. Mehr als ein Fünftel der Erwerbstätigen sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Der Anteil der Landwirtschaft am Netto-Sozialprodukt Westdeutschlands betrug 1950 rund 10,6 Prozent. Die westdeutsche Landwirtschaft deckt etwa zwei Drittel des Nahrungsbedarfs. Jede Veränderung in der Leistung der westdeutschen Landwirtschaft kann von größter Bedeutung für die Gestaltung der westdeutschen Zahlungsbilanz sein, da die Nahrungsmiteleinfuhr den größten Defizitposten darstellt.

Die Landwirtschaft ist nicht nur ein Lieferant von Nahrungsmitteln, sondern auch von Rohstoffen für zahlreiche Industrien wie Molkereien, Mühlen,

Brauereien, Lederindustrie usw. Andererseits ist sie aber auch ein Großabnehmer industrieller Erzeugnisse wie Maschinen, Geräte und Chemikalien, ganz abgesehen von dem Bedarf der Landbevölkerung.

Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Betriebe als Produzenten sowie als Abnehmer industrieller Erzeugnisse ist je nach Umfang und Einsatz der verwendeten Produktionsmittel, Boden, Vieh, Maschinen und Arbeitskräften äußerst unterschiedlich.

A. Struktur

1. Größenstruktur nach Betriebsflächen

Tabelle 1 zeigt den Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe und ihrer Betriebsflächen nach Betriebsgrößen.

Sie zeigt, daß in der Struktur der westdeutschen Landwirtschaft seit 1939 keine wesentlichen Veränderungen eingetreten sind. Die Zahl der Klein-

Tabelle 1
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach Betriebsgrößen und Betriebsflächenanteil¹⁰⁾

	1939			1949		
	Anzahl der Betriebe in		Betriebsfläche in %	Anzahl der Betriebe in		Betriebsfläche in %
	1000	%		1000	%	
0,5 bis unter 2 ha . .	610	29,9	3,0	594	29,5	3,0
2 bis unter 5 ha . .	544	26,7	8,2	530	26,3	8,0
5 bis unter 20 ha . .	683	33,5	30,7	685	34,1	30,9
20 bis unter 100 ha . .	187	9,2	30,2	188	9,3	30,4
100 ha und darüber . .	14	0,7	27,9	14	0,7	27,7

¹⁰⁾ Nach „Wirtschaft und Statistik“, Heft Nr. 7, Oktober 1949; Heft Nr. 12, März 1950 und „Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland“ 1952.

SECRET
SECURITY INFORMATION

und Kleinstbetriebe bis fünf Hektar mit 55,8 Prozent umfaßt weit über die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe, während diese Betriebe nur 11 Prozent der gesamten Betriebsfläche einnehmen. Bei den Betrieben über 20 Hektar ist das anteilmäßige Verhältnis der Betriebszahl zur Betriebsfläche umgekehrt. Weit über die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebsfläche wird von 10 Prozent der Betriebe eingenommen.

Jedoch läßt eine genaue Betrachtung der Tabelle trotz des relativ kurzen Zeitraumes von nur zehn Jahren die Tendenz der Proletarisierung in der Landwirtschaft erkennen. Der Anteil der Kleinst- und Kleinbetriebe von 0,5 bis unter 5 Hektar Betriebsfläche ist zurückgegangen. Ein Teil dieser Betriebe mußte von ihren Besitzern aufgegeben werden. Darüber hinaus ist aber auch die Fläche der kleinbäuerlichen Betriebe von 2 bis 5 Hektar anteilmäßig gesunken, ein weiteres Zeichen ihrer wirtschaftlichen Schwächung.

2. Was wurde aus der Bodenreform?

Die wirtschaftliche und politische Struktur der westdeutschen Landwirtschaft erlebte keine wesentlichen Veränderungen. Die Durchführung einer Bodenreform wurde in Westdeutschland verhindert. Die Ziele der Anfang September 1947 von der britischen Militärregierung erlassenen Verordnungen über die „Aufteilung des Großgrundbesitzes“ waren laut der Präambel zur Verordnung Nr. 103, Bodenreform, vom 4. September 1947 („Amtsblatt der Mil.-Reg.“ Nr. 21, S. 595) in der durch die Verordnung Nr. 189 der Militär-Regierung geänderten Fassung:

- „a) den politischen und wirtschaftlichen Einfluß des Großgrundbesitzes durch Festsetzung der höchst zulässigen Größe des in einer Hand befindlichen Grund und Bodens zu verringern, und
- b) einem größeren Teil der Bevölkerung Ansiedlung auf dem Land und landwirtschaftliche Betätigung zu ermöglichen.“

Diese Zielsetzung wurde auch im Text der Gesetze zur Bodenreform von den westdeutschen Ländern übernommen. Tatsächlich wurde aber nur ein Bruchteil der nach diesen Gesetzen aufzuteilenden Flächen wirklich erfaßt.

Ein Beispiel für die Durchführung der Bodenreform in Westdeutschland bietet Schleswig-Holstein.

Im Jahre 1948 wurden rund 260 000 Hektar Land auf Grund des Bodenreformgesetzes beschlagnahmt. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß nur 100 000 Hektar, also nicht ganz 39 Prozent dieser Fläche, für Siedlungszwecke geeignet waren. Die Junker und Großgrundbesitzer hatten sich gern bereit gefunden, sich gegen eine angemessene Entschädigung von unfruchtbaren und unrentablen Ländereien befreien zu lassen. In den anschließenden Verhandlungen kam es dann zu Vereinbarungen mit den Grundbesitzern mit dem Resultat, daß zunächst nur 28 000 Hektar, also kaum mehr als 10 Prozent der ursprünglich vorgesehenen Fläche, übernommen wurden. Diese Fläche sollte in drei Jahren besiedelt werden. Weitere Besiedlungen wurden für spätere Jahre vorgemerkt. Inzwischen hat aber der Landtag von Schleswig-Holstein am 14. November 1950

beschlossen, daß der Paragraph über die Bodenreform aus der Verfassung gestrichen wird. Es ist nicht mehr nötig, diese Farce weiterzuspielen.

Allerdings lassen die Namen einiger Großgrundbesitzer in Schleswig-Holstein Schlüsse darüber zu, wer wirklich diese „Bodenreform“ durch den Landtag hat durchführen lassen. Wir finden als einflußreiche Großgrundbesitzer die Herzöge von Schleswig-Holstein und von Glücksburg, die von Bismarck, Brockdorff-Rantzau oder auch den Finanzier Hitlers, den Bankier Schröder. Solche „Bodenreformer“ machen dieses Geschäft nur, wenn es ihnen Vorteile bringt. Einerseits fesseln sie billige Arbeitskräfte, die, um nicht auf ihren kleinen Besitz zu verhungern, sich glücklich schätzen, auf dem Gut arbeiten zu dürfen, während es ein besitzloser Landarbeiter vorziehen würde, diesem elenden Leben zu entfliehen. Andererseits sind diese „Bodenreformer“ in der Lage, ihre schlechten Böden vorteilhaft zu verkaufen und dadurch zusätzliches Betriebskapital zu erhalten. Die ökonomische Machtstellung dieser landwirtschaftlichen Großbetriebe wird dadurch noch verstärkt, während die Stellung der kleinen und mittleren Bauern und erst recht der Neusiedler, schon auf Grund der überwiegend schlechteren Böden, die ihnen zugeteilt wurden, eine weitere Schwächung erfährt. Es zeigt sich also, daß durch diese „Bodenreform“ gerade das Gegenteil der ursprünglich genannten Ziele erreicht wurde.

Die ganze Hohlheit dieser Bodenreform-Phrase wird noch offensichtlicher durch die Feststellung, daß in den sechs Jahren von 1927 bis 1932 in Schleswig-Holstein 46 086 Hektar für landwirtschaftliche Siedlungszwecke zur Verfügung gestellt wurden. In den sechs Nachkriegsjahren bis zum Abschluß der „Bodenreform“ wurden dagegen in Schleswig-Holstein nur 27 064 Hektar auf Grund freiwilliger Vereinbarungen für Siedlungszwecke freigegeben.

In ganz Westdeutschland wurden auf Grund dieser „Bodenreform“ bis Mitte 1951 nur auf 55 568 Hektar Land 27 685 Siedlerstellen geschaffen, während eine konsequente Durchführung selbst nach den geltenden unzulänglichen Bodenreformgesetzen der westdeutschen Länder 1 172 500 Hektar hätte erfassen müssen. Von den Siedlerstellen waren aber nur 2 037, also keine 7,5 Prozent, Klein- oder Vollbauernstellen. Die Besitzer der übrigen 92,5 Prozent sind gezwungen durch Arbeit auf den großen Gütern oder in Fabriken zuzuverdienen, um für sich und ihre Familie einen kärglichen Lebensunterhalt gewinnen zu können. Der Anteil, der allein wegen ihrer Flächengröße schon nicht lebensfähigen Bauernhöfe bzw. der abhängigen Bevölkerung ist durch die Bodenreform nur noch gestiegen.

Die Tatsachen zeigen deutlich, wie wenig diese „Bodenreform“ zu einer demokratischen Umwandlung der gesellschaftlichen Struktur auf dem Lande beigetragen hat bzw. beitragen konnte. Die Art des Besitzererwerbs der Siedler unterstreicht nur noch ihre antidemokratische Durchführung. Weit über ein Drittel der Umsiedler, die heute auf Siedlerstellen oder Bauernhöfen sitzen, haben diese käuflich oder durch Einheirat erworben. Die Hilfe der Bundesregierung beschränkte sich also letztlich auf die Bereitstellung eines Katasterbeamten, der diese

SECRET
SECURITY INFORMATION

Veränderung des Bodenbesitzes einzutragen hatte. Ebenfalls weit mehr als ein Drittel der Siedlerstellen wurden gepachtet. Soweit überhaupt die Möglichkeit zu einem käuflichen Erwerb dieses Pachtlandes besteht, sind die Pachtverträge allerdings Schulbeispiele für die Sicherung „demokratischer“ Unfreiheit auf lange Zeit. In Niedersachsen sind zum Beispiel folgende Regelungen vorgesehen, die als Vorbild auch für andere westdeutsche Länder dienen. Der Siedler erhält etwa 1,5 Hektar Land für die Gebäude als Eigentum übertragen. Weiteres Land bis zur vollen Ackernahrung (10 bis 15 Hektar) wird ihm auf 15 Jahre mit Kaufanwartschaft verpachtet, d. h. 15 Jahre lang wird dem kapitalarmen, wirtschaftlich schwachen Siedler die Möglichkeit vorgegaukelt, im Kampf gegen die kapitalistischen Großbetriebe, gegen die Schwankungen und Krisen des kapitalistischen Marktes und gegen die ihm feindliche Agrarpolitik der vom Finanzkapital dirigierten Bundesregierung bestehen zu können. Die Bundesregierung, die bereit ist ungeheure Summen für die Remilitarisierung Westdeutschlands, für die Teilnahme am Generalvertrag und für die amerikanischen Kriegsvorbereitungen in Westeuropa auszugeben, hat keine Mittel, um den Umsiedlern durch die Schaffung existenzfähiger Siedlungsstellen eine wirkliche Heimat zu bieten.

3. Die Entwicklung der Anbauflächen in Westdeutschland

Das Ackerland weist in Westdeutschland einen Rückgang von 8 492 000 Hektar im Jahre 1938 auf 7 879 800 Hektar im Jahre 1951 auf. Dieser Rückgang ist einerseits auf die an Umfang zunehmenden Beschlagnahmen wertvoller landwirtschaftlicher Flächen für militärische Zwecke und andererseits auf die Extensivierungstendenzen in der westdeutschen Landwirtschaft zurückzuführen, da früheres Ackerland jetzt Brachland oder Weideland¹¹⁾ geworden ist.

Über die Verwendung des Bodens für Anbauzwecke gibt Tabelle 2 Auskunft.

Tabelle 2
Anbaufläche wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse
(in 1000 ha)

Gesamtfläche	1948	1949	1950	1951*)
Getreide				
insgesamt . .	4191,9	4242,1	4403,7	4374,9
Zuckerrüben . .	157,3	167,0	192,9	222,7
Kartoffeln . .	1151,1	1124,8	1141,4	1115,8
Gemüse . . .	127,6	87,0	87,0	57,0
Hülsenfrüchte	—	122,8	86,5	70,1

*) vorläufiges Ergebnis.

Die Getreideanbaufläche zeigt in diesen Jahren nur eine geringe Veränderung. Während der Roggenanbau infolge niedriger Produzentenpreise zurückging, nahm der Anbau von Weizen und Futtergetreide zu, da für diese Erzeugnisse die Preise anstiegen.

Der Zuckerrübenanbau steigt, jedoch wird Westdeutschland niemals seinen Zuckerbedarf aus der

¹¹⁾ Auch die Umwandlung von Ackerland in Weideland ist als eine Extensivierungserscheinung zu bewerten, da der Anbau von Futtermitteln (Rüben usw.) die Futterbasis für die Veredlungswirtschaft erheblich verbessern würde.

eigenen Produktion decken können, und es ist daher, solange der innerdeutsche Handel auf Befehl der Machthaber auf dem Petersberg unterbunden wird, auf ausländische Lieferung angewiesen.

Der Anbau von Kartoffeln zeigt einen geringen, der von Gemüse und Hülsenfrüchten einen starken Rückgang. Diese Entwicklung, zum Beispiel bei Kartoffeln und Gemüse, d. h. bei den Erzeugnissen mit einem intensiven Anbau, ist ein Zeichen der Extensivierungstendenzen in der westdeutschen Landwirtschaft als Folge der bauernfeindlichen Agrarpolitik der Bundesregierung. Wenn wir die Gesamtanbaufläche wichtiger Gemüsearten im Jahre 1936 = 100 setzen, so ergeben sich für die vier Jahre von 1948 bis 1951 folgende Zahlen:

1948 = 123
1949 = 89
1950 = 68
1951 = 58

Nach einem vorübergehenden Anstieg infolge der Not der ersten Nachkriegsjahre wird jetzt durch die Politik der Bundesregierung einem großen Teil der Klein- und Mittelbauern eine wesentliche Existenzgrundlage entzogen. Gleichzeitig wird unter dem Druck des Auslandes die Abhängigkeit Westdeutschlands von ausländischen Lieferungen erhöht. Die Gemüseanbaufläche, die vor dem Krieg durchschnittlich 90 000 Hektar betrug, müßte entsprechend dem Bevölkerungszuwachs heute etwa 120 000 Hektar umfassen. Sie erreichte aber im Jahre 1951 nicht einmal mehr die Hälfte.

Unter Berücksichtigung des Selbstanbaues und des Selbstverbrauches von Gemüse wurden 1936 etwa 48,8 kg Gemüse pro Kopf der Bevölkerung erzeugt, 1951 aber nur noch etwa 32 kg. Trotzdem warnt die Bonner Regierung die Bauern vor einer Erweiterung der Gemüseanbaufläche; ihre Politik der Liberalisierung des Außenhandels geht an den Interessen der westdeutschen Landwirtschaft vorbei und zielt gradlinig auf die Vernichtung einer volkswirtschaftlich gesunden, lebensfähigen Landwirtschaft. In Verfolg dieser Linie erklärte die Bundesregierung ihre Zustimmung zu den Plänen einer Europäischen Agrar-Union¹²⁾, wodurch u. a. auch die gemüsebauenden westdeutschen Bauern (rund 80 000 in Westdeutschland bauen Gemüse für den Verkauf auf dem Markt an) dem Ruin durch die übermächtige ausländische, besonders holländische, Konkurrenz ausgeliefert werden, ohne daß ihnen eine andere Existenzgrundlage geboten wird.

B. Inventarbesatz

1. Der Viehbestand in der westdeutschen Landwirtschaft

Aus der folgenden Tabelle 3 ist die Entwicklung des Viehbestandes in Westdeutschland zu ersehen.

Der Bestand an Vieh — Rindvieh, Milchkühe — hat heute den Vorkriegsstand fast wieder erreicht, bei Schweinen bereits überschritten. Allerdings kann auch diese Entwicklung Westdeutschland nicht unabhängig machen von der Einfuhr von Fleisch und

¹²⁾ Die Agrarunion soll nach dem Vorbild der Montanunion die landwirtschaftliche Produktion der westeuropäischen Länder unter dem Befehl einer internationalen Behörde zusammenschließen. Die Entwicklung der westdeutschen Landwirtschaft würde damit der Entscheidung der deutschen Landwirte, ja, jeder deutschen Stelle, entzogen.

Tabelle 3
Viehbestand in Westdeutschland in 1000 Stück
 (Dezemberzählungen)

	1938	1948	1949	1950	1951	Veränderungen 1951 gegenüber 1938 in %
Rindvieh insges.	12 091,2	10 572,6	10 882,6	11 149,8	11 375,1	./. 6 %
davon						
Milchkühe . .	5 920,3	5 265,0	5 535,0	5 734,1	5 803,8	./. 2 %
Schweine . .	12 165,7	6 758,0	9 697,7	11 890,4	13 603,1	+ 12 %
Schafe	2 098,9	2 491,9	2 019,6	1 642,5	1 665,9	./. 21 %
Hühner . . .	51 482,0	25 182,0	39 957,0	48 063,7	50 676,0	./. 2 %

Molkereiprodukten, um so mehr, da die Bevölkerungsziffer heute um mehr als 20 Prozent über dem Vorkriegsstand liegt. Die Abhängigkeit Westdeutschlands wird durch die Unterbindung des innerdeutschen und des Osteuropa-Handels nur noch verstärkt. Wenn auch die Gebiete der heutigen Deutschen Demokratischen Republik weniger als Fleisch- und Molkereiprodukten-Lieferanten für Westdeutschland auftraten, so waren sie ebenso wie die osteuropäischen Länder für diese Produktion doch wichtig als Lieferanten von Futtermitteln, die heute zu hohen Preisen von Übersee, wesentlich aus den USA, bezogen werden. Die Produktion von Fleisch und Molkereierzeugnissen ist die wichtigste Grundlage für die Rentabilität landwirtschaftlicher Betriebe, besonders der kleinen Veredelungsbetriebe. Sie ist aber ebenfalls durch die Liberalisierungspolitik der Bundesrepublik gefährdet und wird vollkommen erschüttert, wenn es zur Gründung der Europäischen Agrar-Union kommen sollte. Die Produktion von Fleisch- und Molkereierzeugnissen übersteigt in Westeuropa heute bereits den auf dem Markt auftretenden Bedarf, und besonders die skandinavischen Länder, aber auch Holland, die Schweiz und Frankreich, sind an diesem Export interessiert. Westdeutschland aber wird gezwungen sein, ebenso wie die für die Landwirtschaft lebenswichtigen Anbauten von Gemüse, Obst und Wein auch die Produktion von Fleisch und Molkereierzeugnissen dem Befehl der internationalen Behörde entsprechend einzuschränken.

2. Der Maschinenbesatz in der westdeutschen Landwirtschaft

Eine erhebliche Steigerung zeigt der Maschinenbesatz in der westdeutschen Landwirtschaft, wie aus Tabelle 4 ersichtlich ist.

Die Tabelle veranschaulicht die Zunahme des fixen Kapitals in der landwirtschaftlichen Produktion, die einerseits zu einer Steigerung der Produktivität

führen soll, andererseits aber auch eine erhöhte Abhängigkeit vom Markt und den für solche Anschaffungen kreditgebenden Banken und Lieferanten zur Folge hat. Der Anteil der landwirtschaftlichen Produktion, die für den eigenen Verbrauch bestimmt ist, verschwindet immer mehr gegenüber der immer stärker überwiegenden Produktion für den Verkauf auf dem Markte. Gleichzeitig wird dieser Verkauf und der dafür erzielte Erlös ein immer entscheidenderer Faktor für die Existenz der einzelnen bäuerlichen Wirtschaft. Jeder Preisrückgang, sei es durch Absatzstockung infolge fehlender Kaufkraft, durch ein Überangebot bzw. eine relative Überproduktion oder auch durch eine wachsende Einfuhr, wie sie jetzt durch die Zoll- und Agrar-Unionsverhandlungen der Bundesregierung wieder droht, erhöht für den Landwirt die Gefahr einer Verschuldung und zunehmenden Auslieferung an seine Kreditgeber. Die im ökonomischen Sinne fortschrittliche Entwicklung einer zunehmenden Verwendung der Technik auch in der landwirtschaftlichen Produktion trägt in der kapitalistischen Wirtschaft also lediglich zu einer Erhöhung der Krisenempfindlichkeit der Landwirtschaft bei. Zudem führt sie zu einer Verflechtung der landwirtschaftlichen Krise mit der industriellen Krise, das heißt also zu einer weiteren Verschärfung der landwirtschaftlichen Krise in der Epoche der allgemeinen Krise. Die industrielle Krise senkt die Kaufkraft der Massen (Lohnsenkungen, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit) und läßt daher die Absatzmöglichkeiten der Landwirtschaft zurückgehen. Ferner ist die Industrie im Falle von Kapitalmangel auf Grund ihrer wirtschaftlichen Vormachtstellung und der engen Verflechtung mit den Banken in der Lage, das verfügbare Anlagekapital an sich zu ziehen und damit der Landwirtschaft Schwierigkeiten bei der Kreditbeschaffung und als Folge höhere Zinsbelastung aufzubürden. Es gelingt einem großen Teil der Landwirte auch unter äußersten Entbehrungen nicht, ihren Verpflichtungen gegenüber den Banken nachzukommen. Bei wachsender Verschuldung sind diese Bauern gezwungen, auch die unentbehrlichsten Käufe an Industrieerzeugnissen einzustellen. So wirkt die Krise der Landwirtschaft wieder auf die Krise der gesamten Volkswirtschaft verstärkend zurück. Die Existenz, besonders des Klein- und Mittelbauern, der bei sich ständig verschärfendem Konkurrenzkampf zu wachsendem Kapitaleinsatz gezwungen ist, wird so durch jede Schwankung von Absatz oder Preis gefährdet.

Tabelle 4
Betriebselgene Maschinen*)

Art der Maschinen	1939	1949	Veränderung in %
Elektromotore	971 266	1 223 450	+ 26,0
Acker-schlepper**)	12 255	53 686	+ 338,1
Mähbinder . .	133 758	186 389	+ 39,3
Kartoffelroder .	155 594	260 926	+ 67,7

*) „Wirtschaft und Statistik“, Heft 9, 1950

**) 1939 — Schlepper „über 22 PS“
 1949 — Schlepper „über 18 PS“

Tabelle 5

Von 100 betriebseigenen Maschinen entfielen auf Größenklassen nach landwirtschaftlich genutzter Fläche*)

Betriebseigene Maschinen	Betriebs-eigene Maschinen insgesamt	unter 5 ha	5 bis unter 10 ha	10 bis unter 20 ha	20 bis unter 50 ha	50 bis unter 100 ha	100 ha und darüber
Heuwender . . .	263 109	4,6	22,0	40,0	27,9	4,0	1,5
Gespanngras-mäher	751 626	16,6	35,7	30,0	14,8	2,1	0,8
Häckselmasch. . .	936 169	37,2	29,4	21,6	10,2	1,2	0,4
Elektromotore . .	1 223 450	24,5	27,1	25,6	18,1	3,3	1,4
Kartoffelroder . .	260 926	5,9	23,3	39,4	26,0	3,9	1,5
Düngerstreuer . .	129 837	1,6	12,3	35,3	38,8	8,2	3,8
Schlepper	76 550	8,6	10,4	21,1	39,6	12,7	7,4
Vielfachgeräte . .	73 520	3,4	13,8	31,9	37,2	9,2	4,5
Von 100 Betrieben entfielen auf Größenklassen nach landwirtschaftlich genutzter Fläche	Betriebe insg. 1 978 057	60,4	20,2	12,9	5,7	0,6	0,2

*) „Wirtschaft und Statistik“, Jahrgang 1949/51.

Infolge dieses Konkurrenzkampfes zeigt sich aber auch bei den kleinen und mittleren Betrieben in der Nachkriegszeit die relativ stärkste Zunahme des Maschinenbesatzes im Vergleich zu den Betrieben mit über 100 Hektar Betriebsfläche. Diese Erscheinung ist einerseits auf den bereits aus früheren Jahren vorhandenen stärkeren Maschinenbesatz der großen Betriebe zurückzuführen, andererseits aber auch auf die den großen Betrieben gegebene Möglichkeit, billige Arbeitskräfte, deren Ausbeutung sich je nach den allgemeinen Wirtschaftsbedingungen zu gewissen Zeiten vorteilhafter stellt als die Anschaffung von Maschinen, mit Hilfe kleiner Siedlungsstellen, Pachtflächen oder Deputatländereien an den Gutshof zu fesseln. Die Armut eines großen Teils der landwirtschaftlichen Bevölkerung wird hier zu einem Hemmnis für den Fortschritt.

3. Die Konzentration der landwirtschaftlichen Produktionsmittel in den Großbetrieben

Die Tabellen 5 und 6 zeigen, daß trotz der Zunahme des Maschinenbesatzes bei den kleinen und mittleren Betrieben, eine weit stärkere, da rentablere Verwendung von Maschinen bei den kapitalstarken Großbetrieben vorliegt.

Der Vergleich des prozentualen Anteils der verschiedenen Betriebsgrößen an der Zahl der betriebseigenen Maschinen, die im oberen Teil der Tabelle 5 angegeben ist, mit dem in der letzten Zeile aufgeführten Anteil der Betriebe mit landwirtschaftlicher Nutzfläche an den einzelnen Betriebsgrößengruppen läßt erkennen, daß der Maschinen-

besatz bei den Großbetrieben weitaus am stärksten ist. Selbst bei den Maschinen, die hauptsächlich zur Verwendung in kleineren Betrieben vorgesehen sind, wie die in den ersten drei Positionen der Tabelle aufgeführten Heuwender, Gespanngrasmäher und Häckselmaschinen, ist der Besatz bei den Großbetrieben relativ am höchsten. Aber Düngerstreuer, Kartoffelroder und Vielfachgeräte könnten beispielsweise ebenfalls in Betrieben von 20 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche und weniger verwandt werden, um mit ihrer Hilfe die Produktivität zu steigern und die Arbeit des Menschen zu erleichtern. Die Großgrundbesitzer mit landwirtschaftlich genutzter Fläche von 50 bis 100 Hektar und erst recht die mit landwirtschaftlich genutzter Fläche von über 100 Hektar verfügen, wie aus der Tabelle ersichtlich, über einen durchschnittlich um das Fünf- bis Zehnfache und mehr höheren Maschinenbesatz als die kleinen Landwirtschaften, die nur eine landwirtschaftlich genutzte Fläche bis 10 Hektar oder auch bis 20 Hektar bearbeiten. Die großen Betriebe werden im allgemeinen in der Lage sein, mit ihren eigenen Maschinen ihr Land zu bearbeiten, während die kleinen und insbesondere die kapitalarmen Landwirtschaftsbetriebe zu einem großen Teil gezwungen sind, bei der Ausleihung von Maschinen einen Teil der von ihnen geleisteten Arbeit für den Profit des Ausleihers der Maschinen herzugeben.

Die außerordentlich starke Konzentration der landwirtschaftlichen Maschinen in den Großbetrieben ist unverkennbar. Sie erhöht ihre Überlegenheit und auf der anderen Seite die Abhängigkeit der wirtschaftlich schwächeren Betriebe.

Tabelle 6

Betriebseigene Maschinen auf 1000 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche*)

Betriebseigene Maschinen	Gesamt Durchschnitt	Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von					
		unter 5 ha	5 bis unter 10 ha	10 bis unter 20 ha	20 bis unter 50 ha	50 bis unter 100 ha	100 ha und darüber
Elektromotore . .	90,0	121,4	116,5	89,1	62,2	49,1	32,2
Kartoffelroder . .	19,4	6,2	21,4	29,2	20,9	12,3	7,1
Schlepper	5,6	2,7	2,8	4,6	9,4	11,8	10,0
Vielfachgeräte . .	5,5	1,0	3,6	6,7	8,4	8,2	5,8

*) „Wirtschaft und Statistik“, Heft 9, Jahrgang 1950.

~~SECRET~~
SECURITY INFORMATION

4. Die Maschinen dienen nicht allen gleich

Über die Verwendung und Ausnutzung der Maschinen in den verschiedenen Betriebsgrößen gibt die Tabelle 6 Auskunft.

Der Großbetrieb ist, bei relativ zur landwirtschaftlichen Nutzfläche geringeren Investitionen, in der Lage, seine Maschinen weit stärker auszunutzen als der kleine und mittlere Betrieb. So unterschieden sich die durchschnittlich je Schlepper geleisteten Arbeitsstunden im Jahre 1949 wie folgt:

Größenklasse des landw. Betriebes nach der landw. genutzten Fläche	Durchschnittliche Arbeitsstunden je Schlepper
unter 5 ha	1095
5 bis unter 10 ha . .	1255
10 bis unter 50 ha . .	1303
50 bis unter 100 ha . .	1366
100 bis unter 200 ha . .	1453
200 ha und darüber . .	1590

Die Ausnutzung des Schleppers liegt in den kleinen Betrieben um rund 50 Prozent niedriger als in den Betrieben mit großer landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Jede Kapitalanlage für Maschinen gestaltet sich daher im Großbetrieb rentabler, und Absatzschwankungen wirken sich infolge der relativ geringeren Anlagen weniger störend oder schädigend für den Betrieb aus. Die Kosten für die Anschaffung einer Maschine sind bei voller Ausnutzung, wie sie nur der Großbetrieb durchführen kann, weit schneller wieder hereingeholt als bei einer nur zeitweiligen Verwendung. Daraus folgt weiter, daß der Maschinenpark bei Großbetrieben weit weniger der Gefahr unterliegt zu veralten, ehe die Maschinen verbraucht sind, d. h. einem geringeren sogenannten moralischen Verschleiß unterworfen ist, und daß diese Betriebe im allgemeinen über moderne, leistungsfähigere Maschinen verfügen, woraus wieder folgt, daß der Großbetrieb bei besseren Leistungen seiner Maschinen mit geringeren Reparaturkosten rechnen kann. Die Reparaturkosten steigen zwar mit steigender Arbeitsstundenzahl, aber nicht proportional zur Stundenzahl, sondern geringer.

Der kleine und mittlere Bauer bemüht sich einerseits, die Vorteile, die sich durch die Ausnutzung des technischen Fortschritts dem Großbetrieb bieten, durch einen rücksichtslosen Raubbau an seiner Arbeitskraft und Gesundheit und der seiner Familienangehörigen auszugleichen. Durch die verschärfte Konkurrenz sieht er sich aber gezwungen, selbst unter Zurückstellung oft der primitivsten Bedürfnisse Maschinen anzuschaffen, die er andererseits aber in seinem Betrieb nur weniger rentabel zur Anwendung bringen kann und die außerdem meist älter und weniger leistungsfähig sind, dafür aber relativ höhere Reparaturkosten erfordern.

C. — — — und die Landwirtschaft muß zahlen

1. Die Preisschere beschneidet die Einnahmen der westdeutschen Landwirtschaft

Mit zunehmender Kapitalanlage wird die Landwirtschaft immer stärker in den Krisenstrudel der kapitalistischen Wirtschaft hineingezogen. Das Indu-

striekapital, das die Krisenlasten auf die Landwirtschaft abzuwälzen versucht, findet viele Möglichkeiten, dies zu tun bzw. Profite aus der Landwirtschaft zu ziehen. Ein Beispiel ist die Preisschere zwischen den industriellen und den landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Die westdeutsche Landwirtschaft ist gezwungen, hohe und steigende Preise für die zur Erhöhung ihrer Produktivität und zur Erhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit erforderlichen industriellen Erzeugnisse zu zahlen, während die für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse gezahlten Preise hinter dieser Entwicklung zurückbleiben. Tabelle 7 gibt ein Bild dieser unterschiedlichen Entwicklung.

Tabelle 7

Preisindex für einige Absatz- und Bedarfsgüter der Landwirtschaft im Juni 1952*)

(1938 = 100)

Absatzgüter der Landwirtschaft	Bedarfsgüter der Landwirtschaft
Roggen 212	Kohle 291
Weizen 212	Roheisen 465
Hafer 217	Thomasmehl 220
Eier 197	Mauersteine 240
Butter 188	Zement 218
	Schrittholz 345

*) „Wirtschaft und Statistik“, Heft 12/1951.

Die Ziffern dieser Tabelle sind eine eindeutige Illustration der unterschiedlichen Entwicklung der Preise für landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse. Die industriellen Grundstoffe, die für die Produktion der von der Landwirtschaft benötigten Industrieerzeugnisse an Maschinen, Geräten und Gebäuden erforderlich sind, zeigen eine weit stärkere Preisentwicklung als die aufgeführten wichtigsten Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Produktion Westdeutschlands. Diese Differenz in der Preisentwicklung ist die Preisschere, die von dem monopolisierten, einflußreichen Finanzkapital zur Erzielung großer Profite aus der gesamten westdeutschen Landwirtschaft aufrechterhalten wird. Dabei ist noch besonders zu beachten, daß bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen gerade die Preise für die hochwertigen Produkte (Milch, Butter, Zuckerrüben, Kartoffeln), deren Anbau bzw. Produktion den größten Einsatz von Arbeitskraft sowie von Maschinen und Dünger verlangt, den geringsten Anstieg aufweisen. Auch diese durch die Agrarpolitik der Bundesregierung hervorgerufene unterschiedliche Entwicklung muß die Tendenz zur Extensivierung der westdeutschen Landwirtschaft verstärken und ihre Konkurrenzfähigkeit schwächen. Sie trifft die kleinen und mittleren Betriebe, da die Großbetriebe überwiegend den Anbau von Getreide betreiben, deren Preise eine günstige Entwicklung erfahren haben. Der Einfluß des Finanzkapitals zeigt sich auch hier wieder als schädlich für die gesamte Landwirtschaft und damit für die gesamte Volkswirtschaft.

Die Tabelle 8 läßt in einer Gegenüberstellung der Indizes der Grundstoffpreise für Nahrungsmittel — landwirtschaftliche Erzeugnisse — und industrielle Rohstoffe klar erkennen, daß Rüstung und Krieg die Profite der industriellen Produzenten auf Kosten der Landwirtschaft nur noch weiter erhöhen.

Tabelle 8
Index der Grundstoffpreise
(1938 = 100)*

Index	J u n i			
	1949	1950	1951	1952
Gesamt	190	198	245	264
Nahrungsmittel	174	168	196	208
Ind.-Rohstoffe	201	218	278	301

*) „Wirtschaft und Statistik“, Jahrgang 1949—1951.

Der Ausbruch des Krieges in Korea brachte dem Monopolkapital die erwünschte, rasche, gewaltige Preis- und Gewinnsteigerung. Die Differenz in der Preisentwicklung zwischen Nahrungsmitteln und Industrierohstoffen betrug im Juni 1949 27 Punkte, im Juni 1950 war sie unter dem Einfluß der bauernfeindlichen Politik der Bonner Regierung auf 50 Punkte gestiegen, d. h., die Differenz hatte allein die Höhe von fast einem Drittel der gesamten Nahrungsmittelpreisentwicklung erreicht. Ein Jahr später war die Differenz unter dem Einfluß des Überfalls auf Korea schon auf 82 Punkte, also auf nur etwas weniger als die Hälfte des gesamten Preisstandes der Nahrungsmittelindustrie angestiegen. Schon im Jahre 1949 hatten die Preise für industrielle Rohstoffe einen 35 Prozent stärkeren Anstieg erfahren als die Nahrungsmittelpreise. Dieser Unterschied in der Preisentwicklung erweiterte sich 1951 bis auf 86 Prozent. Trotz des Preisrückschlages, den die industriellen Rohstoffe infolge der krisenhaften Entwicklung im Verlaufe des Jahres 1952 erfuhren, hat sich die Kluft zwischen den beiden Grundstoffpreisgruppen noch auf 93 Punkte erweitert. Diese Spanne mußte sich voll auf den Bauern auswirken, der außerdem auch noch den ebenfalls verdienstsuchenden Großaufkäufern und Händ-

lern ausgeliefert ist. Nichts kann die Ausbeutung der Landwirtschaft im Interesse des Monopolkapitals deutlicher veranschaulichen als diese Entwicklung. Nichts zeigt klarer, daß auch die steigenden Preise, die der Landwirtschaft für ihre Erzeugnisse zugebilligt werden, nur verschleiern sollen, daß sie tatsächlich stärker als bisher für Rüstungs- und Kriegskosten belastet wird. In keinem der vier Jahre erreichte die Entwicklung der landwirtschaftlichen Preise die der industriellen Rohstoffpreise.

Als Folge der enormen Preissteigerung für industrielle Erzeugnisse müssen die Preise für Betriebsmittel der Landwirtschaft ebenfalls einen gewaltigen Anstieg erfahren. Die Tabelle 9 zeigt die Entwicklung der Preise für die sächlichen Betriebsmittel der westdeutschen Landwirtschaft und läßt wieder deutlich die verderblichen Auswirkungen von Rüstung und Krieg für die westdeutsche Landwirtschaft erkennen.

Der klare Bruch in der Preisentwicklung, der mit dem Überfall auf Korea und die daran anschließende verstärkte Rüstungs-„Konjunktur“ eintrat, ist von den Rüstungsfabrikanten herbeigeführt worden, die die Wirtschaft ihren Interessen unterordnen, bringt aber die Landwirtschaft in immer neue Schwierigkeiten. Der Krieg setzt die Landwirtschaft noch stärkeren Verlusten aus zugunsten des Industriekapitals und schwächt ihre wirtschaftliche Position im Inland und auch gegenüber der ausländischen Konkurrenz, da sie es nicht durchsetzen kann, daß die landwirtschaftlichen Preise eine Entwicklung entsprechend den steigenden Kosten für die zunehmend teureren Industrieerzeugnisse nehmen.

2. Die westdeutsche Landwirtschaft als Steuerkuh

Aber nicht nur durch diese Preisschere gelang es dem Industrie- und Finanzkapital die westdeutsche Landwirtschaft zur Zahlung der Rüstungskosten und der gewünschten höheren Profite heranzuziehen, auch auf andere Weise wurde der Staatsapparat für diese Zwecke eingesetzt. Durch steigende Steuern

Tabelle 9
Preisindexziffer der sächlichen Betriebsmittel der Landwirtschaft*)
(1938 = 100)

	Sächl. Betriebsmittel insges.	Handelsdünger	Brennstoffe**)	Zukauf-futtermittel	Unterhaltung der Gebäude	Neubauten	Neuanschaffung größ. Maschinen	Unterhaltung von Maschinen u. Geräten	Wirtschaftsbaushalt	Allgemeine Wirtschaftsausgaben
1949										
August	165	153	120	140	179	179	179	187	171	152
November	164	156	121	145	177	177	175	183	168	150
1950										
Februar	162	157	127	142	175	175	169	179	165	147
Mai	161	157	126	142	173	173	168	177	165	145
August	161	150	126	175	172	172	166	177	156	144
November	168	154	126	199	178	178	168	183	159	146
1951										
Februar	183	162	137	237	193	193	182	200	171	154
Mai	190	163	150	251	198	198	189	208	184	161
August	198	178	147	264	209	209	193	211	186	162
November	208	187	144	284	226	226	211	222	191	164

*) „Wirtschaft und Statistik“, Heft 10/1951. **) Inkl. Kraft- und Schmierstoffe und elektr. Strom.

SECURITY INFORMATION

Tabelle 10

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Landwirtschaft
(Vorläufige Buchführungsergebnisse von 4000 Betrieben für 1950/51)

Wirtschaftsjahr 19....	DM je ha				Index 1938/39 = 100		
	38/39	48/49	49/50	50/51*)	48/49	49/50	50/51*)
Einnahmen:							
Bodenerzeugnisse	172	312	319	344	181	186	200
Viehhaltung	333	350	484	569	105	145	171
Wirtschaftseinnahmen insgesamt	505	662	803	913	131	159	181
Ausgaben:							
Barlohn	62	112	119	128	182	192	206
Handelsdünger	39	61	68	73	156	174	187
Futtermittel	46	32	63	62	70	137	135
Unterhaltung der Gebäude u. Maschinen	41	90	104	107	220	254	261
Betriebssteuern	22	33	45	44	150	203	200
Sonstige Betriebsausgaben ..	127	189	195	221	149	153	174
Lfd. Betriebsausgaben	337	517	594	635	154	176	188
Einnahmeüberschuß	168	145	209	278	86	124	166
Neubauten, neue Maschinen ..	43	60	66	83	140	154	193
Wirtschaftsüberschuß	125	85	143	195	68	114	156

*) Vorläufige Ergebnisse

und Abgaben muß die westdeutsche Landwirtschaft einen weiteren, rapide anwachsenden Beitrag leisten. In Tabelle 10 sind die Einnahmen und Ausgaben der westdeutschen Landwirtschaft gegenübergestellt. Sie ist dem „Ministerialblatt des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“, Nr. 21, vom 7. November 1951, entnommen, so daß nicht anzunehmen ist, daß die Lage der westdeutschen Landwirtschaft schlechter dargestellt wurde, als sie tatsächlich ist, eher wird das Gegenteil der Fall sein. Allerdings hat das Bonner Ministerium unterlassen, in diese Tabelle die laufend wachsende Belastung für persönliche Steuern und Soforthilfe aufzunehmen. Diese Positionen, die ebenfalls zu den ständigen Ausgaben des westdeutschen Landwirts gehören, sind mit folgenden Beträgen einzusetzen:

Wirtschaftsjahr	1938/39	1948/49	1949/50	1950/51
Wirtschaftsüberschuß				
RM/DM je ha	125	85	143	195
pers. Steuern u. Soforthilfe	9	15**)	72	76**)
Effektiver Überschuß	116	70	71	119

**) Schätzung. Es handelt sich hierbei zumindest für das Jahr 1950/51 um eine vorsichtige Schätzung, da z. B. die Erhöhung der Einkommensteuer von $\frac{1}{12}$ Prozent auf $\frac{1}{8}$ Prozent, also um $33\frac{1}{3}$ Prozent, für die nichtbuchführenden landwirtschaftlichen Betriebe nicht berücksichtigt wurde.

Das nominale Ergebnis 1950/51 liegt also knapp 2,6 Prozent über dem Wirtschaftsüberschuß von 1938/39. Ein einfacher Vergleich dieser nicht einmal dreiprozentigen Steigerung des Überschusses mit der Steigerung der Preise für die Güter des persönlichen Bedarfes, die der Landwirt davon für sich und seine Familie kauft, macht eindeutig klar, wie

dieser Überschuß im Jahre 1950/51 tatsächlich zu bewerten ist. Der Preisindex für Bekleidung und Hausrat zeigte 1951 gegenüber 1938/39 einen Stand von 197 bzw. 172. Der Landwirt ist also heute gezwungen, bei einem etwa gleichgebliebenen Nominalbetrag für diese seiner Bedürfnisbefriedigung dienenden Güter beinahe den doppelten Preis zu zahlen. Tatsächlich ist also der Ertrag für seine persönlichen Bedürfnisse auf fast die Hälfte gegenüber der Vorkriegszeit gesunken. Woraus sollen etwa kulturelle Bedürfnisse, wie die Erziehung der Kinder oder auch nur Arztkosten bezahlt werden?

Trotz des Fehlens der erst von uns zugefügten Ergänzung über die steuerliche Belastung der westdeutschen Landwirtschaft liefert die Tabelle ein ausgezeichnetes Material für die Schilderung ihrer wirtschaftlichen Lage, die sich allerdings das „Ministerialblatt“ erspart hat.

Die sich auf westdeutsche Statistiken stützende Tabelle läßt erkennen, daß die Einnahmen gegenüber 1938/39 nur um 81 Prozent gestiegen sind, die Ausgaben aber um 88 bzw. 106 Prozent, wenn auch die persönlichen Steuern und die Soforthilfe einberechnet werden. Eine nähere Betrachtung der einzelnen Positionen obiger Tabelle offenbart aber noch weitere Folgen der für den Bestand der westdeutschen Landwirtschaft gefährlichen Agrarpolitik der Bundesregierung.

Die geringste Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit erfuhren die Einnahmen aus der Viehhaltung. Die intensive Viehwirtschaft, die die Grundlage der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe, besonders der kleinen und mittleren Betriebe, bildet, blieb hinter der weniger intensiven Bodenbewirtschaftung zurück. Die Produktion der Erzeugnisse der Veredelungswirtschaft erfordert mehr Arbeitskraft und eine größere Verwendung von Maschinen,

Geräten und Gebäuden, aber sie bringt dem Betrieb auch einen größeren Ertrag. Der Verkauf von Butter, Eiern, Käse, Milch und Fleisch ist daher für einen großen Teil, besonders der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe zum Rückgrat der Wirtschaftlichkeit geworden. Ein Rückgang von der wertvolleren Produktion der Veredelungswirtschaft zu der weniger intensiven einfachen Bodenbearbeitung bedeutet einen Rückschritt in der Entwicklung der Landwirtschaft und für die gesamte Volkswirtschaft, der sich besonders für die nationale Unabhängigkeit hoch industrialisierter und dicht bevölkerter Gebiete, wie Westdeutschland, nachteilig auswirken muß.

Bei den Ausgaben zeigen die Kosten für die Unterhaltung von Gebäuden und Maschinen die höchste Steigerung. Auffallend ist jedoch, daß die Ausgaben für Neubauten und neue Maschinen eine zwar starke, aber doch weit geringere Entwicklung aufweisen. Das heißt, der westdeutsche Landwirt war trotz der in Tabelle 3 gezeigten zunehmenden Anwendung von Maschinen relativ wenig in der Lage, Neuanschaffungen zu machen. Da der Preisindex für Maschinen in der gleichen Zeit auf 176 und für Neubauten auf 185 stieg, ist es der westdeutschen Landwirtschaft offensichtlich nicht möglich gewesen, den Nachholebedarf aus der Kriegs- und Nachkriegszeit aufzuholen, ja, sie ist kaum in der Lage, im gleichen Maße wie vor dem Kriege Neubauten oder Neuanschaffungen vorzunehmen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Instandhaltungskosten eine so enorme Steigerung erfahren haben. Sie fressen den größten Teil der Investitionen, die bei dem kleinen und mittleren Landwirt nur durch eine rücksichtslose Einschränkung seiner Bedürfnisse erzielt werden können, soweit sie nicht durch Kreditaufnahmen zu wachsender Verschuldung führen. Der Gewinnanteil, der sich aus einer Gegenüberstellung von Wirtschaftsüberschuß und Wirtschaftseinnahmen errechnet, betrug 1950/51 13 Prozent gegenüber 22,5 Prozent im Jahre 1938/39.

Die steuerliche Belastung der westdeutschen Landwirtschaft betrug im Jahre 1938/39 rund 6 Prozent der Bruttoeinnahmen. Um diesen Satz von 6 bis 8 Prozent schwankte die Steuerlast in den Jahren 1925 bis 1939, trotzdem auch das faschistische Regime die durch die Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre erschütterte deutsche Landwirtschaft in die Dienste seiner Kriegspläne stellte. Die Bundesregierung aber preßt aus der westdeutschen Landwirtschaft nicht nur die Kosten für den verlorenen Krieg Hitlers, sondern auch noch für die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Völkermordens. Sie erhöhte die steuerliche Belastung der westdeutschen Landwirtschaft auf rund 13 Prozent der Bruttoeinnahmen und gefährdet damit ihre Existenz, die sie den Wünschen der in- und ausländischen Imperialisten opfert.

Wenn wir die von uns der Tabelle beigegeführten persönlichen Steuern und die Soforthilfe¹³⁾ berück-

¹³⁾ 1/10 der früheren Zinsen und Tilgungsleistungen für langfristige Verschuldungen wurden durch die Soforthilfe in Zahlungen an den Staatshaushalt umgewandelt.

sichtigen, zeigt sich, wie aus den nachstehenden Ziffern zu ersehen, daß die Ausgabeposition „Steuern“ tatsächlich die höchste Steigerung erfahren hat.

1938/39	1948/49	1949/50	1950/51
100	155	377	387

Die von der Bundesregierung zur Fortführung der verbrecherischen Rüstungspläne, die mit der Unterzeichnung des Generalkriegsvertrages zu noch ungeheuerlicheren Anforderungen anwachsen werden, angekündigten weiteren Steuererhöhungen werden dafür sorgen, daß die steigende Tendenz keine Unterbrechung, ja, auf jeden Fall noch eine Beschleunigung erfährt.

Es muß noch bemerkt werden, daß es sich bei den Angaben in der Tabelle des westdeutschen Wirtschaftsministeriums um die Wirtschaftsergebnisse von 4000 buchführenden Betrieben handelt, also von Betrieben, deren Geldumsätze, wie das Bundesernährungsministerium selbst feststellt, „über dem allgemeinen Durchschnitt liegen, weil die untersuchten Betriebe bessere Bodenverhältnisse als der Durchschnitt aller Betriebe aufweisen“. Die „Überschüsse“ der Mehrzahl der westdeutschen landwirtschaftlichen Betriebe liegen also noch niedriger, was insbesondere auf die Kleinst- und Kleinbetriebe zutrifft.

Die Lage in der westdeutschen Landwirtschaft hat sich also selbst bei den günstigst gelagerten Betrieben tatsächlich erheblich verschlechtert, und zwar zu einer Zeit, da die landwirtschaftliche Produktion bereits den Vorkriegsstand wieder erreicht hat. Man kann sich also leicht vorstellen, welch übergroßes Maß von Leistungen und Entbehrungen von den Besitzern der Betriebe mit schlechteren Böden oder mit geringerer Kapitalkraft oder in jedem Fall von den Besitzern der kleineren Betriebe verlangt wird. Sollten aber die Pläne der Agrar-Union, die den amerikanischen Wünschen der Vernichtung der nationalen Souveränität der westeuropäischen Staaten dienen, verwirklicht werden, so muß in der wirtschaftlich geschwächten westdeutschen Landwirtschaft durch die Unterstellung unter die Entscheidungen einer internationalen Behörde mit der Ruinierung des größten Teils, insbesondere der kleinen und mittleren Betriebe, gerechnet werden.

3. Verschuldung der westdeutschen Landwirtschaft

Die Investitionen der westdeutschen Landwirtschaft für die Unterhaltung bzw. Neuanschaffung von Maschinen und Gebäuden sowie für die Auffüllung des Viehbestandes konnten infolge der Preisschere und der Steuerlast aber nicht allein durch eine fortschreitende Einschränkung der persönlichen Bedürfnisse aufgebracht werden. Es mußte daher eine rapide ansteigende Verschuldung eintreten.

Aus der nachstehenden Tabelle 11 ist zu ersehen, daß die Verschuldung in den ersten drei Jahren nach der Währungsreform jeweils um mehr als 15 bis 20 Prozent wuchs. (In der Zeit von 1928 bis 1933 betrug der jährliche Verschuldungszuwachs der Landwirtschaft im Höchstfalle 7 Prozent.)

SECRET
SECURITY INFORMATION

Tabelle 11.
Agrarverschuldung in Westdeutschland
(in Mill. Mark*)

	1. 7. 1939	21. 6. 1948	1. 7. 1949	1. 7. 1950	1. 7. 1951
Hypotheken	4340	1895	1900	1932	2013
Renten, Altenteile	450	461	496	563	656
Personalschulden	1390	124	694	1217	1601
	6180	2480	3090	3712	4270

*) „Die westdeutsche Landwirtschaft im Jahre 1950“, Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt a. M., 1951.

Hier zeigt sich eine Folge der Kreditpolitik der westdeutschen Bundesregierung, die sich zum Schaden der Landwirtschaft auswirkt. In den drei Jahren nach der Währungsreform stieg die langfristige Hypothekenschuldung um insgesamt 118 Millionen Mark, die kurzfristigen Personalschulden aber um 1477 Millionen Mark. Da die Landwirtschaft nur wenig Möglichkeit hat, langfristige Kredite zu niedrigen Zinssätzen zu erhalten, ist sie gezwungen, hohe Zinsen und Kosten für kurzfristige Kredite zu zahlen. Der Anteil der kurzfristigen Kredite — Personalschulden — an der gesamten Agrar-Verschuldung entwickelte sich wie folgt:

1. 7. 1939	21. 6. 1948	1. 7. 1949	1. 7. 1950	1. 7. 1951
22,5 %	5 %	22,5 %	32,8 %	37,5 %

Die teuren kurzfristigen Kredite der Banken und Lieferanten haben bei der landwirtschaftlichen Verschuldung Westdeutschlands ein erheblich höheres Gewicht erhalten. Ein Vergleich der Zunahme der lang- und kurzfristigen Verschuldung nach der Währungsreform aber zeigt darüber hinaus, daß über 80 Prozent der Neuverschuldung kurzfristig, d. h. mit hohen Zinssätzen, erfolgte. Hohe Zinsen stehen aber auch im krassen Widerspruch zu dem langsamen Kapitalumschlag in der Landwirtschaft, denn je häufiger der Kapitalumschlag stattfindet, desto größer ist die Möglichkeit, durch die Summe der jeweiligen Gewinne die gesamte Gewinnrate des Jahres zu erhöhen. Diese Möglichkeit ist eine Voraussetzung für das Bestehen und Wachsen der industriellen Unternehmungen, ist aber für den landwirtschaftlichen Betrieb nur im äußersten Falle bei günstigen Preisen gegeben.

4. Zunehmende Verelendung der westdeutschen Landwirtschaft

Wenn auch die gesamte Landwirtschaft unter der immer drückender werdenden Last der Kriegsvorbereitungen im Interesse der in- und ausländischen Imperialisten leidet, so wirkte sich diese Ausbeutung doch am stärksten und unmittelbarsten auf den Bestand und das Leben der kleinen und kleinsten, aber auch zum Teil der mittleren Landwirte aus.

Die Verluste durch die Preisschere, die Kosten für die Investitionen bzw. für Kredite und die steuerliche Belastung treffen den kleinen und mittleren Betrieb nicht nur relativ, sondern auch absolut härter als den Großbetrieb. Die wirtschaftliche Stärke des Großbetriebes ermöglicht es ihm, durch-

schnittlich bessere Preise für seine Erzeugnisse her-einzuholen. Die Investitionen gestalten sich beim Großbetrieb, wie aufgezeigt, rentabler, die Verschuldung der westdeutschen Landwirtschaft verteilt sich zwar etwa entsprechend dem Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den verschiedenen Größenklassen, aber der kleine Betrieb ist in weit höherem Maße auf die Übernahme von kurzfristigen Krediten mit hohen Zinssätzen angewiesen als der Großbetrieb. Die langfristige Verschuldung beträgt in Westdeutschland bei den Betrieben von 5 bis 20 Hektar, also schon bei mittleren Betrieben, noch 52 Prozent der Gesamtverschuldung, bei den Betrieben über 100 Hektar aber schon etwa 62 Prozent.

Außerdem wirkt sich die Belastung der Verschuldung durch die Steuer unterschiedlich je nach der Größe der Betriebe aus. Die kleineren und mittleren Bauern, die überwiegend zur Deckung der Bedürfnisse der Familie des Besitzers produzieren, werden am stärksten betroffen, da sich die Ertrags-schmälerung durch erhöhte Belastung sofort und voll auf die Lebenshaltung des Bauern auswirkt, während mit der zunehmenden Größe des Betriebes stets nur ein sinkender Anteil des dem Besitzer zufließenden Ertrages durch die Belastung abgetrennt wird. Wie sich diese Verelendung in der Veränderung der Struktur der westdeutschen Landwirtschaft widerspiegelt, zeigt das Absinken des Anteils der zum Teil schon selbständigen Kleinbetriebe der Größenklasse mit 2 Hektar bis unter 5 Hektar und ihrer Betriebsfläche (siehe Tabelle 1).

Auch die Entwicklung der Deputatentlohnung durch die Hergabe von Land ist ein weiterer Ausschnitt aus der steigenden Verelendung in der westdeutschen Landwirtschaft. Die Zahl der Arbeiterhaushaltungen mit Deputatland lag 1949 rund 81 Prozent höher als 1939, die Fläche des gesamten Deputatlandes ist aber nur um 1,1 Prozent gestiegen. Das führt zu dem Ergebnis, daß das Deputatland im Durchschnitt je Arbeiterhaushalt von 0,41 Hektar im Jahre 1939 auf 0,23 Hektar im Jahre 1949 gesunken ist. Das Elend der auf diesen Deputatländereien lebenden Landarbeiter, die einen großen Teil der Landbevölkerung bilden, ist also ebenso gewaltig, wie ihre Abhängigkeit, gestiegen. Eine entsprechende Betrachtung der Entwicklung der Kleingärten und landwirtschaftlichen Betriebe unter 0,5 Hektar, deren wesentliche Bedeutung in der zusätzlichen Versorgung ihrer Inhaber mit Gemüse, Obst und Gartenerzeugnissen liegt, sowie in ihrer Grundlage für Kleintier- und Geflügelhaltung, unterstreicht die Verelendungstendenz in der westlichen Landwirtschaft. Die Anzahl dieser Betriebe lag 1950 um mehr als 20 Prozent über der Zahl im Jahre 1939. Die Fläche, die von diesen Betrieben eingenommen wurde, war aber im Gegensatz dazu um fast 8 Prozent gesunken. Durch diese Verelendung ist die Zahl der Bodenbesitzer, die sich und ihrer Familie durch die Bearbeitung ihres Bodens einen wesentlichen Beitrag zu ihrem Unterhalt erwerben können, erheblich gesunken. Eine Durchführung der Bodenreform, auch nur entsprechend den in Westdeutschland gegebenen Gesetzen, hätte vielen Tausenden eine auskömmliche, selbständige landwirtschaftliche Existenz bieten können; abgesehen davon, daß heute noch in Westdeutschland fast eine Million

SECRET
SECURITY INFORMATION

Hektar Od- und Unland der Kultivierung harren. Doch ist für diese Zwecke kein Kapital vorhanden, denn die höheren und schnelleren Profite in der Industrie, besonders infolge der Aufrüstung und des Krieges, ziehen das Kapital an. Wozu soll in der kapitalistischen Landwirtschaft auch neues Land angebaut werden, liegen doch jetzt schon weite Strecken in Westdeutschland unbewirtschaftet, deren Bearbeitung von ihren Besitzern aufgegeben wurde, da sich auch größte Mühsal nicht lohnt. Auf der Tagung der Bayrischen Landwirtschaftsberater, die am 15. Juli 1952 in München stattfand, wurde festgestellt, daß die Landflucht bereits „ein erschreckendes Ausmaß“ angenommen hat und daß in manchen Dörfern bereits bis „40 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche brach liegen“.

Diese Verelendung ist das Ergebnis der im Interesse der Monopolisten durchgeführten Agrarpolitik der Bonner Regierung. Folgerichtig haben sich die Monopolisten ein „Heilmittel“ für die westdeutsche Landwirtschaft ausgedacht, das ihnen weitere Profite sichern soll. So wird in Westdeutschland bereits wieder die Einführung des Freiwilligen Landdienstes offiziell propagiert. Die imperialistischen Kriegsvorbereitungen führen auch in der Landwirtschaft wieder zu den verschärften Methoden der Ausbeutung des Menschen, die wir in Deutschland durch den Faschismus zur Genüge kennengelernt haben.

Um den westdeutschen Bauern aber auch ideologisch von der Notwendigkeit seines Elends zu überzeugen, lassen die Monopolisten jetzt in Westdeutschland die These verkünden: „Kein Volk kann sich entwickeln ohne Landflucht!“¹⁴⁾ Sie wollen die westdeutschen Bauern glauben machen, daß die Vernichtung von Tausenden kleiner und mittelbäuerlicher Betriebe in Westdeutschland erforderlich sei, um durch diesen strukturellen Umbau die westdeutsche Landwirtschaft besser in die von ihnen geplante, jedoch den Interessen der westdeutschen Bauern widersprechende Westeuropäische Agrar-Union einbauen zu können.

Die Einführung des Freiwilligen Landdienstes und die Vernichtung der kleinen und mittleren Betriebe dienen aber nur den imperialistischen Zielen der Kriegsvorbereitung und der Zerstörung der nationalen Souveränität Deutschlands. Der westdeutsche Bauer soll diesen antinationalen Plänen geopfert werden.

D. Der Einfluß des Finanzkapitals

Das Finanzkapital hat seit Anbeginn sein Ziel darin gesehen, alle Wirtschaftszweige und damit auch die Landwirtschaft seinen Plänen unterzuordnen. Zur Ausbeutung und Unterordnung der Landwirtschaft benutzte es die verschiedensten Methoden und Mittel, wie die Monopolorganisation der Industrie und ihren Machteinfluß, die Banken, sowie auch den von ihm beherrschten Staatsapparat.

Die Junker und die mit dem Finanzkapital verflochtenen Großbetriebe der Landwirtschaft waren davon ausgenommen, ja, sie nahmen sogar an den Herrschaftsplänen des Finanzkapitals in ihrem Interesse teil.

¹⁴⁾ „Süddeutsche Zeitung“, München, 23. August 1952

1. Die Monopolorganisationen

Die bereits behandelte Preisschere ist ein Beispiel für die indirekte Beherrschung der Landwirtschaft durch die Industriemonopole, jedoch haben sie sich auch direkt bemüht, die Landwirtschaft als Faktor in ihre Pläne einzuordnen. Schon vor 1933 ging das deutsche Finanzkapital dazu über, seinen Absichten zur endgültigen Unterordnung auch der Landwirtschaft unter seine imperialistischen Ziele konkrete Formen zu geben; ein Beispiel hierfür ist die Gründung des „Mittleuropäischen Wirtschaftstages“, einer Organisation, an der eigentlich alle bedeutenden Industrie- und Bankunternehmen bzw. ihre Verbände beteiligt waren. In der Leitung dieser Organisation saßen neben Vertretern des Langnam-Vereins, der IG-Farben, der Familie Krupp, der AEG, des Deutschen Kalisyndikats usw., solche der Deutschen Bank, der Dresdner Bank u. a. Diese Konzentration imperialistischer Macht befaßte sich aber nicht nur mit direkten Fragen der von ihr beherrschten Industrien, sondern auch mit der Landwirtschaft. Der im Jahre 1932 ausgearbeitete Entwurf einer „Agrar-Kartellierung“ kam unter dem faschistischen Regime sozusagen zu einer ersten Anwendung und wird heute auf Grund der gemachten Erfahrungen der veränderten Verhältnisse neu und verstärkt durchgeführt.

Die Maßnahmen der westdeutschen Regierung, die Landwirtschaft in die imperialistischen Ziele des Finanzkapitals einzuordnen, sind eigentlich nur eine Fortsetzung der faschistischen Politik, die auch alle Wirtschaftszweige und Quellen in den Dienst der „Großraum“-Wünsche des deutschen Monopolkapitals stellte, wenn diese Politik heute auch Abwandlungen einerseits durch eine weitere Machtverschiebung zugunsten des Finanzkapitals und zuungunsten der Landwirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg und andererseits durch die bestimmende Einflußnahme des USA-Kapitals erfahren hat. Die Wirtschaftspolitik der Adenauer-Regierung veranschaulicht nur, wieviel offener heute die Industriemonopole den Staatsapparat für die Durchführung ihrer Wünsche einsetzen.

2. Die Banken

Die Beschaffung von langfristigen Krediten zu niedrigen Zinssätzen und die Lenkung des gesamten landwirtschaftlichen Kreditwesens liegt heute in Westdeutschland ausschließlich in den Händen der von der Bundesregierung durch Gesetz vom 11. Mai 1949 ins Leben gerufenen Landwirtschaftlichen Rentenbank und der Deutschen Genossenschaftskasse. Das für die Entwicklung in der Landwirtschaft unerläßliche Kreditwesen ist also heute in einer staatlichen Stelle monopolisiert, da die Lenkung auch der von anderen Banken gegebenen landwirtschaftlichen Kredite durch die Landwirtschaftliche Rentenbank erfolgt.

Die wesentlichen Aufgaben der Landwirtschaftlichen Rentenbank sind: die Ausgabe von lang- und mittelfristigen Krediten für die Landwirtschaft und die Verteilung der für die Landwirtschaft bestimmten ERP-Kredite. Das Kapital dieser Bank muß aber durch die Landwirtschaft selbst aufgebracht werden. Zu diesem Zwecke wurden Zinszahlungen für die Rentenbank-Grundschnlden wieder aufgenommen. Die Landwirtschaft wird veranlaßt, durch erhöhte

SECURITY INFORMATION

Abgaben das Kapital aufzubringen, das ihr dann von den staatlichen Kreditmonopolstellen entsprechend der Agrarpolitik der Bundesregierung wieder zugeleitet wird. Unterstützt und verstärkt wird diese staatsmonopolistische Kreditlenkung durch die der Rentenbank übertragene Verteilung der ERP-Gelder. Die Deutsche Genossenschaftskasse hat die gleichen Gründer, erhält ihre Gelder aus den gleichen Quellen, dient also ebenfalls dem gleichen Zweck, der Konzentration des Einflusses auf das landwirtschaftliche Kapital- und Kreditwesen.

Die Lenkung der landwirtschaftlichen Investitionen wird aber auch noch von einer anderen Seite durch die im Mai 1950 gegründete Figelag, einer Gesellschaft zur Finanzierung des Kaufs landwirtschaftlicher Maschinen, vorgenommen. Hauptkapitalgeber für diese Firma sind die Landwirtschaftliche Rentenbank, die Deutsche Genossenschaftskasse, die Länder und außerdem die am Vertrieb landwirtschaftlicher Maschinen interessierten Industrie- und Handelskreise. Diese Firma bildet also einen eindeutigen Fall engster Zusammenarbeit des Industriekapitals mit den staatlichen Stellen zur Steigerung des Absatzes und der Profite. Sie nennt sich selbst eine „Gemeinschaftsgründung aller am Landmaschinen-geschäft interessierten Kreise“. Die Landwirtschaft muß diese Kreise, die ihre Gewinne aus der Arbeit der Landwirtschaft ziehen, selbst finanzieren.

3. Die staatlichen Stellen und ihre Wirtschaftspolitik

Aber nicht nur das landwirtschaftliche Kredit- und Kapitalwesen führte durch die genannten Einrichtungen zu einer monopolistischen Beherrschung der Landwirtschaft durch den Staatsapparat; die Bundesregierung schuf sich durch Gesetz noch weitere Möglichkeiten, die landwirtschaftliche Produktion, die Erfassung und Verteilung ihrer Erzeugnisse bestimmend zu lenken. Durch rasch aufeinanderfolgende Gesetzesbeschlüsse, die wesentlich in der Zeit von Ende 1950 bis Anfang 1951 erlassen wurden, sind Preisvorschriften und Einfuhr- und Vorratsstellen für fast alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wie Getreide, Zucker, Fett, Vieh und Fleisch geschaffen worden, die in ihrer Bedeutung für die Produktion und die Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse der straffesten Lenkung in der faschistischen Zeit gleichkommen, d. h. es wurden Maßnahmen eingeleitet und durchgeführt, die im Zuge der Remilitarisierung und Wiederaufrüstung in Westdeutschland als direkte Vorbereitung des Übergangs zu einer Kriegswirtschaft gelten können. Kein Landwirt in Westdeutschland, ob Eigentümer einer kleinen oder großen Bodenfläche, ob kapitalarm oder -stark, ist also auch nur im kapitalistischen Sinne frei und unabhängig in seinem Tun und Lassen. Das Angebot landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf dem westdeutschen Markt, und damit im Zusammenhang ihre Preise, werden durch die Bundesregierung bestimmt, durch ihre Einfuhr- und Vorratspolitik beeinflusst. Die Bundesregierung bemüht sich, diesen Einfluß ständig zu verstärken, wie sie das z. B. durch die jetzt geplante Erhöhung der für die Finanzierung der Vorratshaltung an Grundnahrungsmitteln vorgesehenen Mittel von 900 Millionen DM auf 1,5 Milliarden DM nochmals unterstreicht.

Die landwirtschaftlichen Betriebe selbst sind zersplittert, ihre Besitzer nicht monopolistisch zusammengeschlossen, um einen bestimmenden Einfluß auf den Markt ausüben zu können, aber die landwirtschaftliche Produktion, ihre Verteilung, die Kapitalanlagen und die Entwicklung der Landwirtschaft, d. h. das gesamte Wirtschaftsleben der Landwirtschaft, wird entsprechend den Interessen des Finanzkapitals gelenkt, ist also praktisch in den Händen des Finanzkapitals, zum Teil mit Hilfe des Staatsapparats monopolisiert.

Die Agrarpolitik in Westdeutschland und die mit ihr zusammenhängende Kredit- und Steuerpolitik wird nicht durch die Landwirtschaft oder deren Interessen bestimmt. Der nachstehende Vergleich der in den Jahren seit der Währungsreform bis Ende 1950 in der Landwirtschaft und in der Industrie investierten Beträge mit dem Sozialprodukt dieser beiden Wirtschaftszweige in der gleichen Zeit, läßt schlaglichtartig die wirklichen Kräfte im Hintergrund — das Finanzkapital — erkennen.

	Landwirtschaft	Industrie
Sozialprodukt (Juli 1948 bis Ende 1950)	19,7 Mrd. DM	71,6 Mrd. DM
Investitionen . . .	3,1 Mrd. DM	30,0 Mrd. DM
Investitionen in Prozent des Sozialprodukts	15,7 %	41,9 %

Die Landwirtschaft hat durch die gesetzliche Bindung ihrer Preise, Steuern, Abgaben, Zinsen usw., d. h. durch das mittelbare Eingreifen des Staatsapparates, auf den überwiegenden Teil ihres Gewinnes zugunsten des Finanzkapitals verzichten müssen. Die Bonner Agrarpolitik wird durch die Macht- und Profitpolitik der westdeutschen und USA-Imperialisten bestimmt. Während der Landwirtschaft die von ihr benötigten Kapitalien entzogen bzw. vorenthalten werden und sie im Umfange ihrer genannten Investitionssumme verschuldete, haben die in Westdeutschland bestimmten Kräfte mit Hilfe des Bundesrats das Investitionshilfegesetz durchdrücken können, nach dem die gesamte gewerbliche Wirtschaft Westdeutschlands eine Milliarde DM für den Ausbau der Grundstoffindustrie — Kohlenbergbau, eisenschaffende Industrie, Energiewirtschaft — aufbringen muß. Wo die Wirtschaft den Zielen der Aufrüstung und den Kriegsvorbereitungen — dem Generalvertrag — unterworfen wird, kann für einen friedlichen Aufbau kein Geld und keine Kraft verfügbar sein, deshalb konnten weder die Bodenreform durchgeführt noch die ungeheuren Od- und Unlandgebiete kultiviert werden. Auch für die notwendigen Verbesserungen durch Bodenkultur und Wasserwirtschaft von rund 5,5 Millionen Hektar Landes, das ist ungefähr ein Fünftel der gesamten Nutzfläche in Westdeutschland, sind die erforderlichen Mittel trotz der offensichtlichen volkswirtschaftlichen Notwendigkeit nicht aufzubringen. Das sich über die holländische Grenze hinziehende Emsland-Moorgebiet wartet u. a. ebenfalls auf die Urbarmachung,

durch die rund 100.000 Hektar Land gewonnen werden können. Die großen Möglichkeiten, die sich hier bieten, sind offensichtlich, denn jenseits der Grenze, auf holländischem Gebiet, stehen auf den gleichen Böden heute blühende Bauernhöfe mit Getreide- und Hackfruchtfeldern. Allerdings hat Bonn sich nun doch entschlossen, diese Gebiete zu kultivieren. 500 Millionen Mark sollen in den nächsten zehn Jahren dafür aufgewendet werden. Sollte die Industrie plötzlich an der Entwicklung der Landwirtschaft interessiert sein? Das nicht, aber es sind dort ergiebige Olivorkommen, die sich besser ausbeuten lassen, wenn die dafür erforderlichen Menschen in der Nähe wohnen und aus der Nähe versorgt werden können.

Im Zusammenhang mit der inflationistischen Entwicklung in Westdeutschland mußten auch der Landwirtschaft Preiserhöhungen zugestanden werden, die zu einer nominellen Erhöhung der landwirtschaftlichen Einnahmen führen. Sie offenbart nur die inflationistische Entwicklung, die so unvermeidliche Folge der „Rüstungskonjunktur“, die in einem allgemein raschen Preisanstieg, u. a. auch in dem gestiegenen Zahlungsmittelumlauf, ihren Ausdruck findet, der von 6.999 Millionen DM im Jahre 1949 auf über 10 Milliarden DM im Jahre 1952 anstieg.

Diese Entwicklung hat bei den Preisen industrieller Erzeugnisse, die auch von der Landwirt-

schaft gekauft werden, bereits viel früher ihren Niederschlag gefunden.

Der Preisschere — dem unmittelbaren Werkzeug zur Ausbeutung der Landwirtschaft durch das Finanzkapital und den Steuern und Abgaben, dem mittelbaren Werkzeug — wurde nun neben dem Instrument der staatsmonopolistischen Lenkung des landwirtschaftlichen Kapitals und der Produktion auch noch die Inflation hinzugefügt. Die scheinbare Besserung, die hohen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, sind tatsächlich nur ein Deckmantel für die Verschlechterung der Lage der Landwirtschaft in Westdeutschland.

Auch die westdeutsche Landwirtschaft soll der Aufrüstung dienen. Der USA-Landwirtschaftsminister Brannan, also ein Vertreter des aggressivsten Imperialismus, meinte daher bei seinem Besuch im August 1951 in Westdeutschland: „Eine Hilfe auf landwirtschaftlichem Gebiet ist genau so wichtig wie eine militärische. Eine Armee marschiert auf dem Magen.“ Es ist allgemein bekannt, daß die Dollar des Marshallplans der Aufrüstung Westeuropas dienen. Mr. Brannan erläutert eigentlich nur noch den Zweck der für die westdeutsche Landwirtschaft bereitgestellten ERP-Mittel und die Ziele der Bonner Agrarpolitik.

III. Schlußbemerkungen

Als Folge der unter dem Einfluß der aus- und inländischen Imperialisten stehenden Wirtschaftspolitik zeigen sich in der Entwicklung der westdeutschen Landwirtschaft zwei Tendenzen: einerseits wird eine teilweise Steigerung der Produktion mit Hilfe ausländischen Kapitals im Interesse der Kriegsvorbereitungen durchgeführt und andererseits ebenfalls mit Hilfe und unter Einwirkung der ausländischen Machthaber auf die Wirtschaftspolitik eine Strukturwandlung in der westdeutschen Landwirtschaft angebahnt mit dem Ziel ihrer Unterordnung unter die imperialistischen Interessen im Rahmen der Agrar-Union, letztlich aber auch im Dienste der Kriegspolitik. Das westdeutsche und USA-Finanzkapital glaubt, die westdeutschen Bauern fest in der Hand zu haben, wenn es sie mit Hilfe des Staatsapparates für seine Ziele gefügig machen kann, aber die westdeutschen Bauern fühlen den Druck der Besatzungs- und Rüstungspolitik, und finden sich im Kampf um ihr Land und ihre Existenz zusammen zu einer Abwehrbewegung gegen Krieg und nationale Vernichtung, die mit den nationalen Interessen des ganzen deutschen Volkes zusammenfließt. Noch rechnet das Finanzkapital damit, die Zersplitterung der landwirtschaftlichen Bevölkerung für seine Ziele ausnutzen zu können, aber es unterschätzt ihren Friedenswillen, der in immer neuen Aktionen, wie z. B. der Bauern in Rimschweiler, Sembach und Rohrbach, gegen die Beschlagnahme von Land für militärische Zwecke und auch in positiven Vorschlägen zur Lösung der Agrarfrage in Westdeutschland, wie z. B. dem Gesamtdeutschen Agrarplan, sichtbar wird und an Kraft gewinnt.

Die sich verschärfenden Widersprüche innerhalb der Landwirtschaft und zwischen Landwirtschaft und Industrie, sowie die sich daraus ergebende wachsende Krisenempfindlichkeit, sind charakteristische Merkmale für die Situation der Landwirtschaft in dem von der allgemeinen Krise erschütterten kapitalistischen Wirtschaftssystem.

Alle diese Widersprüche finden wir auch in der westdeutschen Landwirtschaft. Dort treten sie um ein Vielfaches verstärkt auf durch den Einfluß der ausländischen imperialistischen Mächte, durch das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus und die Remilitarisierung. Sie müssen daher auch in ihrer Auswirkung auf die westdeutsche Landwirtschaft zerstörender sein.

Rüstung und Krieg, das sind die Endziele der imperialistischen Agrarpolitik, die der westdeutschen Landwirtschaft heute den größten Teil der Frucht ihrer schweren Arbeit rauben und weite Strecken fruchtbaren Landes in öde Manöverfelder fremder und einheimischer imperialistischer Söldner verwandeln. Eines Tages aber soll die westdeutsche Landwirtschaft diesem Ziel auch ihre Menschen opfern.

Die Gefahr ist groß, das ist aus jedem Satz des Generalkriegsvertrages zu erkennen. Der westdeutsche Landwirt sieht diese Gefahr, und nun muß er rechtzeitig mit aller Kraft die friedlichen Ziele der Landwirtschaft, die Ernährung der Völker, gegenüber den Rüstungs- und Kriegsinteressenten zur Geltung bringen.

SECRET

BERICHTE

SECURITY INFORMATION JAHRGANG 3, NR. **18**

DES DEUTSCHEN WIRTSCHAFTSINSTITUTS

BERLIN NW 7 · CLARA-ZETKIN-STRASSE 112 · TELEFON 22 63 60

SEPTEMBER 1952

Das westdeutsche Zentralbanksystem an der Schwelle der finanziellen Kriegsvorbereitung

Einleitung

Die Aufrüstung Westdeutschlands unter amerikani-
schem Diktat, die durch den beabsichtigten Ab-
schluß des Generalkriegsvertrages in ein neues Sta-
dium tritt, erfordert gewaltige Summen. Für das
erste Jahr des Generalkriegsvertrages sieht das in
Bonn abgeschlossene Finanzabkommen einen „Ver-
teidigungsbeitrag“ von vorerst 10,2 Milliarden Mark
jährlich vor. Nach einer Untersuchung des Instituts
„Finanzen und Steuern“ in Bonn¹⁾ werden die wirk-
lichen Rüstungskosten, umgerechnet auf das 1. Ka-
lenderjahr, folgenden Umfang haben:

1. Nettoverteidigungsbei- trag	10 200 Millionen Mark
2. nicht im Nettobeitrag enthaltene Besatzungs- lasten und Verteidi- gungsausgaben	830 Millionen Mark
3. Kosten für „innere Sicherheit“	1 070 Millionen Mark
4. Finanzhilfe an West- berlin	1 060 Millionen Mark
insgesamt	13 160 Millionen Mark

¹⁾ Siehe „Bulletin“ Nr. 123, S. 1160 ff. vom 29. August 1952.

Neben dieser Summe müssen auch die in den ver-
schiedenen Positionen des Bonner Haushalts ver-
steckten Posten berücksichtigt werden, die ganz
oder teilweise der Aufrüstung dienen, wie z. B. die
„sozialen Kriegsfolgenlasten“, die zum großen Teil
dazu dienen, ehemalige Hitlergenerale und Berufs-
offiziere und -soldaten durch die Zahlung von Pen-
sionen „in Bereitschaft“ zu halten, oder wie die
Ausgaben für das Kaiser-Ministerium, die dazu be-
nutzt werden, den Krieg „psychologisch“ vorzube-
reiten, oder der Ausbau von Autobahnen, strategi-
schen Bahnen und Straßen usw., auf denen die Euro-
paarmee ihren Angriffszielen zueilen soll.

Insgesamt dürften so im ersten Jahr der unmittel-
baren Kriegsvorbereitungen rund 15 Milliarden
Mark für die Aufrüstung ausgegeben werden. In den
folgenden Jahren werden die Ausgaben naturgemäß
noch weiter steigen. Darüber hinaus ist vorgesehen,
in den rüstungswichtigen Industrien ungeheure In-
vestitionen vorzunehmen, die für das Jahr 1953 auf
mehr als 30 Milliarden geschätzt werden. Es besteht
keine Meinungsverschiedenheit unter den westdeut-
schen Rüstungspolitikern darüber, daß diese Sum-

INHALT

	Seite
Einleitung	1
1. Reichsbank und Bank deutscher Länder — Werkzeuge des deutschen Finanzkapitals	2
a) Die Finanzierung des zweiten Weltkrieges durch die Deutsche Reichsbank	2
b) Die Remilitarisierung in Westdeutschland und die Währungspolitik der Bank deutscher Länder	3
2. Die personelle Zusammensetzung der Bank deutscher Länder	6
3. Form und Inhalt der Bundesbank	7

SECRET

SECURITY INFORMATION

men aus der werktätigen Bevölkerung herausgepreßt werden sollen. Nicht völlig geklärt ist jedoch die Frage, ob die Rüstungsfinanzierung mit der Methode der Reichsbank der Kriegsverbrecher Schacht und Funk oder mit der Methode des amerikanischen Federal Reserve Systems verwirklicht werden soll. Die Klärung dieser für die Aufrüstung wichtigen Frage ist der Sinn der gegenwärtig in Bonn geführten Diskussion über das Zentralbanksystem.

Offiziell ist die Aufgabe der Notenbank die Ausgabe von Banknoten und die Sicherung der Währungsstabilität. Aber die Vertreter des westdeutschen Finanzkapitals, die in maßgeblichen Positio-

nen der Bank deutscher Länder (BdL) sitzen, haben sie, wie das mit der Notenbank in jedem imperialistischen Land der Fall ist, schon heute in ein Instrument zur Rüstungsfinanzierung verwandelt. Trotz der Versicherungen leitender Personen der Bank, daß ihnen nur das Wohl der DM-West am Herzen liege, zeigt schon eine oberflächliche Betrachtung, daß sie die Westmark vor Inflation, Entwertung und die Preise vor einer Steigerung nicht bewahrt haben. Ihr wirkliches Ziel ist die Umlenkung aller verfügbaren Mittel auf die Rüstungsindustrie und die Unterstützung der Kriegsvorbereitungen des amerikanischen Imperialismus.

1. Reichsbank und Bank deutscher Länder — Werkzeuge des deutschen Finanzkapitals

a) Die Finanzierung des zweiten Weltkrieges durch die Deutsche Reichsbank.

In der Rüstungsfinanzierung haben die deutschen Monopolisten große Erfahrungen und die Bank deutscher Länder hat einen würdigen Vorgänger — die Deutsche Reichsbank, die allerdings, als Hitlerdeutschland unter den Schlägen der Sowjetarmee kapitulierte, unter Hinterlassung einer völlig ruinierten Währung und ungedeckter Schulden zusammenbrach.

Die deutschen Hauptkriegsverbrecher finanzierten die Aufrüstung des Dritten Reiches und den zweiten Weltkrieg durch ungeheure Steuern, durch Zwangsanleihen, durch verschiedene Finanzierungstricks, wie Sonder-Wechsel und Mefo-Wechsel, durch Plünderung der besetzten Gebiete und durch Inflation. Zur Ausplünderung des deutschen Volkes und der zeitweilig unterworfenen Völker bedienten sie sich auch der Reichsbank, an deren Spitze die Kriegsverbrecher Schacht (bis 1939) und Funk standen. Alle Hilfsquellen des Kreditsystems wurden der Aufrüstung dienstbar gemacht. Der Papiergeldumlauf stieg, wie Tabelle 1 zeigt, rapide.

Tabelle 1

Papiergeldumlauf 1936 . .	6,9	Milliarden Reichsmark.
1939 . .	10,9	" "
Ende 1940 . .	14,0	" "
" 1941 . .	19,3	" "
" 1942 . .	24,4	" "
" 1943 . .	33,7	" "
" 1944 . .	50,1	" "
Februar 1945 . .	55,5	" "

Staatspapiere, Obligationen, Schatzwechsel und -anweisungen wurden über die Reichsbank emittiert, ein großer Teil davon verblieb in ihrem Besitz und diente als „Deckung“ für die steigende Ausgabe von Papiergeld. Ende 1938 betrug die Goldreserve der Reichsbank infolge von Einkäufen strategisch wichtiger Rohstoffe für die Aufrüstung nur noch 71 Millionen Reichsmark.

Über Schacht, der nach der Machtergreifung der Nazis im März 1933 Reichsbankpräsident wurde und dieses Amt bis 1939 innehatte, sagt die Anklageschrift des Nürnberger Prozesses:

„Es ist klar, daß Schacht eine Zentralfigur in Deutschlands Aufrüstungsprogramm war. Die

Maßnahmen, die er ergriff, führten einen schnellen Aufstieg der Nationalsozialisten als Militärmacht herbei.“

Bekanntlich wurde Schacht auf Betreiben der amerikanisch-englisch-französischen Monopolherren im Nürnberger Prozeß freigesprochen — derselbe Schacht, der über seine Tätigkeit am 29. November 1938, nach dem Überfall auf die Tschechoslowakei, sagte:

„Es ist möglich, daß keine Notenbank in Friedenszeiten eine derartige Kräftepolitik durchgeführt hat, wie die Reichsbank seit der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten. Mit Hilfe dieser Kräftepolitik hat sich Deutschland eine Rüstung geschaffen, die der keines anderen Staates nachsteht.“²⁾

Nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die friedlichen Nachbarländer begann der Raubzug der deutschen Imperialisten, an dem die Reichsbank, mit dem Kriegsverbrecher Funk an der Spitze, führend beteiligt war. Im Urteil des Nürnberger Gerichts, das Funk zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte, hieß es:

„Verbrechen gegen den Frieden.

Funk schrieb am 25. August 1939 einen Brief an Hitler, worin er berichtete, daß seine Pläne zur „Kriegsfinanzierung“, für die Lohn- und Preiskontrolle und für die Stärkung der Reichsbank fertiggestellt seien, und daß er unauffällig (!) alle in Deutschland verfügbaren Devisenguthaben in Gold verwandelt habe. Nach Kriegsbeginn, am 14. Oktober 1939, hielt er eine Rede, in welcher er feststellte, daß diejenigen deutschen Wirtschafts- und Finanzbehörden, die dem Vierjahresplan unterstanden, schon über ein Jahr geheime wirtschaftliche Vorbereitungen für den Krieg getroffen hätten. . .

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Im Jahre 1942 traf Funk mit Himmler ein Abkommen, auf Grund dessen die Reichsbank gewisses Geld, Juwelen und Barmittel von der SS erhalten würde. . . Als Ergebnis dieses Abkom-

²⁾ Aus den Akten des Nürnberger Prozesses, „Neues Deutschland“ vom 6. Oktober 1946.

SECURITY INFORMATION

meins lieferte die SS an die Reichsbank persönliche Habe und Wertgegenstände, die den Opfern, die in KZs umgebracht worden waren, abgenommen waren ... Als Wirtschaftsminister und Reichsbankpräsident nahm Funk an der wirtschaftlichen Ausbeutung der besetzten Gebiete teil."

Es bedarf keiner weiteren Beweisführung als dieser Zitate aus den Akten des Nürnberger Prozesses, um den imperialistischen, aggressiven Charakter der Tätigkeit der Reichsbank vollständig zu entlarven. Diese Tätigkeit begann mit der Umlenkung aller verfügbaren Mittel auf die Rüstungsindustrie, setzte sich in der Entfesselung der Inflation fort und endete in Leichenfledderei und offener Plünderung. Diese Tätigkeit, die nur im Interesse der deutschen Monopolherren lag, wird heute von der Bank deutscher Länder wieder aufgenommen. Sie ist genauso auf die Vorbereitung eines Krieges zugespitzt wie die Tätigkeit der ehemaligen Reichsbank.

b) Die Remilitarisierung in Westdeutschland und die Währungspolitik der Bank deutscher Länder.

Die Werkzeuge der Notenbank sind Geld und Kredit. Dementsprechend führt die Bank deutscher Länder die Politik der Finanzoligarchie mit Hilfe von Inflation und Kreditlenkung durch. Heute kann man in Westdeutschland bereits von einer *Inflation* sprechen.

Tabelle 2

Zahlungsmittelumlauf*) in Mill. DM

31. 12. 1948	6 641
31. 12. 1949	7 738
31. 12. 1950	8 414
31. 12. 1951	9 713
31. 3. 1952	10 005
30. 6. 1952	10 406
31. 7. 1952	10 491

*) Im Bundesgebiet und in Berlin ausgegebene Zahlungsmittel.
Quelle: „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, August 1952, S. 59.

Zum vollen Verständnis der Tabelle 2 ist der Hinweis notwendig, daß die 6964 Millionen Reichsmark Ende 1936 in ganz Deutschland umliefen und daß heute mehr als 10 Milliarden DM auf einem *bedeutend kleineren Gebiet* mit geringerer Bevölkerung

und Produktion umlaufen als damals. Bereits im Mai 1952 wurde die Überschreitung der gesetzlich festgelegten Höchstgrenze von 10 Mrd. DM Papiergeldumlauf in Bonn beabsichtigt. Die DM-West ist Papiergeld, sie ist weder durch Gold noch durch Werte, wie Devisen, gedeckt, d. h. sie ist allen Gefahren der Inflation preisgegeben. Um das Ausmaß der Inflation in Westdeutschland voll würdigen zu können, ist noch eine andere Erscheinung zu beachten: das ungeheure Anwachsen des Kreditvolumens, des Buchgeldes, der Flut von Wechseln, Schuldverschreibungen und sonstigen als Zahlungsmitteln dienenden Geldersatzes. In der Sphäre der Produktion und des Großhandels hat dieses Buchgeld das Notenbankgeld fast völlig verdrängt, dessen aufgeblähte Massen somit fast nur in der Sphäre des Einzelhandels und der Lohn- und Gehaltszahlungen zirkulieren.

Das wirkliche Ausmaß der heutigen Inflation in Westdeutschland kann man nur ermessen, wenn man die Kreditinflation berücksichtigt. Die Tendenz der Erhöhung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs kann an der Entwicklung der Bankeinlagen festgestellt werden (siehe Tabelle 3).

Die Zahlen in Tabelle 3 zeigen, daß das Geldvolumen gegenüber dem Dezember 1948 um mehr als 90 Prozent zugenommen hat, daß die Adenauer-Regierung, wie vor 1945 der Hitlerstaat, zur Inflation greift, um aus dem deutschen Volk das Geld für die Remilitarisierung herauszupressen.

Als zweite Waffe bedient sich die Bank deutscher Länder der *Lenkung der Kredite*. Karl Bernard, der Präsident der Bank deutscher Länder, schrieb dazu folgendes³⁾:

„Die Kreditpolitik wird wieder ein wirtschaftspolitisches Ordnungs- und Lenkungsinstrument ...

Entscheidend bleibt, daß auch die Rüstungswirtschaftspolitik nicht von dem Idol der „physical controls“ (d. h. von Material-, Lebensmittelbewirtschaftung usw. D.W.I.) beherrscht ist, sondern sich auf die Steuerungsmöglichkeiten der Geld- und Kreditpolitik besinnt ...

³⁾ „Werkzeuge der Kreditpolitik“ in „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“, 1952 Nr. 1, Seite 9. (Hervorhebung von uns DW 7.)

Tabelle 3

Das Geldvolumen in Westdeutschland in Millionen DM

Monatsende	Bargeld- umlauf*)	Private Sicht- einlagen	Andere Einlagen	Sonstiges	Gesamtes Geld- volumen
Dezember 1948	6 054	5 423	4 382	135	15 994
Dezember 1949	7 058	6 719	6 987	504	21 268
Dezember 1950	7 682	8 110	9 111	576	25 479
März 1951	7 292	8 032	9 397	580	25 304
Juni 1951	7 781	8 530	10 394	598	27 303
September 1951	8 656	8 889	10 756	611	28 912
Dezember 1951	8 801	9 788	10 792	543	29 924
Februar 1952	8 977	9 234	11 165	549	29 925
März 1952	9 054	9 323	11 211	557	30 145
April 1952	9 157	9 638	10 879	566	30 240
Mai 1952	9 365	9 427	11 245	570	30 607
Juni 1952	9 440	9 459	11 434	571	30 904

*) Außerhalb der Kreditinstitute. Ohne B-Noten.

Quelle: „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, Mai 1952, S. 78.

Mit Nachdruck muß aber gegenüber manchen Kritikern betont werden, daß damit die Wirtschaft nicht etwa von jeder Aufnahme neuer Kredite abgeschnitten worden war. Es war den Banken unbenommen, *innerhalb ihres Kontingents Umschichtungen vorzunehmen* und sich so die Möglichkeiten zu verschaffen, volkswirtschaftlich unabwendbaren und vordringlichen Kreditbedarf zu befriedigen.“

Als „volkswirtschaftlich unabwendbaren“ und „vordringlichen“ bezeichnet Bernard natürlich den Kreditbedarf der Grundstoff- und Rüstungsindustrie.

Die großen Industriemonopole und Banken haben in der Zeit des Krieges und in der Nachkriegszeit ungeheure Kriegsgewinne eingesteckt. Diese Gewinne haben ihnen gestattet, nach der separaten Währungsreform des Jahres 1948 ihr Kapital fast vollständig zu erhalten. Aber der Appetit der Monopolherren ist unersättlich. Sie haben mit Hilfe der Kreditlenkungsmaßnahmen begonnen, einen Raubzug in den Jagdgebieten der Verbrauchsgüterindustrie zu unternehmen. Die Mittel, die dort akkumuliert wurden, sollen auf die Produktionsmittelindustrie, und zwar hauptsächlich auf die Rüstungsindustrie, umgelenkt werden.

Die wichtigsten Maßnahmen bei der Lenkung der Kredite sind:

1. Kreditrestriktionen, d. h. eine angeordnete Senkung der von den Banken an bestimmte Industriezweige gegebenen Kredite,
2. Vorschriften über die Unterhaltung von Mindestreserven bei den Landeszentralbanken,
3. Manipulierung des Diskontsatzes.

Ein Kreditinstitut, das sich den Anweisungen widersetzt, kann Zwangsmaßnahmen erwarten:

„Als wesentlichstes Mittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen steht ihnen (den Landeszentralbanken) neben der persönlichen Einwirkung auf die Geschäftsbanken . . . , die (in den Zentralbankbeschlüssen als Sanktion für eine eventuelle Nichterfüllung der Auflagen auch ausdrücklich vorgesehen) Vorenthaltung der Refinanzierungsmöglichkeiten, also die Sperre des Landeszentralbankkredits, zur Verfügung.“⁴⁾

Seit dem Beginn der Restriktionen im Herbst 1950 hat die BdL im wesentlichen an ihrer Lenkungs politik festgehalten. Aber diese Kreditrestriktionen führten keineswegs zu einer Verminderung der von den großen Banken der Industrie zur Verfügung gestellten Kredite; sie waren auch keineswegs auf eine Bekämpfung der Inflation gerichtet. Die Banken liehen den großen Monopolfirmen weiter bereitwillig bedeutende Mittel aus, die diese dazu verwandten, ihre Kapazität und ihre Produktion zu erhöhen, auf den Auslandsmärkten wieder konkurrenzfähig zu werden und den Kapitale export voranzutreiben. Die Restriktionen führten zu einer Umleitung der Kredite von der Konsumgüterindustrie auf die Rüstungsindustrie. Sie hatten damit eine ähnliche Wirkung wie die Investitionshilfe für die Grundindustrien, die durch Gesetz der westdeut-

schen Wirtschaft auferlegt wurde, und die nichts anderes als ein Hinüberpumpen von Mitteln aus der Verbrauchsgüterindustrie in die Grundstoff- und Rüstungsindustrie bedeutet. Diese Wirkungen der Investitionshilfe nahmen die Kreditrestriktionen teilweise schon vorweg. Die Rüstungsindustrie Westdeutschlands hat also bereits in den Jahren 1950 bis 1952 auf versteckten, nicht immer erkennbaren Wegen bedeutende Mittel erhalten.

Sehr treffend charakterisierte das „Berliner Wirtschaftsblatt“⁵⁾ diese Richtung der Finanzpolitik auf die Wiederaufrüstung und zeigte gleichzeitig das Interesse der Hohen Kommissare an dieser Politik:

„Die Hohe Kommission ist schon seit langem über das Zurückbleiben der Grundstoffindustrien hinter der Konsumgütererzeugung besorgt. Ihre Investitionswünsche hatten eine klare Zielrichtung. Man sah sowohl bei der Hohen Kommission als auch bei der ECA-Mission die Kreditrestriktion des Zentralbanksystems nicht nur als verspätete, sondern auch als unzureichende Maßnahme an. Eine radikalere Reduzierung des Kreditvolumens der Geschäftsbanken hätte nach Ansicht dieser Stellen die Mittel rechtzeitig für die Engpaßfinanzierung freimachen sollen. Bei der ECA-Mission war man für die Erreichung dieses Zieles sogar zu einer tiefgreifenden Änderung des ganzen westdeutschen Bankensystems bereit. Auf dem Kreditwege sollte also die Ausweitung der westdeutschen Industrie in Richtung auf die Finanzierung der Zulieferungen an die Atlantikpaktstaaten erfolgen.“ (Von uns gesperrt. DWI.)

Daß diese Politik der Zentralbank den Wünschen der amerikanischen Imperialisten entspricht, ist also offensichtlich. Über den Befehlston, mit dem die Amerikaner ihre Wünsche durchsetzen, gibt folgendes Zitat Aufschluß⁶⁾:

„Die Bank deutscher Länder ist von dem Leiter der ECA-Abteilung für Westdeutschland, J. Cattier, erneut aufgefordert worden, für eine stärkere Einschränkung der Kredite und für eine bevorzugte Lenkung aller greifbaren Mittel in die Engpaß-Industrien zu sorgen.

. . . Die BdL wird aufgefordert, die Darlehensgewährung stärker zu beschränken als bisher geschehen, und die Erfassung und Lenkung von Mitteln für die Schwerindustrie nicht so langsam zu betreiben. Bei der Verteilung der Mittel für die Investitionen habe die BdL darauf zu achten, daß in erster Linie Wirtschaftsgruppen bedacht werden, die für die Verteidigung des Westens wichtig seien. Die bisherigen deutschen Vorschläge wiesen starke Mängel auf, weil sie zuviel Rücksicht auf Gruppeninteressen nahmen.

Die ECA erwartet einen westdeutschen Investitionsplan für die für die Verteidigungsproduktion wichtigsten Industrien, Beschränkungen der Investitionen auf diese allein, und „drastische Beschränkungen“ der Kredite und des Konsums.“

⁴⁾ „Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1950“ (Seite 17).

⁵⁾ Vom 26. Mai 1951 in dem Artikel „Währungsschutz und Verteidigungsbeitrag“.

⁶⁾ „Flensburger Tageblatt“ vom 3. Mai 1951.

~~SECRET~~
SECURITY INFORMATION

Daß von diesen Kreditmaßnahmen die nicht unmittelbar an der Aufrüstung beteiligten Unternehmen schwer getroffen werden, geht aus folgenden Äußerungen hervor:

„Eine Umfrage hat ergeben, daß Banken für Kredite bis zu 24 Prozent Zinsen . . . fordern, die von mittleren und kleineren Kreditnehmern auch bezahlt werden. Diese überhöhten Zinslasten müssen die Rentabilität der Unternehmen drosseln. Sie stehen im Gegensatz zu den Bedingungen, die die Banken den Großunternehmen gewähren. So kann ein Konzern berichten, daß in einem Geschäftsjahr seine Zinslasten für Kredite 0,72 Prozent des Gesamtumsatzes ausmachen.“⁷⁾

„Die Restriktionen treffen die einzelnen Zweige der Wirtschaft entsprechend der unterschiedlichen Kreditabhängigkeit verschieden stark. Besonders spürbar sind sie z. B. für den gesamten Handel mit Getreide, Futtermitteln, Olsaaten und Hülsenfrüchten.“⁸⁾

„Betriebe in der Kreditschraube.

Es häufen sich die Anzeichen dafür, daß der Mangel an Betriebskrediten die Existenzgrundlage zahlreicher Bauunternehmen erschüttert. Nicht nur kleinere, auch mittlere Betriebe, wie solche des Handwerks, sind stark betroffen, obgleich es weder an Arbeit noch an Aufträgen mangelt . . . Es läßt sich nicht länger bestreiten: Die von der Notenbank betriebene Kreditrestriktion stiftet schon jetzt eher mehr Schaden als Nutzen, obwohl das Kreditvolumen noch längst nicht um den Betrag zurückgegangen ist, um den es ursprünglich gekürzt werden sollte.“⁹⁾

„Da etwa 70 bis 80 Prozent der Fahrradumsätze auf dem Teilzahlungssystem fußen, . . . mußte die Kreditrestriktion in der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle zu einem plötzlichen Stopp der Ratenverkäufe führen.“¹⁰⁾

Die unmittelbaren Folgen dieser Kreditpolitik, die beträchtlich zur Deformierung der westdeutschen Wirtschaft, nämlich zur beschleunigten Entwicklung ihrer rüstungswichtigen und zur Abschnürung ihrer friedlichen Teile beigetragen hat, gehen aus der Übersicht über die Entwicklung der wichtigsten Gruppen der Industrie seit 1950 klar hervor (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4
Index der Industrieproduktion
(1950 = 100)

	Grundstoff- und Produktions- güter	Investitions- güter	Verbrauchs- güter
1952 1. Quartal	116,7	143,2	112,9
2. Quartal	120,3	152,2	110,8
Juli	117,7	130,6	105,5

Die Erzeugung der Verbrauchsgüterindustrien hat im ersten Halbjahr 1952 in jedem Monat weit unter dem Durchschnitt des Jahres 1951 gelegen, während die Erzeugung der Investitionsgüterindu-

strien in jedem Monat weit über ihrem Durchschnitt im Vorjahr lag. Die Kreditpolitik der Bank deutscher Länder traf also im Interesse der Rüstungsmonopole die Verbrauchsgüterindustrien und hier wieder in erster Linie die kleinen und mittleren Unternehmen, von denen eine immer größere Zahl in den Bankrott getrieben wird.

Auch die kleineren Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften wurden durch die Restriktionsmaßnahmen der Bank deutscher Länder benachteiligt. Die Monopolbanken, besonders die Nachfolgeinstitute der Großbanken, haben in den vergangenen Jahren ihre Geschäfte stürmisch entwickelt, sie haben bedeutende Teile der Einlagen an sich gezogen und dadurch ihr Kreditgeschäft ohne wesentliche Unterstützung der Zentralbanken voll entfalten können. Nach der offiziellen westdeutschen Statistik gliedern sich die Einlagen bei den Banken folgendermaßen auf¹¹⁾:

Die Großbanken allein besaßen Ende 1951 31,5 Prozent aller Termin- und Sichteinlagen, der Anteil der Gruppe Großbanken, Privatbanken, Staats-, Regional- und Lokalbanken zusammen betrug 53,7 Prozent, während die Sparkassen und Kreditgenossenschaften nur über 33,4 Prozent der Einlagen verfügten. Bei der ersten Gruppe erhöhten sich die Einlagen seit 1949 um 80 bis 100 Prozent, bei der zweiten durchschnittlich nur um 40 Prozent. Dabei würde in der ersten Gruppe eine von der westdeutschen Statistik allerdings verschwiegene weitere Differenzierung zeigen, daß auch in dieser Gruppe die kleineren Privat- und Lokalbanken gegenüber den Groß-, Regional- und Staatsbanken benachteiligt sind.

Die Einlagen sind die Grundlage der Kreditgewährung von seiten der Banken. Die Restriktionsmaßnahmen der BdL waren also ein empfindlicher Schlag gegen die kleineren Kreditinstitute. Besonders die gesetzlichen Mindestreservesätze (15 Prozent bzw. 12 Prozent der Sicht- und 8 Prozent der Termineinlagen mußten an die Landeszentralbanken überwiesen werden) belasteten die kleineren Kreditinstitute schwer. Deshalb war man gezwungen, im Mai 1952 die Mindestreservesätze fast zwei Jahre nach ihrer Erhöhung etwas zu differenzieren, um die kleinen Banken vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren.

„Die im Herbst 1950 vorgenommene einheitliche Erhöhung der Mindestreservesätze hatte nicht nur die kleineren Institute, sondern vor allem auch die in wirtschaftlich *notleidenden* Gebieten gelegenen Banken ungleich härter getroffen . . .“¹²⁾

Das Wachstum der kurzfristigen Kredite der Sparkassen und der gewerblichen und ländlichen Kreditgenossenschaften ist durch die Restriktionsverfügung vom Januar bis Februar 1951 zum Stillstand gebracht worden. Die Kredite dieser Institute lagen Ende 1950 durchschnittlich 40 Prozent über dem Stand von Ende 1949 und sind seitdem nicht mehr angestiegen. Bei den Großbanken und den größeren Privatbanken führten die Restriktionen dagegen nicht zu einer Einschränkung der Kredite. Ihre Kredite stiegen Ende 1951 um 60 bis 80 Prozent über

⁷⁾ „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“ Nr. 41 vom 21. Mai 1952.

⁸⁾ „Handelsblatt“ Nr. 51 vom 4. Mai 1951.

⁹⁾ „Wiesbadener Kurier“ Nr. 103 vom 5. Mai 1951.

¹⁰⁾ „Der Volkswirt“ Nr. 43/1951.

¹¹⁾ „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, März 1952, Seite 50–51.

¹²⁾ „Wiesbadener Kurier“ vom 1. Mai 1952.

den Stand von Ende 1949, wobei die absolute Höhe noch unberücksichtigt ist. Auf die Sparkassen und ländlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften entfielen nur 21,2, auf die Gruppe Großbanken und Privatbanken aber 61,9 Prozent aller kurzfristigen Kredite an Nichtbanken.

Die Sparkassen und Kreditgenossenschaften waren also in viel höherem Maße der Wirkungen der

Kreditrestriktionen unterworfen, wobei sie infolge ihres geringen Einlagebestandes gezwungen wurden, sich zwecks Refinanzierung an das Zentralbanksystem zu wenden, während die großen Banken, besonders die Nachfolgeinstitute der ehemaligen Großbanken, wie auch in der Westpresse zugegeben wird, weitgehend von der Refinanzierung unabhängig waren.

2. Die personelle Zusammensetzung der Bank deutscher Länder

Es ist nicht unwichtig, zu betrachten, wer die den deutschen und amerikanischen Monopolen gefällige Währungspolitik betreibt. Die Direktoren der BdL und die Präsidenten der Landeszentralbanken rekrutieren sich vorwiegend aus zwei Gruppen: aus der alten Reichsbank und aus Kreisen der Industriellen und Bankherren, also ausschließlich aus der deutschen Finanzoligarchie.

Aus der alten Reichsbank kommt der Präsident des Direktoriums der BdL Wilhelm Vocke. Seit 1919 im Reichsbankdirektorium tätig, war Vocke von 1924 bis 1939 Reichsbankdirektor. Unter Schacht half er die Aufrüstung des Dritten Reiches voranzutreiben. Dieser Umstand mag die Westmächte bewogen haben, Vocke als willfährigen Gefolgsmann der aggressiven Pläne des amerikanischen und des deutschen Imperialismus an die Spitze des ausführenden Organs der BdL zu setzen. Vocke war von 1930 bis 1938 stellvertretendes Verwaltungsratsmitglied der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, seit 1945 ist er ordentliches Mitglied des Verwaltungsrats dieser Bank. Er ist ferner Mitglied des Verwaltungsrats der amerikanischen Kreditanstalt für Wiederaufbau und verbindet auch hier die Interessen des deutschen mit denen des amerikanischen Monopolkapitals.

Karl Friedrich Wilhelm, Mitglied des Direktoriums der BdL, war vor 1945 Mitglied des Reichsbankdirektoriums, ferner Vorstandsmitglied der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden und Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Golddiskontbank.

Walter Kriege, Präsident der LZB (Landeszentralbank) von Nordrhein-Westfalen und Mitglied des Zentralbankrates der BdL, Sachverständiger der deutschen Delegation bei der OEEC, Paris, war 1921 bis 1923 persönlicher Referent des Vizepräsidenten der Reichsbank, bringt also die heute so notwendige Kenntnis des Inflationsmechanismus mit.

Aus dem Apparat der alten Reichsbank kommen ferner Karl Mürdel, Präsident der LZB von Württemberg-Hohenzollern, Hans Treue, Mitglied des Direktoriums der BdL, und Eugen Chr. Hinckel, Präsident der LZB von Baden.

Vielfältig sind die Verbindungen der BdL zu maßgebenden Bankkreisen Westdeutschlands, die sich mit den Verbindungen zur Industrie verquicken. Die ehemaligen Großbanken haben eine ganze Reihe von Vertretern im Apparat der BdL¹³⁾.

¹³⁾ Das Gegenstück dazu sind ehemalige Reichsbankdirektoren in den Vorständen der Nachfolgeinstitute: z. B. Emil Fuhl, ehem. Vizepräsident der Reichsbank, heute Vorstandsmitglied der Hamburger Creditbank (Dresdner Bank) oder Reichsbankpräsident a. D. Hans Schippel, Vors. d. AR, derselben Bank.

Karl Klasen, Präsident der LZB von Hamburg, Mitglied des Zentralbankrates, ist Vorstandsmitglied der Norddeutschen Bank AG (des Nachfolgeinstituts der Deutschen Bank in Hamburg) und Aufsichtsratsmitglied von Kampnagel AG (vorm. Nagel & Kamp), der Triton-Werke AG und der Leonar-Werke AG. Eugen Weidmann, Vorstandsmitglied der LZB von Württemberg-Baden, ist Vorstandsmitglied der Mitteldeutschen Creditbank (Commerzbank).

Karl Butsch, im Verwaltungsrat der LZB von Baden, ist Direktor der Oberrheinischen Bank (Deutsche Bank), Aufsichtsrat einer Reihe von Metallverarbeitungs- und Textilfabriken und Brauereien.

Ernst Finke, im Verwaltungsrat der LZB von Niedersachsen, ist Vorstandsmitglied der Nordwestbank (Deutsche Bank) und Aufsichtsrat der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank, ferner der Deutschen Eisenbahn-Betriebsgesellschaft AG, der Deutschen Spiegelglas AG und anderer Firmen.

Philipp Frank, im Verwaltungsrat der LZB von Württemberg-Baden, ist Direktor der Südwestbank (Deutsche Bank), Aufsichtsratsmitglied der deutschen Hypothekenbank, der Frankfurter Hypothekenbank, des Konzerns Zellstoff-Fabrik Waldhof, der Heinrich Lanz AG, der Industrierwerke Karlsruhe AG usw.

Außer den Großbanken haben eine ganze Reihe bedeutender Privatbanken ihre Vertreter im Zentralbankwesen. Vor allem ist hier Robert Pferdenges zu nennen, der Geldmann Adenauers, größter Privatbankier an Rhein und Ruhr, Mitinhaber des Bankhauses Sal. Oppenheim in Köln, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Vereinigten Stahlwerke, der Klöckner-Werke, der Demag und eines guten Dutzend anderer Industriebetriebe, der Beherrscher des Rheinischen Versicherungswesens. Pferdenges sitzt im Verwaltungsrat der Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen, die das Ruhrgebiet und das hochindustrielle Rheinland bedient.

Vorsitzender des Verwaltungsrates der Landeszentralbank der Hansestadt Hamburg ist Rudolf Brinckmann, Mitinhaber des Bankhauses Brinckmann, Wirtz & Co. (der früheren M. M. Warburg-Bank), Mitglied des Verwaltungsrates der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, Aufsichtsratsmitglied der amerikanisch beherrschten Esso AG, der Hapag und der Hypothekenbank in Hamburg.

Karl Bernard, der Präsident des Zentralbankrates der BdL, übrigens einer der führend Beteiligten an der Vorbereitung der separaten Währungsreform, die die Spaltung Deutschlands besiegelte, den Werk-

SECURITY INFORMATION

tätigen ihre Ersparnisse raubte und die Wiederherstellung der Konzerne und Großbanken einleitete, ist Vorstandsmitglied der Frankfurter Hypothekenbank und war vor dem Kriege Mitglied des Frankfurt-Hessischen Beirates der Deutschen Bank.

Erich Leist, Präsident der LZB von Niedersachsen, ist Mitinhaber des Bankgeschäftes Berger & Co.

Wilhelm Könnecker, stellvertretender Präsident des Direktoriums der BdL, ist Mitglied des Verwaltungsrates der Landwirtschaftlichen Rentenbank und der Deutschen Genossenschaftskasse.

Otto Burkhardt, Präsident der LZB von Schleswig-Holstein, Mitglied des Zentralbankrates, ist Mitinhaber des Bankhauses Burkhardt & Co., Aufsichtsratsmitglied der Hypothekenbank in Hamburg, der Phrix-Werke AG, der Schnellpressenfabrik Koenig & Bauer AG und anderer Firmen.

Aus den Kreisen der Industriellen befinden sich an leitender Stelle des Zentralbanksystems (wobei diese kurze Übersicht bei weitem nicht vollständig ist):

Hermann Tepe, Präsident der Landeszentralbank von Bremen, Mitglied des Zentralbankrates, Aufsichtsratsmitglied der Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer AG.

Max Grasmann, Präsident der Landeszentralbank von Bayern, Mitglied des Zentralbankrates, Aufsichtsratsmitglied der Bayerischen Motorenwerke AG, der Siemens & Halske AG, der Chemischen Fabrik Zyma AG, der Deutschen Tafelglas AG usw.

Wilhelm Boden, Präsident der Landeszentralbank von Rheinland-Pfalz, Mitglied des Zentralbankrates, Aufsichtsratsmitglied der Badischen Anilin- und

Soda-Fabrik (IG-Farben), des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes.

Die Zusammenarbeit der Konzern- und Bankherren und der alten Reichsbankdirektoren in einem Institut des öffentlichen Rechts ist eine Form des in Westdeutschland wiedererstehenden staatsmonopolistischen Kapitalismus, der direkten Unterordnung aller Staatsorgane unter die Herrschaft der Finanzoligarchie. Die Bank deutscher Länder wird von den Vertretern jener Schicht beherrscht, deren Sprecher Konrad Adenauer, der Kanzler der Alliierten ist, jener Schicht, die allein aus der Aufrüstung Gewinne zieht, die allein den Generalkriegsvertrag wünscht, die am Unglück Deutschlands die Hauptschuld trägt.

Es ist bemerkenswert, daß die rechten SPD-Führer diese Politik widerspruchslos mitmachen. Die SPD hat eine Reihe von Vertretern in der höchsten Instanz der BdL, dem Zentralbankrat. Aber, so vermerkt eine Zeitschrift westdeutscher Unternehmerkreise, es wäre ein Irrtum, die „entschlossene Politik zur Wahrung der währungspolitischen Erfordernisse sei gegen den Widerstand der sozialistischen Mitglieder des Zentralbankrates durchgeführt worden. Es kann mit aller Bestimmtheit versichert werden, daß von einer parteipolitischen Spaltung des Zentralbankrates niemals die Rede gewesen sein kann.“¹⁴⁾

Die einfachen Menschen in Westdeutschland, die die Lasten der Aufrüstung zu tragen haben und für den Frieden sind, sollten sich die Bank deutscher Länder und die Landeszentralbanken sowie ihre Präsidenten und Direktoren genauer ansehen und ihre Schlußfolgerung ziehen.

¹⁴⁾ „Volkswirt“ Nr. 21 1952, Seite 7.

3. Form und Inhalt der Bundesbank

Im Jahre 1951 und besonders seit Beginn des Jahres 1952 ist in Westdeutschland die Überleitung der Wirtschaft in eine Kriegswirtschaft vorbereitet und im wesentlichen auch schon durchgeführt worden. Die alten Konzerne der Kohle- und Stahlindustrie wurden wiederhergestellt, die Reorganisation des größten deutschen Trusts, der IG-Farben, geht ihrem Ende entgegen. Auch die alten Großbanken, Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank, sind im wesentlichen in ihrer alten Gestalt wiederhergestellt worden. Dieser Vorgang, die Wiederherstellung des deutschen Imperialismus und Militarismus, konnte nicht spurlos an dem westdeutschen Zentralbankwesen vorübergehen. Seit fast zwei Jahren wird in Westdeutschland daran gearbeitet, das Zentralbankwesen so zu organisieren, daß es den Anforderungen der Kriegswirtschaft am besten entspricht.

Die Diskussion in den Kreisen der maßgeblichen westdeutschen Politiker, Industriellen und Bankiers, an der sich auch rechte Gewerkschaftsführer und Vertreter der SPD-Führung beteiligten, dreht sich hauptsächlich um folgende Fragen:

1. Soll die künftige westdeutsche Notenbank vom Staate, von der Regierung
 - a) unabhängig oder
 - b) in diesem oder jenem Maße abhängig sein,

2. soll sie

- c) föderalistisch, so wie gegenwärtig das Zentralbankwesen mit den 11 rechtlich selbständigen Landeszentralbanken oder
- d) zentralistisch, so wie die ehemalige Reichsbank aufgebaut sein,

3. soll sie ein

- e) Institut des öffentlichen Rechts, d. h. ein staatliches Institut oder
- f) ein privates Institut mit geringerem oder größerem Einfluß des Staates werden.

Da es sich in der Diskussion um ein überaus wichtiges, wirkungsvolles Werkzeug in der Hand des Finanzkapitals handelt, müssen sich jene Kräfte in ganz Deutschland, die für den Frieden und die Einheit kämpfen, über die Bedeutung dieser Diskussion und nicht weniger über die Bedeutung des Gegenstandes der Diskussion — das Zentralbankwesen — klar werden.

Die drei Fragen, um die sich die Diskussion in westdeutschen Bank- und Industriekreisen dreht, sind Fragen von zweitrangiger Bedeutung. Sie berühren nicht das Wesen des zentralen Notenbanksystems, das in allen Formen unter den Verhältnissen des imperialistischen Staates ein Werkzeug der Finanzoligarchie zur Festigung und Stärkung ihrer Macht-

positionen, ein Instrument zur Ausbeutung der Arbeiterklasse ist. Auf ökonomischem Gebiet ist es ein ähnliches Werkzeug wie die Regierung auf politischem und das Gerichtswesen auf juristischem, wobei es durch seinen unmittelbaren Einfluß auf die ökonomische Basis der Gesellschaft diese anderen in seiner Wirksamkeit noch übertrifft. Durch seine Hebel — Geld, Kredit, Devisen — greift es effektiv in die Verteilung der Güter und des Mehrwerts zugunsten der Finanzoligarchie ein. Die rechten Gewerkschaftsführer und die rechte SPD-Führung ziehen es vor, über den Klassencharakter des zentralen Notenbanksystems zu schweigen.¹⁵⁾

Wenn wir der Form der künftigen Bundesbank auch nur eine zweitrangige Bedeutung zumessen, ist infolge der Stellung der Notenbank in der westdeutschen Wirtschaft das Verständnis ihrer äußeren Gestalt und der dahinter stekenden Gruppen doch wichtig und aufschlußreich.

Zu 1. „Unabhängigkeit“ oder „Abhängigkeit“ vom imperialistischen Staat, von der Regierung.

Im imperialistischen Staat ist die Regierung ein Instrument der politischen Herrschaft der Finanzoligarchie, und zwar erfüllt sie diese Aufgabe unabhängig davon, ob eine bürgerliche oder rechtssozialistische Partei in der Regierung sitzt. Die imperialistische Politik Englands hatte sich nicht geändert, als die Labour-Party die Regierung bildete, und die SPD-Führung hat mehrmals öffentlich erklärt, daß sie die amerikanische Aufrüstungspolitik noch besser als Adenauer hätte durchführen können.

Die Notenbank ist ein Instrument zur ökonomischen Machtausübung der Finanzoligarchie, und insofern entspricht ihre Tätigkeit selbstverständlich der Politik der Regierung. Aber wir erwähnten schon, daß die Notenbank, die die Herrschaft über die Seele der kapitalistischen Gesellschaft, über die Währung, ausübt, durch ihren direkten Einfluß auf die ökonomische Basis einen der wichtigsten Posten für das Finanzkapital einnimmt und daß es daran interessiert ist, auf diesem Posten ihm ergebene, „sichere“ Leute zu wissen. Ferner wechselt im Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern häufig die Regierung, wobei einmal die eine, einmal die andere Gruppe von Ausbeutern oder Verrätern der Arbeiterklasse ans Ruder kommt, die zur Unterdrückung und zum Betrug der Arbeiterklasse eine ein wenig anders geartete Politik betreibt. Das Finanzkapital ist aber daran interessiert, daß die Leitung der Notenbank eine möglichst beständige Politik durchführt, daß die Kontinuität dieser Politik gewahrt bleibt, daß dieses Instrument reibungslos funktioniert, und sorgt daher „für einen ruhenden Pol in der rasch wechselnden Flut der parteipolitischen Strömungen“¹⁶⁾, indem sie die „Unabhängigkeit“ der Notenbank proklamiert. Innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft spielt dann diese „Unabhängigkeit“ der Notenbank eine ähnliche Rolle wie das bürgerliche Justizwesen mit seinen „unabhängigen, unparteiischen“ Richtern: formal

nicht beeinflusst von der jeweiligen Regierung, aber abhängig von dem Finanzkapital und mit ihm eng verbunden.

Diese Umstände ändern sich, sobald die Finanzoligarchie zur direkten Kriegsvorbereitung übergeht, wenn selbst die kümmerlichen Reste von Demokratie, die in der parlamentarischen Form des bürgerlichen Staates noch erhalten bleiben, den Konzern- und Bankherren und Militärs lästig werden. Sobald die Erfordernisse des Krieges oder seiner Vorbereitung die straffe Zusammenfassung der ökonomischen Macht erforderlich machen, wird die Unabhängigkeit der Notenbank liquidiert und die Bank direkt der Regierung unterstellt. Das geschieht dann, wenn in der Regierung selbst die maßgeblichen Vertreter der Finanzoligarchie sitzen. Wenn die Finanzoligarchie politisch zur Diktatur greift, tut sie es auch ökonomisch. In Hitlerdeutschland wurde am Vorabend des zweiten Weltkrieges durch das Gesetz über die Deutsche Reichsbank vom 15. Juli 1939 die Reichsbank, die bis dahin noch formell „unabhängig“ war, Hitler direkt unterstellt. Als Reichsbankpräsident wurde von Hitler der Kriegsverbrecher Funk ernannt, der seinerseits einen Beirat aus den Vertretern der größten deutschen Konzerne und der Hochfinanz ernannte. In diesem Beirat saßen der berühmte H. J. Abs von der Deutschen Bank, E. Bandel und F. Reinhart von der Commerz- und Privatbank, C. Goetz und C. Luer von der Dresdner Bank, H. Bücher von der AEG, W. Avieny von der Metallgesellschaft, H. Schmitz von den IG-Farben, A. Vögler von den Vereinigten Stahlwerken, W. Zangen von den Mannesmannröhren-Werken, ferner Röchling, Reemtsma, Flick, kurzum eine Blütenlese der deutschen Finanzoligarchie, die heute wie vor 1945 Westdeutschland beherrscht.

Die Bank deutscher Länder, die nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches in den Westzonen entstand, ist von der Adenauer-Regierung formell unabhängig, in Wirklichkeit hängt sie nicht nur von dem deutschen, sondern auch von dem ausländischen Monopolkapital, besonders von dem amerikanischen, ab, welches in Person der Hohen Kommissare der Bank deutscher Länder strikte Anweisungen erteilen kann.

Im Falle der Annahme des Generalkriegsvertrages wird das Zweitrangige der Frage: unabhängige oder abhängige Bundesbank, noch deutlicher in Erscheinung treten. Das Recht der Westmächte, über Westdeutschland den Ausnahmezustand zu verhängen, d. h. die westdeutsche Regierung beiseite zu schieben, schließt in sich auch das Recht zur Übernahme der direkten Verfügungsgewalt über die künftige Bundesbank ein.

In der Bundesregierung tritt Finanzminister Schäfer, nach Adenauers Ausspruch „sein tüchtigster Minister“, für eine stärkere Abhängigkeit der künftigen Bundesbank von der Bundesregierung ein. In seinen Entwürfen zu einem Bundesbankgesetz soll diese Abhängigkeit in dem Recht zur Ernennung der Präsidenten der Bundesbank und des Zentralbankrates und zur Bestätigung der Landeszentralbank-Präsidenten durch Bonn bestehen. Die Abhängigkeit von der Regierung heißt aber in erster Linie Abhängigkeit von Adenauer, d. h. von Pferdenges

¹⁵⁾ Siehe den Artikel „Notenbank im Umbau“ in den „Mitteilungen des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften“, Köln, vom Februar 1952.

¹⁶⁾ Adolf Weber im Vorwort zu „Die Bundesbank“, Verlag Fritz Knapp, Frankfurt/Main.

SECRET
SECURITY INFORMATION

u. Co., heißt gleichzeitig aber auch Unabhängigkeit vom Parlament. Und das ist bezeichnend für die gesamte Politik Adenauers und Schäffers: obwohl der Bundestag keineswegs als auf demokratischem Wege gewählt angesehen werden kann, ist er bereits zu „demokratisch“ für die autoritative Politik der Bundesregierung, die sich in ihre Politik des nationalen Verrates nicht hineinreden läßt. In dieser Beziehung setzt Schäffer folgerichtig seine Steuerpolitik der Ausplünderung der arbeitenden Bevölkerung fort.

Fürsprecher für die „Unabhängigkeit“ der künftigen Bundesbank ist der Prophet der „freien Wirtschaft“, Bundeswirtschaftsminister Erhard. Er verfolgt hiermit ein Mandat weiter Industrie- und Bankkreise, wie es ihm z. B. von dem ehemaligen Verwalter der Rhein-Main-Bank (Dresdner Bank), Illau, gegeben wurde, als dieser sagte:¹⁷⁾

„Wir müssen eine Form der Demokratie entwickeln, in der ... die Behandlung unpolitischer Sachfragen politischen Körperschaften entzogen wird.“ (S. 54.)

„Der Posten des Notenbankpräsidenten ist ein Posten sui generis (besonderer Art), und die Währungspolitik ist eine Aufgabe sui generis.“ (S. 96.)

Zu 2. Föderalistisch oder zentralistisch?

Es ist kennzeichnend, daß Erhard gleichzeitig für die weitgehende Zentralisierung der Bundesbank eintritt. Damit möchte er die Reichsbank in jener Gestalt wiederherstellen, die sie vor 1939 hatte. Erhard ist aber jener Mann, der die Aufrüstung in Westdeutschland durchzuführen hat. Erhard gehört wie Schäffer der Adenauerschen CDU/CSU an. Es ist klar, daß hier keine *prinzipiellen* Meinungsverschiedenheiten vorliegen. Erhard ist, vom Standpunkt des westdeutschen Monopolkapitals aus, ein weitsichtigerer Politiker des typisch *deutschen* Imperialismus, ein typischer Vertreter jener deutschen Finanzkapitalisten, die mit eigenem imperialistischem Programm auftreten und sich auf die Dauer nicht mit einer zweitrangigen Rolle auf der Weltbühne begnügen wollen. Das ist der eigentliche Sinn der Förderung des Gedankens einer zentralistischen Notenbank durch Erhard.

Die Reichsbank war zentralistisch aufgebaut, d. h., ihre Weisungen galten als verbindlich für das ganze Reich, die Länder hatten keinen direkten Einfluß auf ihre Politik. Das westdeutsche Zentralbanksystem entstand nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches in den Jahren 1946 bis 1948 durch Gesetze der westlichen Militärregierungen, in denen festgelegt war, daß die Träger der Währungspolitik Westdeutschlands 11 voneinander unabhängige Landeszentralbanken sind. Erst später, am 1. November 1948, wurde durch ein Gesetz der Militärbehörden die Bank deutscher Länder als Bank der Landeszentralbanken geschaffen. Ihre Tätigkeit wurde auf Geschäfte mit den angeschlossenen Landeszentralbanken, mit der Verwaltung des „Vereinigten Wirtschaftsgebietes“ (jetzt Bundesrepublik) und mit den Notenbanken des Auslandes beschränkt.

¹⁷⁾ „Die Bundesbank. Aufbau und Aufgaben. Bericht über eine Aussprache führender Sachverständiger mit dem Entwurf eines Bundesbankgesetzes über die Errichtung einer Bundesbank.“ Fritz Knapp, Frankfurt/Main.

Das Kapital der Bank deutscher Länder wurde von den Landszentralbanken zur Verfügung gestellt. Für alle Fragen der Währungspolitik ist ein Zentralbankrat zuständig, der sich aus den Präsidenten der Landeszentralbanken zusammensetzt.

Diese föderalistische Struktur des Zentralbankwesens ist für Deutschland neu. Sie bedeutete objektiv eine gewisse Schwächung des westdeutschen Notenbanksystems gegenüber dem zentralistischen Englands, Frankreichs, der USA und gegenüber einem solchen starken zentralistischen, amerikanisch beherrschten Institut wie der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die gleichfalls nach dem Kriege in Westdeutschland entstanden war. Diese Schwächung war Absicht der westlichen Besatzungsmächte und lag in der Richtung ihrer Politik auf die Kolonialisierung Deutschlands, seine Verwandlung in ein willenloses Werkzeug der amerikanischen Monopolherren. Der Dezentralisierung des Zentralbankwesens entsprach die Aufspaltung der deutschen Großbanken in 30 Nachfolgeinstitute. Aber genauso, wie die Dezentralisierung der Großbanken gleichzeitig ihre Erhaltung verschleiern sollte und die Voraussetzungen für ihre Rekonzentration schuf¹⁸⁾, so wurde bereits durch die Gründung der Bank deutscher Länder der alte Apparat der Reichsbank teilweise wieder in Funktion gesetzt.

Das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus, das sich auf wirtschaftlichem Gebiet in dem Erstarren der Konzerne und in der Rekonzentration der Großbanken zeigte, stellte auch die Frage der Zentralisation der Notenbank auf die Tagesordnung. Bereits im Bonner Grundgesetz wurde in Artikel 88 festgelegt: „Der Bund errichtet eine Währungs- und Notenbank als Bundesbank.“ Ein Gesetzentwurf des Finanzministers Schäffer über die Bundesbank, der wenig an dem föderalistischen Aufbau der Notenbank ändern wollte, wurde von der westdeutschen Regierung verworfen. Unter der Leitung von Wirtschaftsminister Erhard wird gegenwärtig ein Bundesbankgesetz ausgearbeitet, durch welches die alte Reichsbank wiederhergestellt werden soll.

Eine neue zentralisierte Bundesbank würde die Lage der westdeutschen Finanzoligarchie nach innen und außen bedeutend festigen. Sie würde die Aufgabe der Remilitarisierung, z. B. das Herauspressen des sogenannten „Verteidigungsbeitrages“ aus den Steuerzahlern, die Investitionen für die Kriegsindustrie, den Kapitalexport des deutschen Imperialismus fördern und „das geeignetste Instrument“ sein, „um der schwierigen Aufgabe einer manipulierten Währungsstabilität gerecht zu werden“¹⁹⁾. Die „Unabhängigkeit“ wäre bei einer zentralen Notenbank schneller und bequemer zu liquidieren, ihre Übernahme durch eine imperialistische westdeutsche Regierung wäre reibungsloser zu vollziehen. Das sind die Gründe, die die Vertreter der westdeutschen Finanzoligarchie veranlassen, die Zentralisation des Notenbanksystems voranzutreiben.

Andererseits ist durch den Nachkriegspartikularismus, der den Ländern eine bedeutend höhere Selbständigkeit gegenüber dem Bund zubilligte, als sie

¹⁸⁾ Siehe „Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstituts“ Nr. 6/7 1952, Die Großbanken in Westdeutschland.

¹⁹⁾ „Der Volkswirt“ Nr. 12 vom 22. März 1952.

SECRET
SECURITY INFORMATION

im ehemaligen Reiche besessen hatten, das Interesse gewisser Kreise der Finanzoligarchie, darunter z. B. eines solchen bedeutenden Monopolbankiers wie Pferdenges, an der Erhaltung dieses Zustandes wachgerufen worden, da sie unter diesen Bedingungen zu Beherrschern des jeweiligen Bundeslandes und damit des Bundes selbst geworden sind. Schäffer und Adenauer sind die Beauftragten dieser Gruppe. In ihrem Interesse liegt auch die Erhaltung der Zersplitterung des Zentralbankwesens. Hinzu kommt das Interesse der Landesregierungen, an dem bestehenden Zustand nichts zu ändern.

Demgegenüber bringt das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus das Aufleben der großen deutschen Monopole — IG-Farben, Großbanken usw. — mit sich, denen die Zersplitterung und die damit verbundenen Zeit- und Geldverluste nicht genehm sind. Sie sind die Stützer und eigentlichen Nutznießer der Bestrebungen Erhard's zur erneuten Zentralisierung der Notenbank. Sie sind die Einflüsterer einer künftigen „großdeutschen“ Politik.

Wenn grundsätzliche Wirtschafts- und Finanzfragen von den rechten SPD- und Gewerkschaftsführern behandelt werden, erweisen sie sich stets offen als Verteidiger des monopolkapitalistischen Wirtschaftssystems. So auch in diesem Fall. Der „Telegraf“ schreibt: „Wäre es ... nicht besser, die ganzen Landeszentralbanken aufzulösen...? Wäre es nicht wesentlich einfacher, zum einstufigen Reichsbanksystem zurückzukehren? Die Frage zu stellen, heißt: sie bejahen“²⁰⁾.

Die „Theoretiker“ der SPD hüten sich auch hier, die wirkliche Bedeutung des Notenbankwesens im imperialistischen Staat aufzuzeigen, sie verteidigen offen alle reaktionären Maßnahmen ihrer Auftraggeber.

Zu 3. Privat oder staatlich?

Die alte Reichsbank war eine Privatbank, d. h., ihr Kapital von 150 Millionen RM war von Privatleuten (oder privaten Kapitalgesellschaften, Banken usw.) gezeichnet worden, die dafür Anteile (in einer Stückelung von 100, 500 oder 1000 RM) erhielten. Jeder Mann konnte angeblich einen Anteil erwerben und damit „Teilhaber“ der Reichsbank sein. Der Einfluß der Anteilseigner auf die Tätigkeit der Reichsbank war aber schon immer gering, und er wurde nach

²⁰⁾ „Telegraf“ vom 5. Februar 1952.

dem Reichsbankgesetz von 1939 fast ganz beseitigt. Alle Verfügungsgewalt befand sich beim Reichsbank-Direktorium und dem Beirat, in dem offen die maßgebenden Finanzkapitalisten saßen. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, der gleichzeitig den Bankrott der Reichsbank bedeutete, wurden die Anteile wertlos. Sie wurden gesperrt, die Anteilseigner erhielten keine Abfindung, die nur aus den verbliebenen Vermögenswerten der Reichsbank und der Golddiskontbank gezahlt werden könnte.

Die Bank deutscher Länder wurde von Anfang an als Institut des öffentlichen Rechts gegründet. Ihr Kapital setzt sich aus den Beiträgen der Landeszentralbanken zusammen, die sie ihrerseits von den Landesregierungen erhielten. Allerdings hatte Artikel 10 des Gesetzes über die Landeszentralbanken den Verkauf von Kapitalanteilen der Landeszentralbanken an die privaten Geschäftsbanken bis zum 1. März 1952 vorgesehen. Dies ist aber nicht geschehen, die endgültige Entscheidung über die Kapitalgeber wurde bis zu einer Regelung durch das Bundesbankgesetz zurückgestellt. Dieses wird voraussichtlich keine Reprivatisierung der Notenbank vorsehen, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Finanzoligarchie behält erfahrungsgemäß den entscheidenden Einfluß auf die Bundesbank, auch ohne Eigentümer ihres Kapitals zu sein.
2. Es hat sich herausgestellt, „daß die Kreditinstitute größtenteils aus Gründen der Liquidität nicht sehr an der Übernahme der Kapitalbeteiligung interessiert sind“²¹⁾. Natürlich, soll doch die öffentliche Hand (letzten Endes der Steuerzahler) das Kapital aufbringen, die Bankiers wissen eine bessere Verwendung für ihre Mittel!
3. Ein Beweggrund zur Privatisierung der Notenbank war die Sicherung ihres Kapitals (als unantastbares Privateigentum!) vor dem Feinde nach einer Niederlage. Infolge der schonenden Behandlung des deutschen Imperialismus, insbesondere durch den amerikanischen, ist dieses Motiv weitgehend fortgefallen.
4. Die schlechte Behandlung der Anteilseigner der bankrotten Reichsbank eröffnet wenig Aussichten, daß sich das Publikum für solche Wertpapiere begeistern würde.

²¹⁾ „Industriekurier“ vom 8. März 1952.

Schluß

Zum Zeitpunkt, da diese Zeilen geschrieben werden, ist das Bild der künftigen Notenbank noch unklar; die Vielfalt der inländischen und ausländischen Interessen verzögert noch die Verabschiedung des neuen Bundesbankgesetzes. Wir sahen aber schon, daß es von zweitrangiger Bedeutung ist, welche Gestalt die Bundesbank endgültig annehmen wird: unter allen Umständen bleibt sie ein Finanzierungsinstrument der an der Rüstung interessierten Bank- und Konzernherren. Welche Gestalt die künftige

Zentralbank auch immer annehmen wird, sie wird in jedem Falle das Mittel zur Rüstungsfinanzierung darstellen. Die Schaffung einer definitiven Form aber wird das Zeichen dafür sein, daß auch auf dem Gebiet des Zentralbank- und Kreditwesens die verschärften Aufrüstungsmaßnahmen eingeleitet werden und ein Alarmsignal, den Kampf um die Verteidigung des Friedens mit noch größerer Kraft aufzunehmen.

Zinssätze des Zentralbanksystems und Mindestreservesätze

Gültig ab	Zentralbanksätze für den Verkehr mit Geschäftsbanken Diskont Lombard %		Mindestreservesätze						Sonderzins bei Unterschreitung des Reservesolls — jeweils über Lombardsatz %	
			für Geschäftsbanken							
			Geldinstitute mit einer Summe an mindestreservepflichtigen Einlagen (ohne Spareinlagen) von	Reserve- klasse	Sichteinlagen		Befristete Einlagen	Spareinlagen		für Landes- zentral- banken Einheitssatz
					Bankplätze	Nichtbank- plätze				
v. H. der reservepflichtigen Einlagen										
1948 1. Juli . .	5	6	(Vor dem 1. Mai 1952 keine Staffelung nach Reserveklassen)		10	10	5	5	20	1
1. Dezember					15	10	5	5		3
1949 27. Mai . .	4 1/2	5 1/2								
1. Juni . .					12	9	5	5		
14. Juli . .	4	5								
1. September					10	8	4	4	12	
1950 1. Oktober					15	12	8	4		
27. Oktober	6	7								1
1951 1. Januar										3
1952 1. Mai										
			100 Millionen DM und mehr	1	15	12	8	4		
			50 bis unter 100 Millionen DM	2	14	11	7,5	4		
			10 " " 50 " "	3	13	10	7	4		
			5 " " 10 " "	4	12	9	6,5	4		
			1 " " 5 " "	5	11	8	6	4		
			unter 1 Million DM	6	10	8	5,5	4		
1952 29. Mai	5	6								

SECRET
SECURITY INFORMATION

25X1A

Ausländische Beteiligungen an westdeutschen Unternehmungen

Das Buch ist die erste Gesamtdarstellung über den Einfluß des Auslandskapitals in der Wirtschaft Westdeutschlands und West-Berlins, soweit dieser Einfluß auf Eigentumsrechten (Besitz von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen usw.) oder vertraglichen Bindungen beruht.

Das Buch nennt in systematischer Ordnung 1241 westdeutsche und Westberliner Unternehmungen, die unter ausländischem Einfluß stehen. Für jede Unternehmung sind Grundkapital, Art und Höhe des ausländischen Einflusses sowie der ausländische Kapitalbesitzer (Vertragspartner) angegeben. Die Art der Anordnung sowie eine Fülle von Hinweisvermerken machen die Konzernzusammenhänge zwischen den Unternehmungen deutlich.

Das Buch enthält eine gründliche statistische Auswertung des vorliegenden Materials. 17 Tabellen geben Antwort auf alle für die Beurteilung des Auslandseinflusses wesentlichen Fragen, z. B. wie verteilt sich der Auslandseinfluß auf die verschiedenen Wirtschaftszweige, mit welchem Betrag sind die einzelnen Länder (USA, Großbritannien usw.) jeweils beteiligt, u. a. m.

Das Buch unterrichtet in seinem Textteil über die geschichtliche Entwicklung der Auslandsbeteiligungen in Deutschland, über den Anteil des Auslandskapitals an der westdeutschen Wirtschaft insgesamt und hinsichtlich einzelner Wirtschaftszweige, über die vorherrschenden Interessengebiete des Auslandskapitals, über Besonderheiten, welche den Einfluß der USA, Englands, Frankreichs usw. im einzelnen kennzeichnen, u. a. m.

Umfang des Werkes 520 Seiten

Preis 10,- DM

Bestellungen an:

DEUTSCHES WIRTSCHAFTSINSTITUT, BERLIN NW 7

SECRET
SECURITY INFORMATION

SECRET
 SECURITY INFORMATION JAHRGANG 3, NR. **17**

BERICHTE

DES DEUTSCHEN WIRTSCHAFTSINSTITUTS

BERLIN NW 7 · CLARA-ZETKIN-STRASSE 112 · TELEFON 22 63 60

SEPTEMBER 1952

Die Steuerpolitik in Westdeutschland

I. Einleitung

Die Kriegsvorbereitungen Westdeutschlands finden besonders ihren Niederschlag im Finanz- und Steuerwesen der Bundesrepublik. Wie in allen Staaten des kapitalistischen Lagers wird auch in der Bundesrepublik der Haushalt in stetig wachsendem Ausmaß von der Aufrüstung beherrscht und setzt damit das mit vieler Mühe angestrebte Gleichgewicht des öffentlichen Haushalts aufs Spiel. So heißt es in der „Frankfurter Rundschau“ vom 8./9. Dezember 1951:

„Die Finanzierung der Aufrüstung ist die große Aufgabe, die dem Bund für die nächsten Monate und Jahre zufällt. Dieses Problem wird alle anderen finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen in den Hintergrund drängen. Hier handelt es sich um Milliardenbeträge, die aus einer durch Kriegsfolgen und Währungsreform stark geschwächten und kapitalarmen Volkswirtschaft herausgepreßt werden sollen.“

Der öffentliche Haushalt der Bundesrepublik wird daher nicht frei nach wirklich nationalem Interesse aufgestellt, sondern wird in Wahrheit als ein Instrument der Okkupanten der westdeutschen Bevölkerung aufgezwungen.

Die gewaltigen Beträge für die Remilitarisierung führen im Bundeshaushalt 1952 und im Nachtrag zum Bundeshaushalt 1952 zu Gesamtausgaben in Höhe von 23,2 Mrd. DM. Diese Ausgaben sollen

durch Einnahmen in gleicher Höhe bestritten werden. In den Einnahmen sind reine Bundessteuern mit 15,624 Mrd. DM vorgesehen, denen nach den letzten Verhandlungen zwischen Bund und Ländern ein Betrag von höchstens 4,2 Mrd. DM als Anteil des Bundes an den Einkommen- und Körperschaftsteuern der Länder zuzurechnen sind. Nach den in den Verhandlungen festgelegten Klauseln kann der Bundesminister der Finanzen also mit einem höheren Betrag aus Steuern, Zöllen und Anteilsteuern als mit 19,824 Mrd. DM nicht rechnen. Die übrigen Einnahmen waren mit 1,4 Mrd. DM angesetzt worden, das bedeutet insgesamt eine Einnahme von 21,224 Mrd. DM. Da der Haushalt einschließlich Nachtrag insgesamt aber mit einer Einnahme von 23,2 Mrd. DM abschließt, können die restlichen 2 Mrd. DM nur aus einer Überschätzung der sonstigen Einnahmen oder aus einer Verschuldung des Bundes stammen. An sogenannten Verteidigungslasten enthalten diese Ausgaben offiziell 8,8 Mrd. DM. Der Hohe Kommissar McCloy hat die Gesamtaufwendungen für die westdeutsche Remilitarisierung jedoch vorsichtig auf 30 Mrd. DM geschätzt. Um die von den westlichen Mächten geforderten Militäreinheiten aufzustellen und die Kriegsvorbereitungen zu finanzieren, werden also noch weitere Milliardenbeträge notwendig. Die derzeitigen Bundessteuern und Zuschüsse der Länder reichen dazu bei weitem nicht aus.

INHALT

	Seite
I. Einleitung	1
II. Das Volkseinkommen und die Steuerbelastung	2
III. Das Steueraufkommen und seine Quellen	3
A. Die Begünstigung in der Besteuerung der Unternehmergewinne	4
B. Die Besteuerung des Lohneinkommens der Werktätigen	6
C. Wer trägt in Wirklichkeit die Last der indirekten Besteuerung?	7
IV. Schlußbetrachtungen	9

SECRET
 SECURITY INFORMATION

Durch Anziehen der Steuerschraube, durch laufend neue Steuern und Steuererhöhungen sowie durch weitere Verschuldung bei den westlichen Besatzungsmächten durch Aufnahme von Anleihen und Krediten sucht die Bundesregierung die Mittel für die Kriegsvorbereitungen aus den Werktätigen herauszupressen.

Fast täglich üben weiteste Kreise heftige Kritik an der Mißwirtschaft im westdeutschen Finanzwesen. So schreibt die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“ vom 24. November 1951:

„Unsere Finanzpolitik der letzten Jahre ist dadurch gekennzeichnet, daß ständig die von einem ausgabefreudigen Parlament bewilligten Ausgaben steigen und hernach nach neuen, zum Ausgleich erforderlichen Einnahmen Ausschau gehalten werden muß. Immer wieder wurde oder wird der Steuerzahler darauf abgetastet, ob er nicht doch noch etwas mehr an den Fiskus für deutsche oder Besatzungszwecke leisten könne.“

Der stellvertretende Hohe Kommissar jedoch äußerte sich dahin, daß „Westdeutschland sein Steuersystem revidieren und verbessern und mehr durch Steuern aufbringen müsse“. Er machte sich damit zum Sprecher der Auffassung, daß die bisherige unsoziale Steuerpolitik durch neue Methoden noch weiter verschärft und die Werktätigen steuerlich noch stärker belastet werden sollten. Die Besteuerung war auf Grund der alten Reichssteuergesetze und der nach dem Kriege erlassenen Kontrollratsgesetze zunächst für ganz Deutschland verhältnismäßig einheitlich. Seit der Währungsreform und mit der Spaltung Deutschlands wurde der breiten Masse der Werktätigen Westdeutschlands eine ungeheure Belastung aufgebürdet. So wurde die Umsatzsteuer allgemein um ein Drittel, für wichtige Nahrungsmittel sogar auf das Doppelte erhöht, außerdem hat die so stark herausgestellte Steuerreform des Jahres 1950 zu einer beachtlichen

Benachteiligung der niederen Einkommen geführt. Obwohl infolge der „Koreakonjunktur“ das Steueraufkommen stetig anwuchs, obwohl also die Bundes-einnahmen sich laufend erhöhten, ruft die Kriegsvorbereitung neue Finanzsorgen hervor. Alte und neue Pläne über die Einführung neuer Steuern und über die Einführung von Steuererhöhungen werden ständig erörtert wie

Einführung einer Autobahngebühr,
Erhöhung der Versicherungssteuer,
Einführung einer Einwohnersteuer (frühere Bürgersteuer),
Einführung einer Sondersteuer für Kino und Sport,
Einführung einer neuen Getränke- und Speiseeisensteuer,
Einführung einer Straßenbahnsteuer,
Erhöhung der Lohn- bzw. Einkommensteuer,
Einführung einer Kaufsteuer in Abwandlung der vorher geplanten Aufwandsteuer bzw. Sonderumsatzsteuer und
eine weitere Erhöhung der allgemeinen Umsatzsteuer,

also durchweg außergewöhnliche zusätzliche Belastungen der breiten Massen der westdeutschen Bevölkerung.

Immer wieder tauchen neue Pläne auf, um den Bundeshaushalt zu sanieren. Alles läuft darauf hinaus, die steuerliche Belastung der Bevölkerung weiter zu verstärken. Die Belastung des Volkseinkommens durch Steuern einerseits und die Art der Verteilung der Steuerlasten andererseits lassen eindeutig erkennen, daß die Steuerpolitik Westdeutschlands sich letzten Endes in einem gewaltigen Steuerdruck auf die breite Masse der Werktätigen auswirkt und in Zukunft noch stärker auswirken soll.

II. Das Volkseinkommen und die Steuerbelastung

Für die Beurteilung des Volkseinkommens in Westdeutschland ist das Verhältnis desselben zu den Volkseinkommen in den übrigen kapitalistischen Ländern entscheidend. Es muß untersucht werden, wie die Entwicklung dieser Einkommen vor sich gegangen ist, wieviel Volkseinkommen auf den Kopf der Bevölkerung entfällt, um ermessen zu können, welche Belastungen das westdeutsche Volkseinkommen je Kopf zu tragen hat. Wie aus Tabelle 1 ersichtlich, steht das Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung im Jahre 1950 in Westdeutschland an letzter Stelle unter den Ländern des kapitalistischen Lagers.

Ein gleiches Bild ergibt sich bei den sogenannten Verfügungsbeträgen je Kopf der Bevölkerung in den verschiedenen kapitalistischen Ländern, die nach Abzug der Steuern und Soziallasten sowie der angeblich notwendigen Ausgaben für Essen, Kleidung und Wohnung, die nicht einmal für das elementarste Lebensminimum ausreichen, übrig bleiben sollen (Tabelle 2).

Tabelle 1
Volkseinkommen im Jahre 1950*)
je Kopf
(nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben)

USA	4615 DM
Schweiz	2947 DM
Dänemark	1836 DM
Belgien	1698 DM
Großbritannien	1402 DM
Frankreich	1250 DM
Westdeutschland	784 DM

*) Veröffentlichungen des Instituts „Finanzen und Steuern“, Heft 8, Seite 14.

Tabelle 2
Verfügungsbeträge der Bevölkerung*)
je Kopf
(jährlich)

USA	2179,80 DM
Frankreich	495,60 DM
Großbritannien	890,70 DM
Westdeutschland	121,80 DM

*) „Hamburger Freie Presse“, vom 28. 9. 1951.

Ebenso aufschlußreich ist die Entwicklung des Verhältnisses des Verfügungseinkommens zum „Brutto-Sozial-Produkt“. Während in den Ländern USA, Dänemark, Frankreich und Großbritannien¹⁾ das „Brutto-Sozial-Produkt“ je Kopf im Jahre 1950 auf rund 130 Prozent gegenüber dem Jahre 1937 gestiegen ist, hatte Westdeutschland erst rund 94 Prozent erreicht. Allgemein ist in allen kapitalistischen Ländern das Verfügungseinkommen je Einwohner nach Leistung der Steuern gegenüber dem Jahre 1937 zurückgegangen. Dieser Rückgang ist für Westdeutschland insofern wichtig, als dort nicht einmal der Stand des Jahres 1937 erreicht war, die anderen Staaten dagegen diesen Stand wesentlich überschritten hatten.

Von außerordentlicher Bedeutung für die Beurteilung des Volkseinkommens ist die Zusammensetzung der verschiedenen Einkommensschichten nach den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung. Im Jahre 1950 sind nämlich 71 Prozent aller Erwerbspersonen im Bundesgebiet Arbeitnehmer, also Arbeiter, Angestellte und Beamte. Fast drei Viertel dieser Gruppe wiederum sind Arbeiter mit verhältnismäßig niedrigem Einkommen.

Nach Agartz, dem Leiter des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes, hatten in der Bundesrepublik 64 Prozent aller Bezieher von Einkommen ein Monatseinkommen bis zu 240 DM, davon fast die Hälfte nur ein solches bis zu 100 DM²⁾. Andererseits ist zwar nach der gleichen Verlautbarung in den letzten beiden Jahren das Masseneinkommen in der Bundesrepublik um 27 Prozent gestiegen, dabei aber das Einkommen der Selbständigen um 36 Prozent. Der Anteil des Masseneinkommens am Sozialprodukt, der im dritten Quartal 1949 noch 60,8 Prozent betrug, ist dann fast ununterbrochen bis auf 52,5 Prozent im ersten Quartal 1951 gesunken. Im Gegensatz dazu stieg der Anteil des Einkommens der Selbständigen von 22,8 auf 30 Prozent an.

Ein erheblicher Anteil an der Gesamtbelastung des Volkseinkommens ergibt sich aus Reparationen bzw. Besatzungskosten. Im Jahre 1929 betrug das Volkseinkommen³⁾ 76,1 Mrd. RM. Daran hatten die Reparationen einen Anteil von 2,5 Mrd., das sind rund 3,3 Prozent. Im Jahre 1951 betrug das Volkseinkommen 90,1 Mrd. DM, davon 7,6 Mrd. DM Besatzungskosten, das sind jedoch 8,4 Prozent.

Die nach dem ersten Weltkrieg aufzubringenden hohen Reparationen muten in ihrem Ausmaß geringfügig an gegenüber den Besatzungskosten, die Westdeutschland im Jahre 1951 von seinem Volkseinkommen abzweigen mußte. Diese Tendenz verstärkt sich durch die Aufrüstung und Remilitarisierung und die für diese zusätzlich aufzubringenden gewaltigen Milliardenbeträge.

Die Forderung der imperialistischen Westmächte geht nun dahin, nicht etwa die erwähnte 8,4prozentige Belastung des Volkseinkommens auf 10 Prozent zu erhöhen, die Verteidigungskosten sollen vielmehr 10 Prozent des „Brutto-Sozial-Produkts“ ausmachen; das aber würde einen wesentlich höheren Anteil am Volkseinkommen bedeuten. Bedenkt man weiterhin, daß darüber hinaus der Betrag für die Aufstellung von Landtruppen, Luft- und Seestreitkräften als westdeutscher Anteil an der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ von McCloy mit 30 Mrd. DM geschätzt wird, ergibt sich, daß die Belastung des Volkseinkommens durch den sogenannten Verteidigungsbeitrag ungeheuerlich werden wird.

Selbstverständlich finden diese Belastungen in der Erhöhung der Steuerbelastung ihren beredten Ausdruck.

Wie Tabelle 3 zeigt, wächst der Anteil der Steuerlast am Volkseinkommen außergewöhnlich.

Tabelle 3
Anteil der Steuerlast am Volkseinkommen⁴⁾
(in Mrd. RM)

Rechnungsjahr	Volks- einkommen (Kalenderjahr)	Steuerlast	
			Prozent
1913	25,9	2,3	8,9
1936	35,6	8,8	25,0
1951	90,1	27,9	31,0

⁴⁾ Die Angaben der Rechnungsjahre 1913 und 1936 sind der Veröffentlichung des Instituts „Finanzen und Steuern“, Heft 1, entnommen. Das Rechnungsjahr 1951 ist nach den Zahlenangaben von der „Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung“ vom 14. 6. 1952 ergänzt.

In derselben Zeit, in der das Volkseinkommen wertmäßig auf den dreieinhalbfachen Betrag anstieg, stiegen die Steuern auf den zwölfwachen Betrag an. Auf den Kopf der Bevölkerung entfiel im Rechnungsjahr 1936⁴⁾ eine Steuerlast von 235,90 RM, im Rechnungsjahr 1951 von rund 580 DM.

III. Das Steueraufkommen und seine Quellen

Die Vielzahl von Steuerarten und Steuererhebungsarten ist das Kennzeichen einer kapitalistischen Finanzpolitik, die bestrebt ist, den Besitz möglichst zu schonen, die Steuern auf die breiten Schultern der Werktätigen abzuwälzen und diesen Vorgang möglichst geschickt zu verschleiern. Gelegentlich der 5. Bonner Steuertagung (28. und 29. April 1952) wurde berichtet⁵⁾, daß im Jahre 1951 allein ein

Dauerregen von 24 Steuergesetzen und 21 steuerlichen Rechtsverordnungen mit zusammen 762 Steuerparagrafen auf die westdeutsche Bevölkerung niedergegangen sei. Selbst in Unternehmerkreisen werden Stimmen laut, die diese steuerliche Gebarung haftbar machen für die Schrumpfung von Umsätzen, die Behinderung der Wirtschaft und die Vergrößerung der Arbeitslosenziffer. Das Umsatzsteuervolumen — sagen sie — nehme fast ununterbrochen zu, obwohl die Umsätze infolge sinkender Kaufkraft effektiv zurückgehen.

Die Zusammensetzung des Gesamtsteueraufkommens, seine Entwicklung in den Rechnungsjahren

¹⁾ „Bundesanzeiger“, Nr. 233, vom 1. 12. 1951.

²⁾ „Frankfurter Rundschau“, vom 19. 11. 1951.

³⁾ Veröffentlichung des Instituts „Finanzen und Steuern“ (Das Volkseinkommen und seine Belastung im Bundesgebiet), Heft 10, 1950.

⁴⁾ Veröffentlichungen des Instituts „Finanzen und Steuern“, Heft 1: Das Volkseinkommen und seine Belastung im Bundesgebiet.

⁵⁾ „Industriekurier“, vom 3. 5. 1952.

1949 und 1951 sowie die Anteile der verschiedenen Steuern an diesen Aufkommen, sind aus Tabelle 4 ersichtlich:

Tabelle 4
Gesamtsteueraufkommen
in den Rechnungsjahren 1949 und 1951*)

Steuerträger	1949	1951
Bund und Länder	15 360,8	22 733,8
Gemeinden	2 383,7	3 553,5
Soforthilfe	1 302,3	1 570,7
	19 046,8	27 858,0
Anteil der Massensteuern (Lohn-, Umsatz- und Verbrauchssteuern) an den Bundes- und Ländersteuern		
in Mill. Mark	10 235,0	15 605,9
in Prozenten	36,6	68,6
Anteil der veranlagten Einkommen- und Kör- perschaftsteuer		
in Mill. Mark	3 857,8	5 150,8
in Prozenten	25,1	22,6
Massensteuern in % der Besitzsteuern	265,5	303,0

*) Nach den Veröffentlichungen von „Wirtschaft und Statistik“.

Wie die Tabelle zeigt, ist das Steueraufkommen von 1949 zu 1951 um rund 46 Prozent gestiegen. Hierbei soll nicht unerwähnt bleiben, daß zwar im Steuerjahr 1951 von Vierteljahr zu Vierteljahr das Steueraufkommen angewachsen ist, vom dritten zum vierten Quartal jedoch unmerklich. Der Bundesminister der Finanzen hat zwar für das Steueraufkommen des vierten Vierteljahres des Rechnungsjahres 1951 eine Prognose gegeben, und sein Ministerium hat, gestützt auf diese Prognose, eine bedeutende Steueraufkommenssteigerung für das Rechnungsjahr 1952 vorgesehen. Diese Prognose hat sich jedoch als trügerisch erwiesen. Das Steueraufkommen des vierten Vierteljahres im Rechnungsjahr 1951 hat die erwartete Höhe bei weitem nicht erreicht, so daß auch die für das Haushaltsjahr 1952 vorgesehene Erhöhung des Gesamtsteueraufkommens als sehr fraglich bezeichnet werden muß, wenn nicht auf Steuererhöhungen in der Zukunft zurückgegriffen werden wird, wie man allgemein annimmt.

Der Anteil der Massensteuern ist von rund 67 Prozent auf 69 Prozent gestiegen. Der Anteil der veranlagten Einkommen- und Körperschaftsteuer dagegen liegt im Jahre 1951 gegenüber 1949 um 2,5 Prozent niedriger. Bezeichnend ist, daß sich das Verhältnis von Massensteuern zu Besitzsteuern von 265 auf über 300 erhöht hat. Hieraus ist folgendes zu erkennen: Obwohl die Unternehmergewinne gewaltig gestiegen sind — ihren Ausdruck findet diese Steigerung in der Aufstockung der Kapitalien der Gesellschaften, in den bedeutenden Rückstellungen, in den hohen Dividenden und in den versteckten Investitionen — entspricht die absolute Steigerung des Steueraufkommens dieser Steuerarten einmal nicht dem Ansteigen des Gesamtsteueraufkommens, zum anderen bei weitem nicht der Gewinnsteigerung.

Insgesamt zeichnen sich in der westdeutschen Steuerpolitik drei Hauptgesichtspunkte ab:

1. Entlastung der Unternehmergewinne und einseitige Förderung der Aufrüstungsinvestitionen.
2. Einseitige Begünstigung in der Besteuerung des Besitzes durch Bestimmungen des Lastenausgleichs und der Investitionshilfe.
3. Ständig wachsende steuerliche Belastung des Verbrauchs bei gleichzeitiger Einschränkung der Verbrauchsgüterproduktion.

Welche Perspektiven sich bei der Frage des Gesamtsteueraufkommens für die Zukunft in Zusammenhang mit dem Generalkriegsvertrag und der Remilitarisierung Westdeutschlands ergeben, zeigt die Tatsache, daß für das kommende Haushaltsjahr mit einer Steigerung des Steueraufkommens auf 32 Mrd. DM gerechnet wird⁶⁾. Das bedeutet gegenüber dem an Steuern schon reichen Jahr 1949 ein Anwachsen des Steueraufkommens um rund 70 Prozent.

A. Die Begünstigung in der Besteuerung der Unternehmergewinne

Die unterschiedlichen Methoden bei der Besteuerung der Unternehmer und der Lohnempfänger bzw. der Werk tätigen wurden auf einer Steuertagung der selbständigen Unternehmer von Prof. Schmolders vom finanzwissenschaftlichen Institut der Universität Köln zum Ausdruck gebracht⁷⁾. Er sagte, „daß das selbständige Unternehmen in der Lage sei, durch Gestaltung seiner Betriebe über Abschreibungen usw. Einfluß auf den zu erbringenden Steuerbetrag zu nehmen, während auf der anderen Seite der Lohnsteuerpflichtige in dieser Hinsicht völlig wehrlos sei“. Der Unternehmer hat also, wie bereits ausgeführt, die Möglichkeit, seinen Gewinn zu frisieren, und darüber hinaus bietet die Gesetzgebung ihm Gelegenheit, sich in einem hohen Maße der steuerlichen Belastung zu entziehen, was dem Lohnsteuerzahler nicht möglich ist.

Die Progression des Steuertarifs in Westdeutschland ist beim Selbständigeneinkommen wie beim Lohneinkommen nach der Währungsreform fast die gleiche geblieben, wie sie vor und nach dem zweiten Weltkrieg in Geltung war. Während eine fortschrittliche Steuergesetzgebung sich dahin entwickelt, daß das Einkommen aus Arbeit begünstigt wird, wird in Westdeutschland das Einkommen aus Unternehmergeinn bzw. das veranlagte Einkommen durch verschiedene Vergünstigungen und Erleichterungen geschont. Die formale „Gleichheit“ in der Steuergesetzgebung Westdeutschlands, auf die in der Literatur, in der Presse und in anderen Veröffentlichungen besonders Wert gelegt wird, ist in Wirklichkeit eine ungerechte und unsoziale Maßnahme. Selbst bei Steuersenkungen zeigen sich Differenzierungen zuungunsten der Einkommen aus Lohn und Gehalt.

Durch das Gesetz vom 29. April 1950 wurden die kleineren und mittleren Einkommen mit bedeutend geringerer Steuersenkung bedacht als die hohen Einkommen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß diese einzige und viel zitierte Steuersenkung für

⁶⁾ „Hamburger Freie Presse“, vom 21. 3. 1952.

⁷⁾ „Industriekurier“, vom 29. 11. 1951.

Einkommen der Werktätigen durch Maßnahmen bei weitem aufgeholt wurde, die, wie das Notopfer Berlin und die bedeutend erhöhte Umsatzbesteuerung, die sich durch ständig steigende Lebenshaltungskosten bemerkbar macht, gerade die untersten Einkommen am stärksten belasten. Andererseits wurden nach der Steuerreform den Unternehmern Steuererleichterungen für den Ausbau ihrer Betriebe gewährt, die dem Staatshaushalt beträchtliche Summen vorenthalten. In der Entwicklung der Steuergesetzgebung Westdeutschlands können Steuerbegünstigungen und Steuerbefreiungen für Unternehmergewinne laufend festgestellt werden. Obwohl Gewinnbegünstigungen und Befreiungen offiziell aufgehoben wurden, werden andererseits neue Möglichkeiten geschaffen, um die Unternehmergewinne weiterhin zu begünstigen. Dagegen haben die Lohnbezieher keine Begünstigungen von Bedeutung erhalten. Trotz dieser pfleglichen Behandlung der Unternehmergewinne auf steuerlichem Gebiet ist die Steuermoral stetig gesunken und veranlaßt die Bundesregierung zum Ausbau der Betriebsprüfungen und einer Verstärkung des Steuereinschätzungsdienstes, die sich jedoch ausschließlich gegen kleine und mittlere Unternehmen richten. Selbst der frühere hessische Wirtschaftsminister Dr. Koch sah sich gezwungen, darauf hinzuweisen, daß die auf Grund der gesunkenen Steuermoral dem Bund entstehende jährliche Steuereinkünfte mit 3 bis 4 Mrd. DM zu beziffern sei.

In folgendem soll gezeigt werden, in welcher Art die Unternehmer den Nachweis ihres Gewinnes frisieren und ihre Steuerzahlungen herabsetzen. Viele monopolistische Unternehmungen haben in Westdeutschland über das wirtschaftlich tragbare Maß hinaus Investitionen selbstfinanziert. Dabei handelte es sich meistens um Investitionen, die nicht der Hebung des Lebensstandards bzw. dem Wohlstand der westdeutschen Bevölkerung dienen, sondern der Aufrüstung. Ermöglicht wurde die Selbstfinanzierung durch nicht ausgeschüttete Gewinne sowie durch überspitzte, das heißt über das verbrauchsbedingte Maß hinausgehende Abschreibungen, die durch die DM-Bilanzgesetzgebung besonders erhöht wurden. Selbst der Bankverein Westdeutschland mußte in einer Studie über die seit der Währungsreform durchgeführte Investitionsfinanzierung zugeben, daß — wie aus Tabelle 5 ersichtlich ist — zwei Drittel der an sich hohen Investitionsbeträge aus Selbstfinanzierung aufgebracht worden sind.

Tabelle 5

	20. 6. 1948 bis 31.12.1949	1. Hj. 1950	2. Hj. 1950	Insgesamt
	in Millionen DM			
Gesamte Investitionsfinanzierung	23 700	8 210	10 920	42 830
darunter				
Selbstfinanzierung, reinvestierte Abschreibungen, kurzfristige Bankkredite	17 620	4 070	6 150	27 840

Im Zusammenhang damit werden die hohen Kriegsgewinne bei diesen Gesellschaften erklärlich, die bei der Kapitalumstellung der Gesellschaften von RM auf DM zu Tage traten. Eine Besteuerung dieser offensichtlich realen Gewinne fand nicht statt. Von 2241 Kapitalgesellschaften hatten bis Ende August des Jahres 1951 rund 52 Prozent ihr Kapital in gleicher Höhe erhalten und rund 16 Prozent es sogar erhöhen können. Das bedeutet, daß fast 70 Prozent der Kapitalgesellschaften ihr Kapital erhalten bzw. vergrößern konnten⁸⁾. Das gesamte Aktienkapital dieser 2241 Gesellschaften verringerte sich nur um 15,9 Prozent, während der werktätige Sparer 93,5 Prozent seiner Ersparnisse verlor. Eine Realisierung dieser Kriegsgewinne kann in ihrem Umfange an Hand der Veröffentlichungen der Gesellschaftsbilanzen in Westdeutschland laufend verfolgt werden. Die Akkumulatorenfabrik AG in Hagen (Westf.), die heute zu den Industrierwerken Karlsruhe (früher und neuerlich wieder Rüstungskonzern) gehört, ist dafür ein besonders krasses Beispiel. Die Kriegsgewinne wurden bei der Umstellung durch Heraufsetzung des Aktienkapitals im Verhältnis 1 : 1,5 von 46,75 Mill. RM mit 70,125 Mill. DM realisiert. Trotzdem wurde eine Rücklage von über 25 Mill. DM in der Bilanz ausgewiesen und erhielten die Aktionäre für die letzten 1½ Jahre eine Dividende von sage und schreibe 6,3 Prozent auf das erhöhte Kapital. Ähnliche Kapitalaufstockungen und Gewinnausschüttungen können in großer Anzahl aufgeführt werden. Ein weiteres Beispiel dafür, wie Kriegsgewinne der gerechten Besteuerung entzogen werden sollen, bietet der Plan, die durch die „Entflechtungsmaßnahmen“ nach dem Gesetz Nr. 27 (Kohle, Stahl und Eisen) aufgedeckten stillen Reserven bzw. Liquiditäts- oder Veräußerungsgewinne aus der steuerlichen Erfassung herauszulassen.

Der Steuerbehörde werden beträchtliche Steuer-gelder dadurch entzogen, daß bei Festsetzung der Gewinne der Monopole ein außergewöhnlicher Mißbrauch mit der Absetzung von Spesen betrieben wird. Sogar das Handelsblatt schreibt am 1. November 1951, daß „die publizierte Verordnung zu § 9 des EStG symptomatisch für die derzeitige steuerliche Situation ist und daß sie sich gegen den Steuersünder wendet, der eindeutig persönliche Lebenshaltungskosten zu Lasten der steuerlichen Erfolgsrechnung gebucht hat“.

Nach den „Aachener Nachrichten“ vom 24. Dezember 1951 ist man bemüht, mit Unterstützung maßgebender Kreise des Steinkohlenbergbaus die „Stagnation“ in der Förderung des Bergbaus durch Bewertungsfreiheit großer bergbaulicher Neuanlagen zu beheben, d. h. gewisse bergbauliche Untertageanlagen sofort abzuschreiben. Damit werden geringere Gewinne ausgewiesen und somit geringere Steuern gezahlt. Gleichzeitig werden höhere Selbstkosten bei Preisberechnungen zugrunde gelegt. Mit den Abschreibungsbeträgen ergeben sich fortlaufend und progressiv über den Weg der Selbstfinanzierung außerordentliche Investitionsmöglichkeiten und somit größere Abschreibungsmöglichkeiten bzw. Steuererleichterungen neben der

⁸⁾ „Wirtschaft und Statistik, Jahrg. 1951, Nr. 9, siehe auch „Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstituts“, Jahrg. 3, Nr. 1/2, Januar 1952.

Ansammlung von bedeutendem Anlagekapital und der Erhöhung der Kapazitäten. Diese wiederum dienen der Kriegsvorbereitung einerseits und der Vermehrung der Gewinne andererseits.

Ähnliche Wege sollen bei der „Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft“ beschritten werden. Durch das im Januar 1952 erlassene Gesetz über die Investitionshilfe, die ausschließlich den Monopolisten dient, werden die Beschränkungen, die Mitte des Vorjahres in den Abschreibungen durch Gesetz festgelegt wurden, wieder aufgehoben. Für Eigeninvestitionen der eisenverarbeitenden Industrie, des Kohlebergbaus und der Energiewirtschaft sowie neuerdings auch der Wasserwirtschaft, die diesen Industrien dient, sollen durch Abschreibungsvergünstigungen im alten Umfange der Rüstungsproduktion weitere Ausweitungsmöglichkeiten und Vergünstigungen verschafft werden. Der Ausfall an steuerlichen Einnahmen dürfte an 1 Mrd. DM heranreichen.

Unter dem Deckmantel eines volkswirtschaftlichen Positivums (Durchführung von Wohnbauten, Schiffsbauten usw.) wird über § 7 c und d des EStG denjenigen, die für solche Zwecke Darlehen oder Zuschüsse geben, die Gelegenheit geboten, diese Beträge als Sonderausgaben steuerlich abzusetzen. Damit können die Geldgeber besonders bei steuerlich unangenehmen Grenzfällen sich bedeutende Vergünstigungen verschaffen. Insgesamt wird vor allen Dingen hierdurch Kapital für Zwecke der Ausrüstung freigemacht.

Hatten die bisher angeführten Beispiele sich auf die Frage der Begünstigung des Gewinnnachweises erstreckt, so sind die folgenden Beispiele Beweise für die gesetzliche Begünstigung der Monopole bei der Steuerzahlung selbst.

Bei Einzelunternehmungen und Personalgesellschaften trat bei Nichtentnahme des Gewinns eine beachtliche Steuerbegünstigung ein.

Angeblich soll der Export durch steuerliche Gesetzgebung gefördert werden. Wie die westdeutsche Presse selbst darüber denkt, geht aus einer Äußerung der „Hamburger Freien Presse“ vom 9. November 1951 hervor. Sie schreibt,

„daß die begünstigten Ausfuhren zu 60 Prozent den Rüstungswirtschaften in anderen Ländern dienen und damit zum ersten Male der Fall eingetreten ist, daß Rüstungsgewinne vom Staat nicht weggesteuert, sondern noch besonders honoriert werden“.

Der Bundesminister der Finanzen begann durch Unterzeichnung des Gesetzentwurfes zur Kapitalmarktreform ein neues Kapitel in der Steuerbegünstigung von Monopolgewinnen. Nach diesem Entwurf werden in einem Katalog Wertpapiere wie Pfandbriefe, Kommunalobligationen, vor allem aber Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen des Bundes und der Länder steuerlich begünstigt. Selbst die Zinserträge sollen bei der Befreiung von der Einkommen-, Körperschaft- und Kapitalertragsteuer sich steuerbegünstigend auswirken. Auch bei der Investitionshilfe haben gleiche Gedanken mitgewirkt. Außerdem soll bei einem gewissen Kreis festverzinslicher Papiere nicht mehr die Progressivität in der Einkommensteuer Anwendung finden, viel-

mehr ein feststehender Satz von 30 Prozent bzw. 50 Prozent als eine Art Kapitalertragsteuer in Anwendung kommen.

Den sogenannten Scheingewinnen, die sich infolge der laufenden Preiserhöhungen auf dem Weltmarkt ergeben, soll nach den neuesten Steuerreformbestrebungen eine Rückstellungsmöglichkeit eingeräumt werden, die sich praktisch mindestens als eine Befreiung von der Steuer auf Jahre hinaus auswirken. Obwohl in Westdeutschland selbst schon lebhaft Kritik an den sogenannten Kapitalansammlungsverträgen und der damit verbundenen stärkeren Belastung der Lohnempfänger zugunsten des Besitzes geübt wird, werden auch auf diesem Gebiete Steuerbegünstigungen der Unternehmerrgewinne praktisch durchgeführt; sofern bis zu 30 Prozent der Einkünfte auf einer Bank festgelegt werden, bleiben 15 Prozent dieser Einkünfte steuerfrei. Da es sich bei der Festlegung um einen Zeitraum von drei Jahren handelt, können die Werkstätigen von einer solchen Steuererleichterung natürlich keinen Gebrauch machen.

Das Lastenausgleichsgesetz sieht unter anderem eine Abgabe aus den Vermögen und Gewinnen der Währungsumstellung vor, die sich auf 30 Jahre erstreckt. Abgesehen von der Vergünstigung, die den Vermögensbesitzern durch die Festsetzung einer so langen Frist gewährt wird, können sie nach dem derzeitigen Gesetzentwurf ein Drittel der ihnen auferlegten Vermögensabgabe bei der Festsetzung ihrer Steuerveranlagung absetzen.

B. Die Besteuerung des Lohneinkommens der Werkstätigen

Wie bewiesen wurde, haben die Monopolisten eine Reihe von Möglichkeiten, gegenüber der Steuerbehörde niedrigere Gewinne als die effektiv erzielten nachzuweisen. Demgegenüber ergibt sich das Einkommen der Werkstätigen aus der Lohnbuchhaltung. Trotzdem zeigt die Entwicklung der Lohn- und Profitsummen nach „Deutschland in Zahlen“, Jahrg. 1950, unter Zugrundelegung des Jahres 1936 = 100, daß bereits im September 1950 die Lohnsumme nur 206, die Profitsumme dagegen 386 ausweisen. Während also die Lohnsumme sich etwa verdoppelt hat, hat sich die Profitsumme fast vervierfacht.

Außerdem erweist sich die Erhöhung der Unternehmerrgewinne mit unmißverständlicher Deutlichkeit in der Bewertung der Aktienkurse. Nach den Veröffentlichungen der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ vom April 1952 ist allein seit dem zweiten Halbjahr 1948 der Kursdurchschnitt der Aktien von einem Monatsdurchschnitt von 32,25 des Nominalwertes auf 120,01 im März 1952 gestiegen.

Nach den Angaben der „Mitteilungen des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften“ in Köln Nr. 5/1951 ergibt sich die folgende Tabelle über den Rückgang der Lohnquote.

Rückgang der Lohnquote
(Netto-Produktionswert 1936 = 100)

Jahr	Netto-Produktionswert	Lohn- und Gehaltssumme	Lohnquote in Prozent
	I n d i z e s		
1936	100	50	50
1949	221	91	41
1950	266	109	41

~~SECRET~~
SECURITY INFORMATION

Seit dem Jahre 1936 ist also der Netto-Produktionswert auf das Zweizweidrittelfache gestiegen, die Lohn- und Gehaltssumme dagegen auf ungefähr das Doppelte. Die Lohnquote ist also, obwohl der Netto-Produktionswert beachtlich gestiegen ist, gesunken. Da die Erhöhung des Netto-Produktionswertes von mehreren Faktoren wie Hebung der Produktivität, Mehrung der Produktionsstätten und Preissteigerung abhängt, andererseits auf die Erhöhung der Lohn- und Gehaltssumme verschiedene Faktoren wie Umschichtung von Arbeitskräften, Vermehrung der Beschäftigtenziffer und Lohnerhöhung einwirken, ist die individuelle Auswirkung auf die Grundlage der Steuererhebung, nämlich auf das Einkommen des einzelnen, nicht festzustellen. Betont werden muß aber folgendes: Während die Lohnquote eindeutig und nachweisbar eine fallende Tendenz aufweist, zeigt die Entwicklung der Gesamtsteuereinkommen von 1949 bis 1951 ein stetes Ansteigen des Anteils der Massensteuern von rund 67 auf rund 69 Prozent und ein Abfallen des Anteils der veranlagten Einkommen- und Körperschaftsteuer von 25,1 auf 22,6 Prozent. Das Verhältnis von Massensteuern zu Besitzsteuern ist, wie bereits bemerkt, in diesen Jahren von 265 auf rund 300 Prozent gestiegen.

Abschließend ist zu der Frage der Grundlagen der Besteuerung der Werktätigen gegenüber denen der Unternehmer noch hervorzuheben, daß alle Kriegsschäden, Demontagen und sonstigen Verluste an Forderungen den Monopolen nichts ausmachten, sondern es trotzdem noch zuließen, eine RM gleich eine DM zu setzen, wie die Entwicklung von dem Organ des DGB, „Welt der Arbeit“ vom 6. Juli 1951, gekennzeichnet wird. Dort heißt es:

„Wenn man bedenkt, daß es in der Hauptsache die Arbeiterschaft war, die nach Kriegsende durch ihrer Hände Arbeit die Werkstätten aus den Trümmern wieder aufgebaut hat und unter schwierigsten Bedingungen schaffen mußte und dann selbst bei der Währungsreform 93,5 Prozent ihrer mühselig erarbeiteten Spargelder verlor, wirkt es um so erstaunlicher, daß die Industrie so leicht durch die Schadensflut der Kriegs- und Nachkriegszeit hindurchgeschritten ist.“

Stellt man das Arbeitseinkommen der Monate März der Jahre 1950 und 1951 gegenüber, so ergeben sich 3427 Mill. DM gegenüber 3888 Mill. DM, das bedeutet eine Steigerung von etwa 13 Prozent. Stellt man den Monatsdurchschnitt des Lohnsteuereinkommens in den Jahren 1950 und 1951 gegenüber, so ergeben sich 141,1 Mill. DM gegenüber 246,6 Mill. DM, das bedeutet die außergewöhnliche Steigerung von 75 Prozent. Die Lohnsteuereinnahmen je Kopf des Beschäftigten sind im ersten Vierteljahr 1952 gegenüber dem Durchschnitt 1950 sogar um 90 Prozent gestiegen. Man erkennt aus dieser Gegenüberstellung, wie stark sich die Steuerprogression auf das Lohnsteuereinkommen auswirkt. Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer haben 1951 gegenüber 1950 dagegen nur um 34 Prozent zugenommen. Dabei darf man nicht vergessen, daß durch das Hineinwachsen der Arbeitseinkommen in höhere Besteuerungsgruppen,

durch das Überschreiten der Grenze, oft die gesamte Lohn- und Gehaltserhöhung durch gestiegene Steuerbelastungen aufgehoben wird.

Neben den aufgezeigten Benachteiligungen, die sich aus der verschiedenartigen steuerlichen Bewertung und Beurteilung der Grundlagen bei Gewinnen und Lohneinkommen ergeben, führen auch spezielle Maßnahmen zur zusätzlichen, aus den obigen Ausführungen ersichtlichen Besteuerung der Lohneinkommen.

So wird beispielsweise der Mehrverdienst besteuert, wenn er sich innerhalb der tariflich vorgesehenen Arbeitszeit ergibt. Das gleiche gilt für die Besteuerung der Prämien bei Bergarbeitern.

Auch ist es ein Zeichen der reaktionären Steuerpolitik Westdeutschlands, daß man die Mitarbeit der Frau durch unsoziale Steuermaßnahmen zu erschweren sucht. Die geplante Haushaltssteuer ist nach vielen Protestaktionen, vor allem seitens der Frauenorganisationen, vorläufig zurückgestellt worden. Die Haushaltssteuer sieht eine gemeinsame Veranlagung auch dann vor, wenn die Ehefrau in nicht selbständiger Arbeit steht. Das Ziel ist, eine höhere Besteuerung für beide Ehepartner zusammen zu erreichen, die, wie an vielen Beispielen erkenntlich ist, oft einen beträchtlichen Umfang annehmen würde. Eine ähnliche Entwicklung war in der Zeit der Nazierrschaft gegeben. Das Einkommen der mitverdienenden Ehefrau wurde bis 1934 besonders besteuert. In diesem Jahr wurde dann die volle Haushaltsbesteuerung eingeführt, wobei das Einkommen der Frau dem des Ehemannes zugerechnet wurde, wodurch eine höhere Steuerstufe erreicht wurde. Diese Politik bezweckte die Fernhaltung der Frau vom Arbeitsplatz. Anders wurde es wieder im Krieg, als man auf eine Mitarbeit der Frau im höchsten Maße angewiesen war. Dann wurde eine Lockerung der Haushaltsbesteuerung eingeführt, da man ja im Krieg auf die Mitarbeit der Frau nicht verzichten konnte.

C. Wer trägt in Wirklichkeit die Last der indirekten Besteuerung?

Die indirekten Steuern müssen zwar von „der Allgemeinheit“ getragen werden, bedeuten aber für die breiten werktätigen Schichten eine besondere zusätzliche Belastung.

Das Ansteigen des Anteils der indirekten Steuern am Gesamtsteuereinkommen ist als eine Begünstigung des Besitzes zu werten. Die Vertreter der Monopole in den Parlamenten setzen sich daher auch immer wieder für eine Verlagerung des Schwergewichts nach der Seite der indirekten Besteuerung ein. Wie dem Band 12 des „Finanzarchivs“ zu entnehmen ist, sind die indirekten Steuern vom Rechnungsjahr 1913 bis zum Rechnungsjahr 1949 von 41 Prozent auf fast 53 Prozent gestiegen. Setzt man von den in der Tabelle 4 aufgeführten Massensteuern die Lohnsteuer ab, so zeigt sich, daß Umsatz- und Verbrauchsteuern allein vom Jahre 1949 bis zum Jahre 1951 von rund 8,1 Mrd. DM auf rund 12,7 Mrd. DM gestiegen sind, eine Erhöhung um 56 Prozent.

~~SECRET~~
SECURITY INFORMATION

Bei den indirekten Steuern ist zu bedenken, daß sie von den Monopolen auf die Masse der Verbraucher, d. h. die Werktätigen, abgewälzt werden können, insbesondere die Umsatzsteuer. Nicht anders sieht es bei den Verbrauchsteuern aus. Hier stehen den besitzenden Kreisen Ausweichmöglichkeiten zur Verfügung. Den mittleren und kleinen Einkommen fehlen diese Möglichkeiten vollkommen, es sei denn, daß ihre Lebenshaltung wesentlich herabgemindert wird.

Die Verbrauchsteuern und Zölle kommen erfahrungsgemäß im Warenpreis zur Auswirkung, belasten jedoch die höheren Einkommensschichten relativ in geringerem Umfange als die niederen. Die Umsatzsteuer verteuert den Preis des Produktes, je mehr Produktions- und Handelsstufen es bis zum Verbraucher durchläuft.

Nach einer Berechnung über die steuerliche Belastung eines Arbeiterhaushaltes, einer sogenannten Indexfamilie⁹⁾, ergab sich durch Verbrauchsteuern und Zölle im Jahre 1938 eine Belastung von 2,9 Prozent des verausgabungsfähigen Einkommens. Diese Belastung ist im Jahre 1949 nach der gleichen Quelle auf 5,1 Prozent gestiegen, also eine Verstärkung der Belastung um mehr als 70 Prozent.

Bei der Umsatzsteuer ist eine Erhöhung der Belastung von 1938 allein bis 1949 von 3 auf 4,9 Prozent, d. h. um 60 Prozent zu verzeichnen. Es ist selbstverständlich, daß die Erhöhung des Umsatzsteuersatzes ab 1. Juli 1951 zusätzliche Belastungen mit sich bringt. Genauere Erhebungen über die neueste Entwicklung auf diesem Gebiet liegen zwar noch nicht vor, doch meldet der „IFO-Schnelldienst“ am 5. Oktober 1951, daß die indirekten Steuern rund 14,5 Prozent der Ausgaben eines Arbeiterhaushaltes ausmachen. Dabei wird besonders betont, daß die großen Einkommen diesen hohen Anteil nicht aufzuweisen haben. Der Anteil ist also gegenüber 1949 von 10 auf 14,5 Prozent gestiegen. Die relativ starke Belastung der niederen Einkommen wurde bei den Verhandlungen über eine Senkung der Tabaksteuer und den damit verbundenen Berechnungen über den Anteil des Tabakverbrauchs an den Ausgaben niederer Einkommen bewiesen. Danach hat eine Familie mit zwei Kindern allein durch den Verbrauch von 5 bis 10 Zigaretten täglich bei einem Monatsverdienst von 250 bis 400 DM dieselbe steuerliche Belastung wie eine gleiche Familie mit 500 bis 600 DM Monatsverdienst, in deren Haushalt kein Tabakverbrauch ist¹⁰⁾.

In diesem Zusammenhang sind Untersuchungen des finanzwissenschaftlichen Instituts der Universität Köln über den „Steuergehalt“ verschiedener Verbrauchsgüter sehr aufschlußreich. Der Anteil der Verbrauchsteuern und Zölle sowie der Umsatzsteuer am Endverkaufspreis beträgt danach bei

Kaffee	44 Prozent,
Tee	55 Prozent,
Zucker	36,5 Prozent,
Bier	19,5 Prozent,
Branntwein	42,0 Prozent.

Einer Pressemeldung¹¹⁾ zufolge liegen diese Anteile nach der erhöhten Umsatzsteuer bei Zündwaren bei

57 Prozent, bei Zigaretten bei 72 Prozent. Grob gerechnet entfällt also die Hälfte des Verkaufspreises auf Steuern. Die „Rhein-Neckar-Zeitung“ vom 1. Dezember 1951 erklärt, daß allein die vierprozentige Umsatzsteuer das fertige Erzeugnis mit 9 bis 14 Prozent des Verkaufspreises steuerlich belastet.

Wie stark gerade die unteren Einkommen betroffen werden, ergibt sich daraus, daß, umgerechnet auf die Zahl der Haushaltungen, im letzten Jahr 250 DM aus Steuern und Zöllen auf Lebensmittel und Genußmittel je Haushalt bezahlt wurden gegenüber 180 RM je Haushalt vor dem Kriege. Die Verteuerung der Lebenshaltung durch indirekte Besteuerung hat eine ganz besondere Bedeutung für die niedrigsten Einkommenbezieher. Selbst das Gewerkschaftsinstitut kann nicht umhin festzustellen, daß die Verteuerung das Leben der ärmsten Bevölkerung, deren Lebenshaltung an der Grenze des Existenzminimums liegt, besonders stark trifft. In Tabelle 6 sind die Lebenshaltungskosten einer durchschnittlichen Arbeiterfamilie den Lebenshaltungskosten der niedrigsten Einkommensgruppe in Nordrhein-Westfalen gegenübergestellt, wobei das erste Vierteljahr 1949 = 100 gesetzt ist.

Tabelle 6
Indexziffer
der Lebenshaltungskosten in Nordrhein-Westfalen
(1. Vierteljahr 1949 = 100)

Monat	Indexziffer der durchschnittl. Arbeiterfamilie	Lebenshaltungsindex der niedrigsten Einkommensgruppe
1950, Januar	90,5	98,1
Juli	86,7	95,1
Dezember	89,0	99,4
1951, Januar	90,6	100,7
März	94,6	105,8

Im März des Jahres 1951 hatten sich die neuen erheblichen Preiserhöhungen gerade für die niedrigsten Einkommensgruppen schon so stark ausgewirkt, daß ihre Lebenshaltung bereits um rund 12 Prozent teurer geworden war als die der mittleren Einkommensgruppe, wenn man das 1. Vierteljahr 1949 als Ausgangspunkt für beide nimmt.

Auch in den „Vier-Personen-Haushaltungen der mittleren Arbeiterschicht“ machte sich nach „Wirtschaft und Statistik“ vom 9. April 1952 die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise so außergewöhnlich stark bemerkbar, daß der angebliche Mehrbetrag des Einkommens von 23,65 DM monatlich nicht nur der gleichen Verbrauchsmenge gegenüberstand, sondern sogar einen leichten Rückgang der realen Versorgung auf dem Gebiete der Ernährung auswies.

Die Umsatzsteuererhöhungen werden über Preiserhöhungen zu einer weiteren Senkung der Lebenshaltung der werktätigen Schichten Westdeutschlands führen. So ist in der Ernährung eine Verlagerung von Butter auf minderwertigere Fette und vor allem der Rückgang im Verbrauch von Fleisch und Fleischwaren festzustellen. Die Preise für Leib-, Bett- und Haushaltswäsche, für Kleider- und Anzugtextilien, für Schuhe, Lederwaren und Haus-

⁹⁾ „Finanzarchiv“, Bd. 12, Nr. 3, von 1951.

¹⁰⁾ Siehe „IFO-Schnelldienst“, vom 11. 4. 1952.

¹¹⁾ „Aachener Nachrichten“, vom 17. 10. 1951.

BERICHTE**SECRET**
SECURITY INFORMATIONBEILAGE ZU NR. **17**
JAHRGANG 3**DES DEUTSCHEN WIRTSCHAFTSINSTITUTS**

BERLIN NW 7 · CLARA-ZETKIN-STRASSE 112 · TELEFON 22 63 60

SEPTEMBER 1952

Die Krise der westdeutschen Chemie-Ausfuhr

Seit etwa einem Jahr machen sich in der westdeutschen Wirtschaft mehr und mehr Tendenzen einer krisenhaften Entwicklung bemerkbar. Zunächst wurden davon nur die ausgesprochenen Konsumgüterindustriestämme betroffen. So hatte im Sommer 1951 zunächst die Schuhindustrie über Absatzrückgänge zu klagen, die weit über den saisonüblichen Rahmen hinausgingen. Es folgte der Absatzrückgang in der Textilindustrie, der zu einer Entwicklung führte, die auch von westdeutschen Wirtschaftlern offen als „Textilkrise“ bezeichnet wurde. Dazu kamen starke Absatzschwierigkeiten der Möbelindustrie, der Fahrradindustrie und anderer Zweige des Verbrauchssektors. In vielen Betrieben hatten diese Absatzschwierigkeiten nicht nur Produktionseinschränkungen zur Folge, sondern sie führten sogar zu Entlassungen und zur Kurzarbeit. Besonders in der Textilindustrie waren sogar Konkurse bedeutender Unternehmungen zu verzeichnen.

Die Tatsache, daß sich die Produktionseinschränkungen zunächst ausschließlich auf den Verbrauchsgütersektor beschränkten, ist eindeutig eine Folge der auf die Aufrüstung gerichteten Bonner Wirtschaftspolitik. Die ungeheuren Lasten, die Westdeutschland für die Bestreitung der Besatzungskosten und die Kosten für die Aufrüstung zu tragen hat, führten zu einer beträchtlichen Senkung der Kaufkraft der werktätigen Massen. Der ständige Anstieg von Steuern und Preisen bewirkte schon seit dem Sommer des letzten Jahres einen fühlbaren Rückgang der Einzelhandelsumsätze, der zu den bereits geschilderten Produktionsrückgängen in der Konsumgüterindustrie führte.

Notwendigerweise mußten die Einschränkungen in der Konsumgüterindustrie sich auch auf die übrigen Industriezweige auswirken. Diese Wirkung wird in jenen Zweigen am stärksten bemerkbar, die bisher noch nicht, beziehungsweise nur im geringen Maße für Rüstungsaufträge herangezogen wurden. „Die Aufrüstung hat nicht nur politische, sondern auch schwerwiegende wirtschaftliche Auswirkungen. Die Rüstungsausgaben der Länder sind unwirtschaftlich und fördern, ihrem Wesen nach, die Inflation, denn sie verschlechtern die Kaufkraft der breiten Massen...“, schreibt die Zeitschrift des westdeutschen Verbandes der chemischen Industrie¹⁾. Mit diesen Worten hat die maßgebende Fachzeitschrift des westdeutschen Unternehmerverbandes der Chemieindustrie jene Situation klar gekennzeichnet, die auch in der Chemiewirtschaft schwere Schäden zur Folge hatte. Die westdeutsche Chemiewirtschaft hat nämlich als erster, nicht zum Verbrauchsgütersektor gehörender Industriezweig seit dem Beginn dieses Jahres in stärkstem Maße mit Absatzschwierigkeiten zu kämpfen. Diese Schwierigkeiten veranlaßten die „Frankfurter Rundschau“ vom 8. Juni 1952 zu folgender Beurteilung der Lage:

„Die seit Jahresbeginn in der westdeutschen chemischen Industrie zu verzeichnende Absatzkrise hat im April und Mai zu einem so erheblichen Produktionsrückgang geführt, daß ... Entlassungen und Kurzarbeit nicht mehr zu vermeiden sind, falls nicht bald eine Besserung der Absatzlage eintritt.“

Sind schon die rückläufigen Tendenzen in der Absatzlage der westdeutschen chemischen Industrie auf dem Binnenmarkt außergewöhnlich schwer, so sind diese auf dem Auslandsmarkt relativ noch weit stärker fühlbar. Damit bekommt die westdeutsche chemische Industrie mit aller Wucht die Tatsache zu spüren, daß die von den USA inszenierte Aufrüstung nicht nur den westdeutschen Markt zerrüttet, sondern darüber hinaus die Außenhandelsverbindungen sämtlicher kapitalistischer Länder in Mitleidenenschaft zieht.

„Die chemische Industrie des Bundesgebietes wird in diesem Jahr ihr vorjähriges Exportergebnis wegen des zunehmenden Konkurrenzdrucks nach Ansicht des Verbandes der chemischen Industrie e. V. nur unter größten Anstrengungen halten können.“²⁾

Diese düstere Perspektive ist für die westdeutsche Chemieindustrie um so schwerwiegender, als die Position der westdeutschen Chemiemonopole gegenüber der Vorkriegszeit ganz wesentlich geschwächt ist. Die Ursache für diese Tatsache ist vor allem darin zu suchen, daß während des Krieges und der ersten Nachkriegsjahre die Kapazität der Chemieindustrie besonders der Vereinigten Staaten und Großbritanniens außerordentlich stark erweitert wurde, und daß eine Unzahl von deutschen Patenten und Schutzmarken sowie die Auslandsniederlassungen der Beschlagnahme verfielen. Die Veränderungen im Anteil der einzelnen Länder an der Chemieproduktion sind durch folgende Zahlen gekennzeichnet:

Tabelle 1

**Chemieproduktion der kapitalistischen Länder
in Millionen Dollar (zu Preisen von 1951)**

	1938	in vH	1951	in vH
Insgesamt	12 853	100,0	32 625	100,0
darunter USA	5 120	39,8	17 100	52,4
Großbritannien	1 472	11,5	3 490	10,7
Westdeutschld.	2 300	17,9	2 300	7,0
Frankreich	960	7,5	1 400	4,3
Italien	704	5,5	1 060	3,2

Die Vereinigten Staaten konnten gegenüber 1938 ihre Position noch wesentlich verstärken. Dies geschah auf Kosten sämtlicher anderer in der Chemieproduktion führender Länder, die alle einen Rückgang ihres Anteils an

¹⁾ „Chemische Industrie“, Heft 6, Juni 1952.

²⁾ „Der Kurier“ vom 26. April 1952.

der Gesamtproduktion verzeichnen müssen. Den stärksten Rückgang weisen jedoch zweifellos die westdeutschen Chemiemonopole auf, deren Anteil auf wenig mehr als ein Drittel des früheren Anteils gesunken ist.

Trotz der verringerten Produktionskapazität machte die westdeutsche Chemie nach dem Kriege den Versuch, mit allen Mitteln ihre Märkte zurückzuerobieren. Diese Bestrebungen waren um so notwendiger, als die westdeutsche Chemieindustrie wesentlich stärker als die anderer Länder exportabhängig ist. Während beispielsweise die Vereinigten Staaten nur etwa 7 v. H. ihrer Chemieproduktion exportieren, macht der Exportanteil der westdeutschen Chemieindustrie etwa 20 bis 25 v. H. aus.

Zweifelloos hat die westdeutsche Chemieindustrie große Erfolge bei der Rückeroberung der Märkte erringen können. So hat sie heute in der Belieferung der westeuropäischen Länder bereits wieder die führende Position inne. Auch im Überseegeschäft war die Chemieindustrie erfolgreich. Vor dem Kriege gingen etwa 40 v. H. der gesamten Exporte nach Übersee und im vergangenen Jahre waren es bereits wieder 37,5 v. H. Im Jahre 1951 gelang es, besonders in den Ländern des amerikanischen Kontinents, den westdeutschen Chemieabsatz erheblich zu steigern. Mit einem Anteil von 19,4 v. H. am Gesamtexport konnte der Vorkriegsanteil von 18,8 v. H. sogar überschritten werden. Ebenfalls große Erfolge wurden im Export nach Asien, mit Ausnahme Chinas, erzielt.

Im Verhältnis zu dem Chemieexport anderer Länder ist die westdeutsche Position folgende:

Tabelle 2

Welt-Chemieausfuhr in Millionen Dollar

	1938	in vH	1951	in vH
Insgesamt	1228,6	100,0	4195,3	100,0
darunter USA	181,0	14,7	1159,6	27,6
Großbritannien	191,4	15,6	543,2	12,9
Westdeutschld.	299,8*)	24,4	503,0	12,1
Frankreich.	100,0	8,1	380,5	9,1

*) Deutsches Reich.

Die überragende Position, die vor dem Kriege, und in noch stärkerem Maße vor dem ersten Weltkrieg, das deutsche Chemie-Monopolkapital auf dem Weltmarkt innehatte, wurde nach dem zweiten Weltkrieg von den Monopolen der USA übernommen. Immerhin nimmt Westdeutschland jedoch heute mit etwa einem Achtel der Weltausfuhr die dritte Stelle der Chemie-Exportländer ein.

Trotz der bisherigen Erfolge, die die westdeutsche Chemie auf dem Weltmarkt errungen hat, wird die augenblickliche Situation auch in westdeutschen Unternehmerkreisen sehr skeptisch beurteilt.

„Auf den ersten Blick sieht die Bilanz des deutschen Chemieexports 1951 so aus, als ob die Industrie nicht nur die erzwungene Abschnürung vom Weltmarkt restlos überwunden, sondern sich darüber hinaus auch wieder organisch in die Welthandelsstruktur eingefügt hätte. Dies ist indessen nur teilweise der Fall, d. h. das günstige Ausfuhrergebnis ist zu einem beträchtlichen Teil die Folge außergewöhnlicher konjunktureller Entwicklungstendenzen am Weltmarkt, die ihrerseits wieder ihre Ursache in der Koreakrise und dem von ihr ausgelösten Rüstungsboom haben. Zweifelloos trug die Tatsache, daß unsere wichtigsten Konkurrenten im Chemieexport der Welt, allen voran die USA, durch Rüstungsaufträge weitgehend gebunden waren, zu dieser für die deutsche Chemie günstigen Entwicklung bei.“³⁾

Tatsächlich ist die westdeutsche Exportposition auf dem Chemiesektor weit schwächer, als es der Anteil von 12 v. H. am Welthandel erkennen läßt. An Stelle der Rohstofforgen,

³⁾ „Handelsblatt“, Düsseldorf, vom 11. April 1952.

die die westdeutsche chemische Industrie im letzten Jahre hatte, sind „zu Beginn des Jahres die „Absatzschwierigkeiten getreten“. Diese Entwicklung, die eingetreten ist, obwohl der Vorkriegsstand im Export bei weitem noch nicht erreicht worden ist, hat ihre Ursachen „im immer stärker werdenden Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt, verschärft durch die Entwicklung in den USA.“⁴⁾ „Deutschland ... hat zwar wieder kräftig aufholen können, doch ist an eine Wiedererlangung der früheren Position nicht mehr zu denken. Es hat sogar den Anschein, als ob das Vorjahresergebnis einen vorläufig nicht mehr zu erreichenden Rekord darstellt... In deutschen Chemiekreisen sieht man daher der weiteren Entwicklung mit einiger Besorgnis entgegen.“⁵⁾

In diesen westdeutschen Äußerungen kommen die Befürchtungen zum Ausdruck, die sich an die Entwicklung knüpfen, die im westdeutschen Chemieexport seit etwa einem Jahre zu beobachten ist.

Tabelle 3

Umsatz der westdeutschen chemischen Industrie
(in Millionen DM)

	Gesamtumsatz		Auslandsumsatz		Auslandsumsatz der chemischen Industrie in vH der gesamten Industrie
	gesamte Industrie	chemische Industrie	gesamte Industrie	chemische Industrie	
1951					
April	8 996,9	805,7	944,6	149,5	15,8
Mai	8 693,1	779,4	965,9	151,5	15,7
Juni	9 336,1	801,0	1 022,5	151,4	14,8
Juli	8 895,3	780,6	1 032,6	139,7	13,5
August	9 209,1	790,3	1 070,8	146,2	13,7
September	9 274,3	777,1	1 038,6	135,5	13,0
Oktober	10 454,6	836,1	1 102,5	133,3	12,1
November	10 284,9	839,1	1 109,1	134,8	12,2
Dezember	9 381,6	765,1	1 106,7	133,3	12,0
1952					
Januar	9 539,3	784,3	1 111,6	114,1	10,3
Februar	9 248,3	759,6	1 113,3	116,6	10,5
März	9 835,2	798,2	1 179,5	115,8	9,8
April	9 330,2	716,0	1 091,4	99,9	9,2
Mai	9 659,5	695,0	1 141,5	94,3	8,3
Juni	9 195,1	707,2	1 121,4	101,5	9,1
Juli	9 885,4	750,0	1 113,8	98,1	8,8

Während also die gesamte westdeutsche Industrie ihren Umsatz vom Juni 1951 bis zum Juli 1952 noch um 6 v. H. steigern konnte, ist der Umsatz der chemischen Industrie im gleichen Zeitraum um 6 v. H. gesunken. Noch unterschiedlicher war die Entwicklung im Auslandsumsatz. Während hier der Umsatz der gesamten Industrie um 9 v. H. stieg, sank der der chemischen Industrie um 35 v. H. Damit sank der Anteil der chemischen Industrie am gesamten Auslandsumsatz innerhalb eines Jahres um fast die Hälfte.

Die schwindenden Exportmöglichkeiten, die vor allem mit dem steigenden Konkurrenzdruck seit der Beendigung des sogenannten „Koreabooms“ begründet werden, haben bisher die westdeutsche Chemieindustrie, in besonders starkem Maße betroffen.

Tabelle 4

Index des Chemieexports
(2. Vierteljahr 1951 = 100)

	USA	Großbritannien	Frankreich	Westdeutschld.
1951: 2. Vierteljahr	100	100	100	100
3. Vierteljahr	102	104	96	100
4. Vierteljahr	96	107	102	92
1952: 1. Vierteljahr	90	112	.	77
April	80	95	.	72
Mai	.	112	.	72

⁴⁾ „Handelsblatt“, Düsseldorf, vom 16. Mai 1952.

⁵⁾ „Chemische Industrie“, Heft 6, Juni 1952.

Der Rückgang des Chemieexports ist, wie die Zahlen in Tabelle 4 zeigen, bei Westdeutschland weit stärker als bei den übrigen wichtigen Chemieexportländern. Damit zeigt sich, daß die erst seit dem Kriegsende wieder aufgebaute westdeutsche Chemieausfuhr gegenüber krisenhaften Entwicklungen auf dem Weltmarkt weit empfindlicher ist als die der anderen Länder.

Bei einer näheren Untersuchung des Rückgangs des westdeutschen Chemieexports zeigt sich, daß die einzelnen Zweige der westdeutschen Chemieindustrie in sehr ungleichem Maße von diesem Rückgang betroffen sind. Die stärksten Exportrückgänge weisen die folgenden Waren der chemischen Industrie auf:

Tabelle 5
Ausfuhrentwicklung ausgewählter westdeutscher Chemiewaren (in 1000 DM)

	Teerfarbstoffe	Sonstige Farben, Firnisse, Lacke	Farbwaren	Waren aus Wachs usw.	Kosmet. Erzeugnisse
1951					
Juni	29 841	13 774	4 278	1 674	854
Juli	25 827	13 115	4 390	1 107	552
August	23 740	12 985	3 939	1 596	455
September	22 364	11 997	3 605	1 241	1 439
Oktober	18 619	10 838	2 963	1 364	624
November	15 670	11 128	1 937	1 152	512
Dezember	23 194	12 355	4 965	1 549	667
1952					
Januar	12 347	5 880	2 377	202	468
Februar	13 516	5 888	2 136	218	361
März	12 449	6 107	2 303	341	532
April	8 417	4 412	2 709	258	543
Mai	10 067	4 155	2 411	192	465

	Pharmaz. Erzeugn.	Kunstseide	Zellwolle	Chlor-Kalium
1951				
Juni	16 500	9 007	14 843	10 090
Juli	16 836	8 450	10 206	8 379
August	16 647	8 615	13 365	10 024
September	16 579	7 600	10 698	9 832
Oktober	13 536	5 211	6 501	8 223
November	12 779	7 044	3 971	7 592
Dezember	18 304	9 124	6 452	5 743
1952				
Januar	8 296	4 073	5 766	6 935
Februar	7 971	6 333	6 889	4 370
März	10 046	3 641	3 228	9 556
April	12 919	3 925	5 783	7 139
Mai	11 042	4 403	2 529	5 593

Die Tabelle 5, in der jene Waren aufgeführt sind, die während des letzten Jahres die stärksten Exportrückgänge aufzuweisen haben, umfaßt gleichzeitig jene Waren, die am stärksten auf die Ausfuhr angewiesen sind. Wenn man an Hand dieser Zahlen feststellen muß, daß sich die Ausfuhr zum Teil auf einen verschwindenden Bruchteil verringert hat, so läßt sich ermesen, welche schwerwiegenden Folgen dieses Ergebnis für die betreffenden Zweige der westdeutschen chemischen Industrie haben muß.

Teerfarbstoffe

Die westdeutsche Teerfarbstoffindustrie setzt etwa zwei Drittel ihrer Produktion im Ausland ab. Vor dem ersten Weltkrieg bestritt die deutsche Teerfarbenindustrie etwa 90 v. H. des gesamten Welthandels, vor dem zweiten Weltkrieg belief sich der deutsche Anteil noch auf rund 60 v. H. Heute ist dagegen der Anteil der westdeutschen Industrie an der Belieferung des Weltmarktes mit Teerfarben auf etwa 30 v. H. zurückgegangen. Diese Tatsache zeigt, daß die westdeutsche Teerfarbenindustrie bei dem Versuch, ihre früheren Positionen auf dem Weltmarkt zurückzuerlangen, über Anfangserfolge nicht hinausgekommen ist. Um so schwerwiegender müssen von ihr die seit einem Jahr zu beobachtenden rückläufigen Tendenzen im Exportgeschäft

beurteilt werden. Wesentlich ist es dabei, noch zu bemerken, daß im Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik etwa „40 v. H. des deutschen Inlandsgeschäftes“ lagen. Ein wesentlicher Teil dieses Geschäftes wurde von den in Westdeutschland stationierten Farbwerken bestritten. In der „Chemischen Industrie“, Heft 4/1952, heißt es dazu: „Dieser Markt, in dem ehemals selbstverständlich die deutsche Farbenindustrie dominierte, wird nur noch sporadisch versorgt. Für die Länder des Südostens, und heute auch des Fernen Ostens, gilt etwa das gleiche.“ Infolge der starken Absatzschwierigkeiten mußte die Produktion der westdeutschen Teerfarbenindustrie in den vergangenen Monaten bereits stark eingeschränkt werden.

„Im April dieses Jahres wurden nur 1336 Tonnen gegenüber 3200 Tonnen im Monatsdurchschnitt 1951 erzeugt. Als Gründe für diesen erheblichen Rückgang werden das Absinken des Exports und die Flaute in der Textilindustrie angegeben.“⁶⁾

Lacke

Der westdeutsche Lackexport beträgt gegenwärtig nicht mehr als 1 v. H. der Gesamtproduktion, während er in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg zeitweise erheblich mehr als 10 v. H. betragen hat. Die Schwierigkeiten der westdeutschen Industrie der Farben, Firnisse und Lacke liegen vor allen Dingen darin, daß die ausländischen Unternehmungen hinsichtlich der Rohstoffversorgung kostengünstiger liegen. Die Exportschwierigkeiten haben deshalb die westdeutsche Lackindustrie in ernste Schwierigkeiten gebracht.

„Zahlreiche Werke, darunter viele Neugründungen, steuern einem ruinösen Wettbewerb und damit einer ersten Krise entgegen. Die ersten Insolvenzen sind bereits eingetreten, und sogar alte und größere Aktiengesellschaften mußten spürbare Jahresverluste hinnehmen. Naturgemäß sind auch kaum noch Mittel für Neuinvestitionen vorhanden.“⁷⁾

Pharmazeutika

Der Anteil Deutschlands am Welthandel mit Arzneimitteln betrug vor dem Kriege durchschnittlich 40 v. H. Im Jahre 1951 betrug dagegen der westdeutsche Anteil nur noch etwa 8 v. H. Vor dem Kriege wurden etwa 30 v. H. der produzierten pharmazeutischen Erzeugnisse exportiert, und der Anteil ist im Jahre 1951 wieder ungefähr auf die gleiche Höhe gestiegen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Produktion mengenmäßig heute wesentlich niedriger ist als vor dem Kriege. Hinzu kommt, daß von der deutschen Ausfuhr vor dem Kriege etwa 90 v. H. zubereitete Arzneimittel und nur 10 v. H. nicht zubereitet waren. 1951 dagegen betrug der Anteil der zubereiteten Arzneimittel nur noch 45 v. H., der der nicht zubereiteten 55 v. H. Auch für die pharmazeutische Industrie hat sich der Verlust der Handelsmöglichkeiten mit dem Osten stark ausgewirkt. Im Arzneimittelexport hat sich also eine äußerst schwerwiegende Umwandlung ergeben. Während früher das Schwergewicht „im äußerst vielgestaltigen Sortiment hochwertiger Mittel zur Behandlung der verschiedensten Krankheiten“ lag, hat die westdeutsche Arzneimittelindustrie „auf den fremden Märkten nur wieder Fuß fassen können durch die Umstellung von fertigen Präparaten auf Grundstoffe, Wirkstoffe und Bulkware.“⁸⁾

Chemiefasern

Der Rückgang des Exports an Kunstseide und Zellwolle hat seine Ursache vor allem in der seit über einem halben Jahr in sämtlichen kapitalistischen Ländern zu beobachtenden Textilkrise. Diese wurde hervorgerufen durch die

⁶⁾ „Frankfurter Allgemeine“ vom 24. Juni 1952.

⁷⁾ „Handelsblatt“, Düsseldorf, vom 4. April 1952.

⁸⁾ „Berliner Wirtschaftsblatt“ vom 24. Mai 1952.

infolge der ungehemmten Aufrüstung stark beschnittene Kaufkraft der werktätigen Massen in sämtlichen kapitalistischen Ländern. Die Folge davon war, daß die Produktion an Chemiefasern um etwa 50 v. H. eingeschränkt werden mußte. Die Zellwollerzeugung ging im April 1952 in Westdeutschland auf 4063 Tonnen zurück und „erreichte damit etwa das Niveau des Produktionsstandes von 1947.“⁹⁾

Die Produktionsrückgänge und Exportminderungen der westdeutschen Chemieindustrie betreffen durchaus nicht sämtliche Fachzweige. Neben den bisher angeführten Beispielen für sehr starke Exportminderungen lassen sich auch Fachzweige anführen, die keinen Rückgang zu verzeichnen haben. Hierbei handelt es sich in erster Linie um chemische Rohstoffe und Halbwaren. Diese konnten besonders nach den Vereinigten Staaten zur Belieferung der amerikanischen Rüstungsindustrie in weitaus stärkerem Maße als vor dem Kriege exportiert werden. Allerdings ist diese Absatzmöglichkeit der westdeutschen Chemieindustrie nicht als eine dauernde zu betrachten.

Diese Rüstungsaufträge haben jedoch nicht verhindern können, daß parallel zur rückläufigen Entwicklung im Gesamtchemieexport auch die Gesamtproduktion der westdeutschen Chemieindustrie seit dem Frühjahr 1951 zurückgegangen ist. Dabei ist bemerkenswert, daß diese rückläufige Bewegung in der Produktion anderer führender Chemieländer nur in weit geringerem Maße zu beobachten ist.

Tabelle 6
Produktionsindex der chemischen Industrie
(April 1951 = 100)

	USA	Großbritannien	Westdeutschland
1951: April	100	100	100
Mai	100	96	99
Juni	101	103	98
Juli	101	104	94
August	102	89	93
September	102	105	97
Oktober	102	100	97
November	102	104	102
Dezember	101	100	92
1952: Januar	101	101	97
Februar	100	103	94
März	100	103	94
April	99	.	92
Mai	99	.	90

Der wesentliche Grund für die Tatsache, daß die Chemieindustrie Westdeutschlands von der augenblicklichen krisenhaften Entwicklung auf dem Weltmarkt weit schwerer in Mitleidenschaft gezogen wird als diejenige anderer Länder, ist darin zu suchen, daß ihr die wichtigsten traditionellen Absatzmärkte heute durch das Diktat der westlichen Besatzungsmächte nicht zur Verfügung stehen. Dabei ist es gerade den führenden Unternehmerkreisen der westdeutschen Chemieindustrie durchaus klar, welche unbegrenzten Möglichkeiten für sie durch den Handel mit dem Osten gegeben wären. So schreibt die Fachzeitschrift „Chemische Industrie“ im Juni 1952:

„Da für die kommenden Jahre auf den Weltmärkten mit einer Verschärfung des Wettbewerbes gerechnet werden muß, könnte das Wiederaufleben des fast ganz darniederliegenden Geschäfts mit den Ostländern zweifellos eine Entspannung bringen. Es ist nicht so, daß die Sowjetunion und ihre befreundeten Staaten infolge des forcierten Ausbaues ihrer chemischen Industrien heute nicht mehr so aufnahmefähig sind wie vor dem Kriege.“

⁹⁾ „Neue Ruhr-Zeitung“ vom 31. Mai 1952.

Ganz im Gegenteil haben die Industrialisierung und der steigende Lebensstandard im Osten zusätzlichen Bedarf geschaffen. Gewandelt hat sich nur die Struktur des Einfuhrbedarfs. So zeigt die Sowjetunion beispielsweise keine Aufnahmebereitschaft mehr für Teerfarbstoffe, weil die Eigenerzeugung sogar Exporte zuläßt. Aber es bestehen dort bei anderen Erzeugnissen größere Einfuhrmöglichkeiten als vor dem Kriege, zum Beispiel bei Textilhilfsmitteln, gewissen Kunststoffen und Chemiefasern. In China liegen die Verhältnisse noch weit günstiger. Dieses fast 500 Millionen Einwohner zählende, wenig industrialisierte Land, ist für alle Chemiegruppen aufnahmefähig, und zwar ebenso sehr für Industriechemikalien wie für chemische Konsumgüter.

Für die chemische Industrie Westeuropas könnten die Ostmärkte nicht nur auf der Ausfuhrseite große praktische Bedeutung erhalten, sondern auch auf der Einfuhrseite. Aus diesen Gebieten könnten nämlich große Mengen an wichtigen Rohstoffen bezogen werden, die jetzt teilweise mit Dollars bezahlt werden müssen. Es wäre daher ein großer Gewinn für beide Seiten, wenn es gelingen würde, den gestörten Ost-West-Handel wieder in Gang zu bringen. Die Entwicklung eines solchen Warenaustausches würde den westeuropäischen Ländern den Ausgleich ihrer Zahlungsbilanzen erleichtern. Dies könnte den Anfang einer allmählichen Normalisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sein.“

Die hier ausgesprochene Forderung nach Aufnahme des Ost-West-Handels als der einzigen Möglichkeit zur dauerhaften Behebung der Absatzsorgen der chemischen Industrie Westdeutschlands ist durchaus nicht vereinzelt. Seit dem Beginn des Exportrückgangs der Chemieindustrie haben sich gerade große Teile der Unternehmensschaft dieses Industriezweiges immer wieder für einen verstärkten Handel mit dem Osten ausgesprochen.

Am 23. Juli 1952 war in der britisch lizenzierten Zeitung „Die Welt“ zu lesen: „Wie aus Fachkreisen verlautet, ist die Sowjetunion ... bereit, aus Westdeutschland innerhalb eines Jahres chemische Erzeugnisse im Werte von 40 Millionen DM bei einer Gesamtimportsumme von 250 Millionen DM zu beziehen.“ Trotz dieser Tatsache mußte in dem gleichen Artikel festgestellt werden: „Nach der Sowjetunion wurden keine chemischen Erzeugnisse geliefert.“

Dem Drängen immer weiterer Kreise der westdeutschen Industrie nach Wiederaufnahme des Osthandels konnte sich selbst die Bonner Regierung nicht völlig verschließen. „In einer Kabinettsitzung ist ... von sämtlichen Ministern betont worden, daß die Frage des deutschen Handels mit dem Ostraum von größter Bedeutung für die deutsche Wirtschaft sei ... Unberührt davon bleiben auch in Zukunft die von der Bundesregierung auf Grund internationaler Vereinbarungen auf dem Gebiet der Embargo-Politik eingegangenen Verpflichtungen, die von der Bundesregierung loyal eingehalten werden.“¹⁰⁾

An der westdeutschen Chemieindustrie liegt es nun, sich nicht mit Erklärungen von der Notwendigkeit des Osthandels abspesen zu lassen, sondern vielmehr eine aktive Unterstützung des Osthandels von der Bundesrepublik sowie eine Aufhebung der Embargo-Politik zu verlangen. Mit Recht verspricht sich die westdeutsche Chemie von einer Belebung des Osthandels „um so eher eine gewisse Erleichterung, als es sich hier um traditionelle deutsche Absatzmärkte handelt.“¹¹⁾

¹⁰⁾ „Außenhandelsdienst“ vom 10. Juli 1952.

¹¹⁾ „Wiesbadener Kurier“ vom 7. Juni 1952.

SECRET
SECURITY INFORMATION

haltsartikel sind erneut gestiegen. Diese Entwicklung führt zwangsläufig zu einer rückläufigen Bewegung des Verbrauchs. Wie der „IFO-Schnelldienst“ vom 10. Mai 1952 berichtet, waren die diesjährigen Aprilumsätze im Konsumgütergroßhandel nicht nur im Gesamtdurchschnitt, sondern auch in den meisten größeren Einzelbranchen niedriger als im Vorjahr. So wird über das Frühjahrsgeschäft des Jahres 1952 berichtet, daß die saisonübliche Zunahme von Februar bis März beispielsweise in der Gruppe Textilien und Bekleidung von 13 Prozent auf nur 4 Prozent zurückgegangen ist. Es wird daher in der westdeutschen Presse die Befürchtung ausgesprochen, daß die Steuerschraube überzogen ist. Die rückläufige Tendenz in der Umsatzsteuer zeichnet am Horizont bereits Umsatzrückgänge, Teilstillegungen in der Konsumgüterindustrie, Arbeitslosigkeit und Minderung der Kaufkraft ab. Bereits jetzt arbeiten allein in der westdeutschen Textilindustrie 100 000 Werktätige verkürzt¹²⁾. Der Bogen ist überspannt, die Grenze des Tragbaren überschritten.

Im Februar des Jahres 1952 betrug das Umsatzaufkommen nach Tabelle 7 nur noch 608,5 Mill. DM gegenüber dem Vergleichsmonat November des Jahres 1951 mit 698,3 Mill. DM. Vergleicht man nun das Aufkommen vom Februar 1951 mit dem Aufkommen vom Februar 1952, so ist

Tabelle 7
Die Entwicklung des Umsatzaufkommens
(in Mill DM)

1951, Januar . . .	545,5	1951, August . . .	554,1
Februar . . .	436,0	September . . .	605,3
März . . .	421,2	Oktober . . .	703,3
April . . .	509,8	November . . .	698,3
Mai . . .	445,7	Dezember . . .	659,6
Juni . . .	443,7	1952, Januar . . .	834,9
Juli . . .	568,1	Februar . . .	608,5

zu berücksichtigen, daß die Umsatzsteuer erst im zweiten Halbjahr 1952 erhöht wurde. Rechnerisch ist dann zwar eine Steigerung von rund 5 Prozent im Umsatzaufkommen zu verzeichnen, diese ist aber wegen der zwischenzeitlich erfolgten Preiserhöhungen keine echte Steigerung. Tatsächlich zeichnet sich deutlich eine rückläufige Bewegung der Umsatzsteuer ab.

Die Tatsachen lassen erkennen, daß die krisenhafte Entwicklung in der kapitalistischen Wirtschaft Westdeutschlands und besonders die fortschreitende Remilitarisierung mit ihrer Milliardenlast sich in einem stets zunehmenden Steuerdruck auf die breite Masse der Werktätigen, insbesondere bei der indirekten Besteuerung, bemerkbar machen. Die Durchführung des Generalkriegsvertrages muß diese Entwicklung zwangsläufig verstärken.

IV. Schlußbetrachtungen

Wie in allen kapitalistischen Ländern, so verfolgt auch in Westdeutschland die Steuerpolitik das Ziel, unter Vermeidung von Vereinheitlichungen und von wirklichen Verbesserungen die Steuererhebung zugunsten der Monopole durchzuführen und die Steuerlast der breiten Masse der Werktätigen aufzubürden. Unsere Untersuchung stützt sich ausschließlich auf offizielle und inoffizielle westdeutsche Verlautbarungen. Wie sehr diese auf die Täuschung der Werktätigen angelegt sind, zeigt eine Veröffentlichung, die in den ersten Nummern der „Vierteljahresshifte zur Wirtschaftsforschung“ des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung 1952 als markantes Beispiel zu finden ist. Während die Veröffentlichungen des Instituts „Finanzen und Steuern“, Heft 1, den Steuerbetrag je Einwohner in Westdeutschland im Rechnungsjahr 1949 mit 414,40 angeben, enthält das „Vierteljahresshifte zur Wirtschaftsforschung“ auf Seite 73 eine Tabelle, die den Gesamtsteuerbetrag je Einwohner im gleichen Jahr nur mit 367,— DM angibt. Die Differenz ist, bezogen auf den niedrigen Betrag, 13 Prozent. Noch erschreckender ist die Leichtfertigkeit, mit der in diesem Aufsatz ein Betrag von 84,— DM an Umsatzsteuer unter „direkte Steuern“ gerechnet und damit der betreffende Steuerbetrag um rund 80 Prozent erhöht wird. Vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung kann die Kenntnis erwartet werden, daß seit dem Jahre 1913 der Anteil der indirekten Steuern am Umsatzaufkommen über 40 Prozent beträgt. Selbst wenn man den Anteil, der in

der Tabelle des Instituts für Wirtschaftsforschung mit 24 Prozent ausgewiesen ist, durch Übernahme der Umsatzsteuern im Betrage von 84,— DM in die indirekten Steuern berichtigt, ergibt sich ein Anteil von nur 47 Prozent. Das Finanzarchiv weist im Band XII, Heft 3, für das gleiche Rechnungsjahr aber einen Anteil der indirekten Steuern mit 52,7 Prozent aus.

Ein anderes Beispiel für die Art der westdeutschen Veröffentlichungen ist Prof. Dr. Wacke, der zynisch genug ist, in seinem Buch über das Finanzwesen der Bundesrepublik*) offen darüber zu sprechen,

„daß das Grundgesetz der Bundesrepublik darauf verzichtet, dem künftigen Steuergesetzgeber Richtlinien zu geben, wie sie etwa gern in einer Beschränkung der die schwächeren Volksschichten besonders belastenden Verbrauchsteuern gemacht werden und übrigens auch schon aus Artikel 134 R. V. 1919 zu entnehmen waren. Es verzichtet auch auf Richtlinien für eine künftige soziale Steuerpolitik, wie sie besonders die Verfassungen der sowjetischen Zone enthalten.“

Damit wird also selbst von diesem westdeutschen Finanzsachverständigen zugegeben, daß die Steuerpolitik der damaligen sowjetischen Besatzungszone im Gegensatz zu den Westzonen bereits von sozialen Gesichtspunkten ausging. Die Steuerreformverordnung vom 1. Dezember 1948 war der erste Schritt zu einer weiteren Verbesserung, denn die formale Gleichheit der Besteuerung von Unter-

¹²⁾ „Neue Ruhrzeitung“, Nr. 141, vom 24. 6. 1952.

*) Gerhard Wacke, Das Finanzwesen der Bundesrepublik, Tübingen 1950, S. 63.

SECRET
SECURITY INFORMATION

nehmern und Werktätigen wurde beseitigt. Der damit veröffentlichte neue Lohnsteuertarif sah vor, daß bei Monatslöhnen bis 2500 DM eine durchschnittliche Steuersenkung von 31 Prozent und bei Monatslöhnen darüber eine Besteuerung bis höchstens 55 Prozent durchgeführt wurde. Außerdem wurden Steuervergünstigungen für Leistungszuschläge, Leistungsprämien, Prämien und Vergütungen für Verbesserungsvorschläge sowie bei freiberuflicher Tätigkeit von Lohnempfängern in großzügiger Weise vorgesehen. Gewisse Berufsgruppen der freischaffenden Intelligenz wurden den Lohnempfängern steuerlich gleichgestellt. Mängel, die sich herausgestellt hatten, wurden durch die letzte Steueränderungsverordnung vom 26. Mai 1951 in der Deutschen Demokratischen Republik beseitigt. So wurde die Lohnsteuer um 10 Prozent gesenkt und die Progression bei einem Lohn Einkommen von 665 DM je Monat mit 20 Prozent abgebrochen. Für bestimmte Berufsgruppen der freischaffenden Intelligenz, für alleinstehende, berufstätige Frauen mit Kindern und in der Erhöhung der Altersgrenze für Kinderermäßigung wurden weitere steuerliche Vergünstigungen verwirklicht. In den Steuervergünstigungen drückt sich die bewußte Förderung der Leistungssteigerung einerseits wie die Gleichberechtigung der werktätigen Frau andererseits aus. Aber auch das Handwerk und die Landwirtschaft werden durch eine normative Besteuerung, die alle in Frage kommenden Steuern einschließt, steuerlich so erfaßt, daß die Leistungssteigerung in Handwerk und Landwirtschaft gefördert und den werktätigen Angehörigen dieser Wirtschaftszweige zu einer Entwicklung verholfen wird, die eine Hebung ihres Wohlstandes und den Erfolg ihrer Arbeit in jeder Beziehung sichert.

Mit der Steuerpolitik Hand in Hand geht die Preispolitik. Auf dem Gebiete der Nahrungs- und Genussmittel ebenso wie auf dem Gebiete der Bekleidung und der übrigen Verbrauchsgüter sind zahlreiche Preissenkungen durchgeführt worden, die zu einer wesentlichen Erhöhung des Realeinkommens der Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik geführt haben. Die Entwicklung in Westdeutschland dagegen weist eine bedeutende Verschlechterung in der Lage der Werktätigen auf. Einerseits steigen die Preise, andererseits wird das Steueraufkommen beachtlich vergrößert. Während im Rechnungsjahr 1951 das Gesamtsteueraufkommen sich auf rund 27,9 Mrd. DM beziffert, soll es sich im Rechnungsjahr 1952 auf 32 Mrd. DM, das ist um fast 15 Prozent, erhöhen. Dabei ist zu bedenken, daß diese steuerliche Belastung weder die Ausgaben, die im Haushalt vorgesehen sind, deckt, noch die über den Haushaltsplan hinausgehenden gewaltigen Kosten der Remilitarisierung und Aufrüstung bestreiten kann. Bei der in Westdeutschland verfolgten Steuerpolitik ist zu erwarten, daß die Differenz, die zwischen den voraussichtlichen Haushaltseinnahmen und den geplanten Rüstungsausgaben besteht, durch eine noch stärkere ungeheuerliche Steuerbelastung der Werktätigen Westdeutschlands aufgebracht werden soll. Ein Fünftel ihres Einkommens muß in Westdeutschland eine „Index-Familie“ heute schon an Steuern aufbringen. Die Verhinderung der Ratifizierung des Generalkriegsvertrages und die Herstellung der Einheit Deutschlands können der westdeutschen Bevölkerung die Beseitigung der ungeheuerlichen Remilitarisierungslasten und einen Fortschritt sichern, der in der Deutschen Demokratischen Republik in dem Aufbau des Sozialismus seinen Ausdruck findet.